



110. Sitzung

am Donnerstag, dem 20. Juli 2017, 09.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 9848

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten
Ludwig Hartmann 9848

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas
Kreuzer, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner u. a. und
Fraktion (CSU)

**Linksextremismus und linksextremistische Ge-
walt konsequent bekämpfen!** (Drs. 17/17809)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Linksextremismus keinen Freiraum mehr las-
sen!** (Drs. 17/17828)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina
Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Ja zur Versammlungsfreiheit, gegen Gewalt
und blinde Zerstörungswut** (Drs. 17/17829)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Horst
Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

**Ein starkes Zeichen gegen Gewalt - gemein-
sam gegen Gewalt!** (Drs. 17/17830)

Dr. Florian Herrmann (CSU)..... 9848 9851
Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)..... 9851
Katharina Schulze (GRÜNE)..... 9853
Horst Arnold (SPD)..... 9854 9856

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 9856
Staatsminister Joachim Herrmann..... 9857 9859
Claudia Stamm (fraktionslos)..... 9859

Beschluss
zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/17828..... 9859

Beschluss
zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/17829..... 9859

Beschluss
zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/17830..... 9860

Namentliche Abstimmung
zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/17809..... 9860

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/17809
(s. a. Anlage 1)..... 9882

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Harald Güller, Helga Schmitt-
Bussinger u. a. und Fraktion (SPD)
Deutsches Museum Nürnberg (Drs. 17/17810)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.
a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
**Transparenz herstellen: Sachstand zum Auf-
bau und Betrieb der Zweigstelle des Deutschen
Museums in Nürnberg** (Drs. 17/17831)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Finanzierung des Deutschen Museums Nürnberg nicht am Landtag vorbei (Drs. 17/17832)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg u. a. und Fraktion (CSU)

Deutsches Museum Nürnberg (Drs. 17/17833)

Dr. Herbert Kränzlein (SPD)..... 9860 9868 9873

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER)..... 9862

Verena Osgyan (GRÜNE)..... 9863 9869

Oliver Jörg (CSU)..... 9865 9866 9866 9868

Isabell Zacharias (SPD)..... 9867

Karl Freller (CSU)..... 9868 9869 9870

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)..... 9870

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 9870 9873
9874

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter
Bauer (FREIE WÄHLER)..... 9874

Beschluss
zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/17810..... 9874

Beschluss
zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/17831..... 9874

Beschluss
zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/17832..... 9874

Namentliche Abstimmung
zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/17833..... 9874

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/17833
(s. a. Anlage 2)..... 9882

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Wiedereinführung der Meisterpflicht (Drs. 17/17811)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)

Sicherung und Stärkung des Meisterbriefs - Förderung der dualen Berufsausbildung (Drs. 17/17834)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)

Erhaltung des Meisterbriefs (Drs. 17/17835)

Johann Häusler (FREIE WÄHLER)..... 9874 9878
9879 9881

Annette Karl (SPD)..... 9876

Karl Straub (CSU)..... 9877 9878

Kerstin Celina (GRÜNE)..... 9878 9880

Staatssekretär Franz Josef Pschierer..... 9880 9882

Beschluss
zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/17811..... 9882

Beschluss
zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/17834..... 9882

Beschluss
zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/17835..... 9882

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausbauplan für die S-Bahn München und den Schienenpersonennahverkehr in Bayern vorlegen (Drs. 17/17812)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

Zeitachse des Bahnknotenausbaus München klären - 3 Phasen politisch und fachlich begründen (Drs. 17/17817)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

SPNV in Bayern: Umfassende Unterrichtung des Landtags (Drs. 17/17836)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Dr. Martin Huber, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU)

Weichenstellungen für den Bahnausbau in der Region München (Drs. 17/17837)

Markus Ganserer (GRÜNE)..... 9883 9883 9885

Florian von Brunn (SPD)..... 9884 9885 9888

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 9886 9893

Dr. Otmar Bernhard (CSU)..... 9886 9888

Dr. Herbert Kränzlein (SPD)..... 9889 9892

Staatsminister Joachim Herrmann..... 9889

Erklärung gem. § 112 BayLTGeschO Markus Ganserer (GRÜNE).....	9893	Verweisung in den Bildungsausschuss.....	9894
Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/17812.....	9893	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Tram-Nordtangente in München verwirklichen (Drs. 17/17816)	
Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/17817.....	9893	Verweisung in den Wirtschaftsausschuss.....	9894
Beschluss zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/17836.....	9894	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Frühzeitige Einbindung des Landtags in Investitionsentscheidungen der mittelbaren Staatsverwaltung (Drs. 17/17818)	
Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/17837.....	9894	Verweisung in den Haushaltsausschuss.....	9894
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u. a. und Fraktion (CSU) Schnelleres Baurecht für Bundesfern-, Staats- und Kommunalstraßen (Drs. 17/17813)		Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Transitzentren schließen (Drs. 17/17819)	
Verweisung in den Wirtschaftsausschuss.....	9894	Verweisung in den Sozialausschuss.....	9894
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD) Berufliche Bildung stärken und Gleichwertigkeit gegenüber dem akademischen Weg herausstellen (Drs. 17/17814)		Schlussworte	
Verweisung in den Bildungsausschuss.....	9894	Präsidentin Barbara Stamm.....	9894 9896 9898
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Mangelverwaltung bei Lehrkräften endlich beenden! (Drs. 17/17815)		Margarete Bause (GRÜNE).....	9894
		Ministerpräsident Horst Seehofer.....	9896
		Schluss der Sitzung.....	9899

(Beginn: 09.04 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 110. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch einen Geburtstagsglückwunsch aussprechen: Heute feiert der Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Kollege Ludwig Hartmann, Geburtstag. Ich wünsche ihm in Abwesenheit im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und weiterhin viel Erfolg für seine parlamentarischen Aufgaben.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 22** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner u. a. und Fraktion (CSU)
Linksextremismus und linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen! (Drs. 17/17809)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Linksextremismus keinen Freiraum mehr lassen! (Drs. 17/17828)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ja zur Versammlungsfreiheit, gegen Gewalt und blinde Zerstörungswut (Drs. 17/17829)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)
Ein starkes Zeichen gegen Gewalt - gemeinsam gegen Gewalt! (Drs. 17/17830)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Herrmann von der CSU. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 7. und 8. Juli sollte in Hamburg der G-20-Gipfel stattfinden. Er hat auch stattgefunden. In der Wahrnehmung der Weltöffentlichkeit wurden aber die Beratungen der Staats- und Regierungschefs von Gewaltexzessen linker Extremisten in bisher unbekanntem Ausmaß klar in den Schatten gestellt. Ich möchte nur festhalten: 476 Polizeibeamte wurden verletzt, 78 davon aus Bayern. Die Berichte lesen sich wie Drehbücher zu schlechten Hollywoodfilmen: Vermummte, die Steinplatten auf Dächer schleppen, die Kanaldeckel entfernen, die Brände entfachen, um Beamte in die Straßen zu locken und dann Steinplatten oder Molotow-Brandsätze von oben hinunterzuwerfen.

Das war aber kein Film, meine Damen und Herren. Der Steinregen und die mit Zwilling geschossenen Stahlkugeln waren die Realität in Hamburg 2017. Ich verurteile die durch nichts zu rechtfertigenden und nicht hinnehmbaren Gewaltexzesse linksextremer sogenannter autonomer Gewalttäter im Rahmen des G-20-Gipfels in Hamburg auf das Schärfste.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich gehe davon aus, dass darüber im Bayerischen Landtag Konsens besteht, weshalb ich schon an dieser Stelle um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag bitte.

Dieser Ausbruch an unbekannter Brutalität wirft jedoch Fragen auf, über die wir nicht hinweggehen dürfen, auch nicht hier im Bayerischen Landtag, weil auch bayerische Polizistinnen und Polizisten betroffen waren.

Die erste Frage lautet: Wie kann es sein, dass 2015 in Elmau ein G-7-Gipfel stattgefunden hat, bei dem keine einzige Fensterscheibe zu Bruch gegangen ist, während in Hamburg reihenweise Barrikaden errichtet und in Brand gesetzt wurden?

(Beifall bei der CSU)

Wer darauf antwortet, das sei eben das abgeschiedene Elmau, das man eben nicht mit Hamburg vergleichen kann, dem sage ich: 2015 hat auch eine Großdemonstration mit über 40.000 Teilnehmern in München stattgefunden, und zwar ohne Angriffe auf Polizeibeamte. Und ich sage außerdem: Jedes Jahr findet in München die Sicherheitskonferenz mit Dutzenden von Staats- und Regierungschefs statt, und zwar ohne dass anschließend die Theatinerstraße neu aufgebaut werden muss.

Bilder, wie wir sie in Hamburg 2017 und in früheren Jahren, in Berlin, bei der EZB-Eröffnung in Frankfurt oder bei anderen G-7-Gipfeln erlebten, kennen wir in Bayern nicht.

(Beifall bei der CSU)

Das ist natürlich kein Zufall, sondern das ist das Ergebnis einer seit Jahrzehnten bewährten Politik der inneren Sicherheit in Bayern. In anderen Ländern ist das eben anders.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wer über Jahre hinweg eine linke, gewaltbereite, anarchistische Subkultur im Hamburger Schanzenviertel duldet, ja staatlich fördert und als Beweis der Buntheit der Hansestadt in Reiseführern anpreist, braucht sich nicht zu wundern, wenn diese anarko-kriminelle Saat irgendwann aufgeht.

(Beifall bei der CSU)

Glaubt vielleicht irgendjemand hier im Saal, in München hätten unbeteiligte Bürger einfach zugesehen, wenn Autonome Steinplatten auf ein Dach schleppen? – Natürlich nicht. Ich sage: Die Exzesse in Hamburg sind das Ergebnis einer verfehlten Toleranz gegenüber linken Rechtsbrechern.

(Beifall bei der CSU)

Die Antwort hierauf kann nur sein: null Toleranz und Sicherheit durch Stärke; denn es darf eben überhaupt keine rechtsfreien Räume geben. Das Schanzenviertel in Hamburg oder die Rigaer Straße in Berlin sind der Beweis dafür. Damit muss es ein Ende haben.

(Beifall bei der CSU)

Die zweite Frage lautet: Wie kann es dazu kommen? – Ich sage: Der Grund dafür ist, dass sich die politische Linke in unserem Land mit einer bedingungslosen Abgrenzung gegenüber Linksextremisten schwertut.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in Deutschland Gott sei Dank Konsens darüber, dass wir Rechtsextremismus mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen, repressiv und präventiv. Wäre die Rote Flora nicht rot, sondern braun, dann wäre sie längst und zu Recht Geschichte. Die Lehre aus Hamburg muss daher lauten: Wir müssen mit genau derselben Energie auch gegen Linksextremismus vorgehen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Um es ganz klar zu sagen: Niemand unterstellt der SPD oder den GRÜNEN, dass sie diese Gewaltexzesse billigen. Was wir aber einfordern, ist eine deutliche und klare Abgrenzung von linksextremistischen Tätern.

(Florian von Brunn (SPD): Warum? Das ist selbstverständlich!)

Wie schwer sich die SPD-Fraktion damit tut, muss man leider auch ihrem heutigen Antrag entnehmen. Sie relativiert direkt im ersten Absatz, dass Gewalttaten gegen Personen von "sogenannten Linksextremisten" begangen werden. Sie sprechen von Rechtsextremisten von Islamisten und von "sogenannten Linksextremisten".

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sind keine Linken!)

Sie schaffen es einfach nicht, von Linksextremisten zu sprechen. Daher werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Ich höre es schon wieder aus Ihrem Zwischenruf: Die Verharmlosungen der politischen Linken sind so einfältig wie absurd. Da wird behauptet, dass Gewalt per se nichts mit Links zu tun habe, weil wirklich Linke nicht gewalttätig und die Linksextremisten von Hamburg im Kern eigentlich unpolitisch seien. Damit soll das Problem linksextremistischer Gewalt quasi wegdefiniert werden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist Quatsch!)

Das ist eine falsche und gefährliche Argumentation. Wenn sie Schule macht, werden bestimmte Kreise künftig auch von Rechtsextremen behaupten, dies seien nur unpolitische Gewalttäter, deren Ideologie nur Kostümierung sei.

(Zurufe von der SPD)

Eine andere Verharmlosung lautet, man könne Rechts- und Linksextremismus nicht vergleichen und schon gar nicht in einem Atemzug nennen; denn der Linksextremist sei ein Aktivist oder Demonstrant, der höchstens Autos anzünde, der Rechtsextremist aber ein Mordbrenner, der Flüchtlingsheime anzünde. Offenbar werden in Teilen der Öffentlichkeit Polizeibeamte unter der Rubrik "Gegenstände" verrechnet. Das ist bei ungefähr 500 verletzten Beamten eine schwierige Rechnung.

Man muss bei dieser Diskussion aufrichtig bleiben. Wer Stahlkugeln auf Beamte schießt, will nicht Sachen beschädigen, sondern Menschen verletzen und vielleicht sogar töten.

(Beifall bei der CSU)

Steine und Stahlkugeln verletzen gleich schwer, egal, ob sie von rechts oder von links geflogen kommen.

(Beifall bei der CSU)

Antikapitalismus, Antiglobalisierung, Antifaschismus oder Umweltschutz können dafür niemals eine Rechtfertigung sein; denn der Zweck heiligt eben nicht die Mittel.

(Beifall bei der CSU)

Tatsächlich existiert seit Jahren eine fahrlässige Billigung linker Gewalt, die weit ins linksbürgerliche Lager hineinreicht.

(Franz Schindler (SPD): Wo denn?)

Die Organisatoren der "Welcome-to-Hell"-Veranstaltung haben nach dem Chaos in Hamburg ihr Verhalten ausdrücklich gerechtfertigt – Zitat: "Zielgerichtete Militanz ist für uns eine Option und ein Mittel, um über eine rein symbolische Protestform hinauszukommen ..."

Welchen Beweis für die linksextreme Motivation der Gewalt in Hamburg brauchen wir denn noch? Es ist eine Schande, wenn sich auch Linksbürgerliche in eine Reihe mit Schwervermummten stellen, die schon durch ihre Kleidung zum Ausdruck bringen, wie wenig sie vom friedlichen Protest halten. Man gewährt Leuten keinen Unterschlupf in Kirchen und Theaterhäusern, die das Leben deutscher Polizisten zur Disposition stellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Entweder wir nehmen Extremismus und den Kampf dagegen insgesamt ernst, und zwar unabhängig von seiner politischen Couleur, oder wir lassen es.

Der Bund gibt im Jahr über 100 Millionen Euro für die Bekämpfung des Extremismus aus. Ich sage: Gruppen, die von diesem Steuergeld profitieren, müssen eine Demokratieerklärung abgeben, sie müssen sich ohne Wenn und Aber zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen.

Ministerin Schwesig, SPD, hat damals die Extremismusklausel gestrichen und dann das ganze Programm gegen Linksextremismus.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie hat die Mittel erhöht! Die Mittel gegen Linksextremismus waren höher als bei Schwarz-Gelb! – Weitere Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

– Fakt ist: Sie hat die Mittel erhöht. Aber Fakt ist auch, dass auf jeden Euro gegen Links 20 Euro gegen Rechts kommen.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Unerträglich!)

Wer es mit Prävention gegen Extremismus aller Seiten ernst meint, muss dies dringend ändern.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Es ist eine verkehrte Welt, wenn sich in Hamburg Abgeordnete der Partei DIE LINKE Warnwesten mit dem Aufdruck "Parlamentarischer Beobachter" machen lassen und dann durch penetrante Präsenz Polizisten bei ihrer Arbeit behindern und verunsichern. In deren Gedankenwelt ist es natürlich konsequent, wenn Katja Kipping vor Beginn des Gipfels erklärt – Zitat:

Die Polizeiführung lässt ihre Hundertschaften mit schwerem Gerät durch die Straßen der Hansestadt marodieren und schikaniert Menschen, die es wagen, Bier zu trinken oder im Zelt zu schlafen. Die Eskalation geht eindeutig von den Behörden aus.

Hinter all dem steckt ein abgrundtiefes Misstrauen der politischen Linken gegen den Staat und seine Repräsentanten. Bei vielen der Linkspartei, aber auch bei einigen der GRÜNEN und der SPD ist der Kampf gegen die Polizei genetisch bedingt.

(Florian von Brunn (SPD): Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der SPD – Zurufe von den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Bei den GRÜNEN war es der Kampf gegen die Atomkraft, etwa in Brokdorf, wo es hieß, man müsse sich gegen die Unterdrückung durch die Staatsgewalt wehren. Jetzt heißt es, man übe nur Gegengewalt aus.

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, diese geballten Zwischenrufe sind durch § 110 der Geschäftsordnung nicht gedeckt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Doch! Sicher! – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist Hetze, was der Kollege macht!)

Dr. Florian Herrmann (CSU): Jetzt geht es gegen Mächte, die den Planeten zerstören. Ich sage: Gewalt ist nie legitim.

(Beifall bei der CSU)

Herr Schulz von der SPD erklärt, Links und Gewaltanwendung schlossen sich gegenseitig aus. Insofern möchte ich an Ihr Engagement für die diversen revolutionären Bewegungen in Lateinamerika oder an den Schulterchluss zu Juso-Zeiten mit der FDJ, mit der DDR erinnern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Also! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ihre Empörung zeigt, dass wir offenbar einen wunden Punkt getroffen haben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Ich sage: Gewalt hat keine Legitimation. Es darf kein Schönreden geben, kein Rechtfertigen. Es muss ein Grundkonsens der Demokraten sein, dass wir mit Gewalttätern nicht zusammenarbeiten und Gewalttaten nicht rechtfertigen. Ich sage Ihnen: Das muss der Grundkonsens in diesem Haus sein. Ich erwarte von der politischen Linken: Klären Sie Ihr Verhältnis zum Linksextremismus, damit das Abgrenzungsproblem nicht zum Gewaltproblem wird.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind ein schlimmer Hetzer! Das ist inakzeptabel!)

Ich sage Ihnen auch: Die deutlichste Abgrenzung wäre, wenn Sie erklären würden, dass Sie eine Koalition mit der Linkspartei auf Bundesebene ausschließen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Florian von Brunn (SPD): Distanzieren Sie sich einmal von Orbán! Fangen Sie einmal damit an!)

Sie sehen, wie weit sich das Koordinatensystem verschoben hat. Eine Koalition mit der AfD würde jeder hier im Haus von vornherein ausschließen. Koalitionen mit der Linkspartei sind in Deutschland aber Realität, und Sie streben dies sogar für den Bund an.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ja, und die Union koalitiert in fast jeder zweiten Kommune im Osten mit DIE LINKE!)

Das ist Ihr Problem, nicht unseres.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich sage: Die Zitate von Frau Kipping und anderen in der interventionistischen Linken zeigen, dass wir mit dieser Partei nicht koalieren dürfen.

(Markus Rinderspacher (SPD): In jeder dritten Kommune im Osten koalitiert die Union mit der Linkspartei! Was ist das für eine Heuchelei! Unverschämtheit! – Margit Wild (SPD): Sie müssen schon die ganze Wahrheit sagen, nicht nur partiell! Das ist lächerlich!)

Meine dritte Frage lautet abschließend: Was wäre eigentlich in Hamburg passiert, wenn die Polizei, gerade auch die bayerischen Polizeibeamten, nicht so umsichtig gehandelt hätte, wenn die Führung der Polizeieinheiten nicht so umsichtig agiert hätte?

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich befürchte – das ist eine schlimme Vorstellung –, dass es tote Polizeibeamte gegeben hätte. Deshalb kann ich den Polizeibeamten, die diesen Einsatz motiviert und hoch professionell durchgeführt haben, nur Danke sagen. Auf diese Polizei können wir stolz sein. Diese Polizei hat es verdient, dass der Bayerische Landtag hinter ihr steht und dass wir alles daran setzen, dass sich derartige Vorkommnisse wie in Hamburg nicht wiederholen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Gottstein von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, ich bitte Sie zunächst, mich nach vier Minuten an die Redezeit zu erinnern. Man sieht das Display der Uhr sehr schlecht. Ich bitte Sie darüber hinaus, die Dauer dieses Satzes meiner Redezeit zuzuschlagen.

(Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Sonderaufgaben für den Präsidenten! – Zuruf von der CSU: Das ist typisch FW!)

– Dann kommen Sie bitte her, versuchen Sie das Display zu lesen, und sagen Sie mir die Zeit.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Gottstein, wir werden das in Bearbeitung nehmen. Bitte lassen Sie sich nicht stören, und reden Sie jetzt frei.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Danke schön. – Zunächst einmal liegen uns heute vier Anträge vor – das ist in dem Tu-

mult fast in Vergessenheit geraten –, die alle darauf hinweisen, dass den Beteiligten an den Einsätzen in Hamburg zu danken ist. Alle vier Anträge enthalten diesen Dank, und alle vier Anträge verurteilen die Vorgänge in Hamburg.

Ich möchte mich ausdrücklich bei der CSU bedanken, dass sie uns mit ihrem Antrag die Möglichkeit der Nachzieher gibt, sodass wir an dieser Stelle ganz offiziell all unseren Polizistinnen, Polizisten und Einsatzkräften, die in Hamburg waren, danken können. Das gibt uns auch Gelegenheit, noch einmal klarzustellen, wie sehr wir diese Aufgabe unserer Polizei und auch die Bereitschaft unserer Polizistinnen und Polizisten wertschätzen, letztlich – das geht manchmal unter – ihr Leben für die Sicherheit von uns Bürgern zu riskieren. Danke an dieser Stelle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man die vier Anträge genauer betrachtet, ist natürlich schon eine gewisse Tendenz festzustellen. Der erste Antrag heißt: "Linksextremismus und linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen!" Der Nachzieher der FREIEN WÄHLER trägt nun den Titel: "Linksextremismus keinen Freiraum ... lassen!" Die GRÜNEN haben gebeten, das Wort "mehr" aus dem Titel des Antrags zu streichen, weil sie meinen, das sei tendenziös. An diesem Wort hängen wir uns nicht auf; wir streichen also das Wort "mehr" und bleiben bei unserer Forderung "Linksextremismus keinen Freiraum lassen!" Der Nachzieher der SPD heißt: "Ein starkes Zeichen gegen Gewalt – gemeinsam gegen Gewalt!" Der Nachzieher der GRÜNEN trägt den Titel: "Ja zur Versammlungsfreiheit, gegen Gewalt und blinde Zerstörungswut".

Ich möchte schon darauf hinweisen – da schließe ich mich sehr wohl meinem Vorredner an –, dass zwar in den letzten beiden Anträgen Gewalt verurteilt wird – das machen wir alle –, dass aber die Ausdrücke "Linksextremismus" oder "links", die hier besonders im Fokus stehen, nicht mehr erwähnt werden. Wir bedauern das und schließen uns in dem Fall auch der Meinung an, dass, solange die SPD – Herr Arnold, Sie haben mich da eben enttäuscht,

(Widerspruch des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

weil Sie gesagt haben, Sie nähmen das nicht heraus – von "sogenannten Linksextremisten" spricht, dies aufgrund der Semantik nicht mitgetragen wird. Ich verstehe nicht, warum Sie sich so daran festkrallen; denn wir reden im Zusammenhang mit Hamburg über Linksextremismus. Dass Sie das mit dem Wort "sogenannt" ein bisschen beschönigen, verstehe ich nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wir wollen ganz klar feststellen: Die Bevölkerung wurde durch diese Vorgänge erheblich verunsichert, und unsere Demonstrationsfreiheit wurde auf das Schlimmste missbraucht. Wir stellen fest: Die Bürger erwarten klare Antworten seitens der Politik, wie so etwas passieren konnte, wie mit diesem Ereignis jetzt umgegangen wird und wie in Zukunft – das interessiert die Bürger in erster Linie – solche Eskalationen zu verhindern sind. Da sind wir im Bayerischen Landtag mit gefragt.

Wir fordern deswegen auch eine Aufklärung in diesem Hause: Wer hatte welche Verantwortung? Gab es vielleicht doch eine falsche Strategie? Ist die Gefahrenlage falsch eingeschätzt worden? Wie lief der Einsatz ab? Wie wurde letztlich unser bayerisches Innenministerium im Vorfeld und während des Einsatzes eingebunden? Außerdem wollen wir die Betroffenheit und die Zahl der Verletzten bei unseren Polizistinnen und Polizisten wissen.

Wir verurteilen diese Vorgänge in Hamburg. Wir glauben, dass wir um eine gesellschaftliche Debatte im Zusammenhang auch mit dieser Form des Extremismus – wir reden in diesem Hause von Rechtsextremismus, von islamistischem Terror, während das andere in der Debatte nach wie vor verniedlicht zu werden scheint, was nicht zu billigen ist – nicht herumkommen werden. Deswegen fordern wir einen Bericht, bitten um Zustimmung zu unserem Antrag, werden dem GRÜNEN-Antrag, der auch diese Forderungen aufstellt, zustimmen und dem CSU-Antrag ebenfalls. Unsere Bedenken, die uns zur Ablehnung des SPD-Antrags führen, haben wir geäußert.

Ich sage an dieser Stelle noch einmal Danke. Wir werden um die gesellschaftliche Diskussion nicht herumkommen: Wie kann es sein, dass diesem Berufsstand, der für unsere Sicherheit zuständig ist, inzwischen fast bei jedem Zusammenstoß, wenn Polizei auf Bevölkerung trifft, eine dermaßen geringe Wertschätzung zuteilwird? Das ist nicht zu verstehen. Wir müssen mit Blick darauf an die Wurzeln gehen. Wir müssen überlegen, wie es dazu kommt. Aber zunächst sage ich den Polizistinnen und Polizisten, die sich in Hamburg auch für uns und die Sicherheit in Bayern eingesetzt haben, noch einmal Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin

Schulze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.
Bitte schön, Frau Kollegin.

(Jürgen W. Heike (CSU): Jetzt wird es interessant!)

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Herrmann, ich habe nicht ganz verstanden, was diese Show sollte. Am Anfang haben Sie noch recht differenziert argumentiert, aber am Ende sind Sie wieder in Ihr Schwarz-Weiß-Schema hineingerutscht und haben die bürgerliche Mitte und die GRÜNEN zu Polizeihassern stilisiert, und das verbitte ich mir.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CSU)

Es ist schäbig und leicht durchschaubar, diejenigen, die zu Schaden gekommen sind, für Ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage das hier ganz klar und bin mir sicher, dass mir alle in diesem Raum zustimmen: Die gewalttätigen Ausschreitungen während des G-20-Gipfels sind inakzeptabel. Gewalt ist kein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung – egal ob sie von der extremen Rechten oder von der extremen Linken kommt. Das Infragestellen des staatlichen Gewaltmonopols, die Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, die Zerstörung von Eigentum – gewaltsamer Protest kann weder geduldet, noch kann er gerechtfertigt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ganz abgesehen davon: Mir konnte noch niemand schlüssig erklären, wie ein brennendes Auto oder ein geplündertes Supermarkt irgendwie die Welt besser machen soll. – Das macht die Welt eben nicht besser.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich persönlich fand bereits die Berichte über die verstörenden Gewaltakte schrecklich anzuschauen. Wie schlimm muss es dann erst für die Polizistinnen und Polizisten, für die Rettungskräfte vor Ort und auch für die Angehörigen und Freundinnen und Freunde daheim gewesen sein? Deswegen sagen wir Danke für die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten und der Rettungskräfte und wünschen den Verletzten gute Besserung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Es ist selbstverständlich, dass dieser Einsatz auch parlamentarisch nachbearbeitet werden muss.

Es ist gut, dass es dafür in der Hamburgischen Bürgerschaft einen Sonderausschuss gibt. Das ist in einem Rechtsstaat üblich und richtig. Deswegen bin ich etwas überrascht über das wenig selbstkritische Verhalten der CSU und der CDU und auch der SPD, vor allem von Bürgermeister Scholz. Ich möchte alle daran erinnern: Der G-20-Gipfel war eine Veranstaltung der Kanzlerin. Das Sicherheitskonzept war mit der Bundesregierung abgestimmt. Soweit ich weiß, sind Sie Teil der Bundesregierung. Ein CDUler, ein Parteifreund von Ihnen, führt das Innenministerium. Er ist also für das Sicherheitskonzept zuständig.

Da habe ich natürlich schon einige Fragen: Warum konnte es überhaupt zu solchen Gewaltexzessen kommen? Es waren über 20.000 Polizeikräfte vor Ort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es ist bedrückend, dass dieses Aufgebot die Lage nicht immer im Griff hatte. Wo kam es zu Fehleinschätzungen? Die Verantwortlichen wussten, dass viele Gewalttäter aus dem In- und Ausland anreisen würden, und trotzdem war die Schanze am Freitagabend stundenlang in der Hand der Randalierer. Wer sich jetzt hier hinstellt und immer noch sagt, die Polizeistrategie sei total aufgegangen, der erzählt eine Geschichte, die nicht stimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss sich fragen: Wie konnte die Hamburger Polizeiführung denn eine Einsatztaktik verfolgen, die bei vergleichbaren anderen Lagen seit Jahrzehnten als überholt gilt? Beispielsweise zeigt sich doch in Berlin am 1. Mai, dass Deeskalation wirken kann.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

Ich frage mich auch: Wie kann ein SPD-Bürgermeister davon sprechen, dass es keinerlei Gewalt von Polizisten gegeben habe? Herr Scholz, ich muss Ihnen sagen: Sie laufen anscheinend blind durch die Welt. Es gibt Foto- und Filmaufnahmen, die eine andere Sprache sprechen. Nein, es gab keine allumfassende, strukturelle Polizeigewalt. Die allermeisten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten haben sich richtig verhalten,

(Beifall bei den GRÜNEN)

aber ein paar eben nicht. Das muss man in einer Demokratie so benennen und auch aufarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem müssen wir uns die Frage stellen: Wurde die Pressefreiheit eingeschränkt? Warum wurde 32 Journalistinnen und Journalisten nachträglich die Akkreditierung entzogen? Ich würde mich freuen, wenn sich die CSU auch einmal zu diesen Fragen äußern oder diese Fragen wenigstens einmal stellen würde. Aber daran haben Sie anscheinend kein Interesse.

Das alles muss aufgearbeitet werden, damit es in Zukunft möglichst nicht mehr zu solchen Situationen kommt. Ja, natürlich müssen die Gewalttäter bestraft werden, und es muss eine bessere europäische Zusammenarbeit erfolgen. Darüber hinaus muss die Prävention gegen Radikalisierung und Gewalt ausgebaut werden; denn auch linksextreme Gewalt ist nicht nur ein Fall für die Sicherheitsbehörden, sie ist auch ein Fall für die Zivilgesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, was mich besonders ärgert? – Die kriminelle Gewalt ging ganz klar auf Kosten der inhaltlichen Diskussion. Über 100.000 Menschen haben friedlich, kreativ und bunt gegen die Politik der G-20-Staaten demonstriert. Darüber wird leider nicht gesprochen. Dabei wäre genau dies so wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusammenfassend kann man sagen, dass der G-20-Gipfel viele Verlierer produziert hat: die Anwohnerinnen und Anwohner, die in Angst und Schrecken waren und die nicht geschützt werden konnten, all die, deren Eigentum zerstört worden ist, die Polizistinnen und Polizisten und Rettungskräfte, die in gefährliche Situationen geraten sind, und die friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten, deren Protest und Vorschläge für eine bessere Welt buchstäblich untergegangen sind. Vor allem – das ist mir ganz wichtig, weil ich das heute noch gar nicht gehört habe – zählen auch all die Menschen in den Ländern, die die fehlende Handlungsfähigkeit der G 20 in Sachen Klimaschutz und fairer Handel zu spüren bekommen, zu den Verlierern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind Menschen, die unter Umständen ihre Heimat verlassen müssen, weil sie keine Lebensgrundlage mehr haben. Der G-20-Gipfel war auch inhaltlich kein Erfolg. Das Abschlusspapier ist nicht Ausdruck neuer globaler Ambitionen, sondern es verfestigt die Spaltung, die sich spätestens durch Trumps Alleingänge angedeutet hat.

Was bleibt also von dem G-20-Gipfel? – Es bleibt auch ein Scherbenhaufen im Bereich der internationalen Klimapolitik und des fairen Welthandels.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Arnold von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Versammlungsfreiheit ist eines der höchsten Güter in unserem Rechtsstaat. Sie und die anderen demokratischen Grundrechte zu gewährleisten, ist Aufgabe des Rechtsstaates; das ist quasi seine Visitenkarte. Es muss klar sein: Eine unfriedliche, bewaffnete Versammlung verdient nicht diesen grundrechtlichen Schutz. Deshalb sagen wir: Jegliche Gewalt, jeglicher Extremismus hat auf Versammlungen nichts zu suchen. Das wird von uns nicht akzeptiert. Es muss klar sein und deutlich gemacht werden: Das hat nichts mit rechts und links zu tun, sondern es geht um den Schutz des Gemeinsamen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Herrmann, es gibt einen Werkzeugkasten der Polarisierung. Darin findet sich möglicherweise auch feinmechanisches Werkzeug. Sie haben heute den Holzhammer ausgepackt und haben Bezug auf links-extreme Bewegungen in Lateinamerika genommen. Das hat hier nichts zu suchen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie stellen die Dinge zu einfach dar und schaden damit unseren gemeinsamen Anstrengungen, klare Verhältnisse herzustellen. Ich möchte nicht, dass mein Sohn angesichts der Bilder in Hamburg meint, er könne zu keiner Demonstration mehr gehen, weil das zu gefährlich sei. Wir müssen das Gebot, friedlich zu demonstrieren, herausstellen. Wir müssen diejenigen identifizieren, die von vornherein zynisch und arglistig Rechte missbrauchen und unter dem Deckmantel, links zu sein, möglicherweise Straftaten begehen; denn bei einer genauen Analyse zeigt sich, dass der Schwarze Block weder links noch rechts ist, sondern ein grundkrimineller Haufen, eine kriminelle Vereinigung zur fortlaufenden Begehung von Straftaten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

In diesem Kontext stehen dem Rechtsstaat einige Mittel zur Verfügung, um die Identifizierung und die angemessene Bestrafung der Straftäter zu gewährleisten. Alle diese Straftaten, wie Sachbeschädigung oder

versuchter Totschlag, müssen durch strafprozessuale Maßnahmen geahndet werden. Diese Taten müssen nach Möglichkeit schon im Vorfeld verhindert werden; wenn sie aber geschehen sind, müssen sie mit härtesten Strafen belegt werden. Wir stehen dazu, dass alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden, um die missbräuchliche Inanspruchnahme des Versammlungsrechts zu verhindern.

In diesem Zusammenhang lehnen wir auch die Unterscheidung von rechts und links ab und lassen uns nicht in semantische Diskussionen verwickeln. Wer in dieser Diskussion die Begriffe rechts und links verwendet, der betreibt doch das Geschäft derjenigen, die unser System insgesamt angreifen und perforieren wollen. Die machen sich darüber lustig, dass wir uns hier gegenseitig die Köpfe einschlagen und jeder den anderen beschuldigt, auf der falschen Seite zu stehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Wie sieht es denn mit dem Vermummungsverbot aus? Sind Sie dafür, Kollege Arnold?)

Wir können es uns angesichts dieser Situation gar nicht leisten, nicht geschlossen aufzutreten. Es gibt im demokratischen System Unterschiede zwischen den Parteien. Toleranz bedeutet, dass man andere Meinungen erträgt und die Diskussion darüber mit Würde austrägt. Null-Toleranz-Politik – Sie haben das angesprochen – darf es nur in extremen Ausnahmefällen geben. Da haben Sie recht. Aber wir dürfen die einzelnen Erscheinungen nicht als Maßstab für die Entwicklung einer Grundrechtsausübung nehmen. Da bin ich ganz nah bei der Kollegin Schulze. Die friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten dürfen in unserer Gesellschaft nicht stigmatisiert werden. Zu demonstrieren ist ein Grundrecht. Wenn zukünftig Demonstrationen sofort in Verbindung mit den radikalen und nicht akzeptablen Aktionen des Schwarzen Blocks gebracht werden, dann ist die Sache schon zu weit fortgeschritten. Dann haben Sie Ihr Geschäft in die falsche Richtung entwickelt. Der Schwarze Block steht nicht für Demonstrationsfreiheit, sondern für einen Angriff auf die Grundrechtsordnung und insbesondere auf das Grundrecht zu demonstrieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Deswegen ist Besonnenheit angebracht. Diejenigen, die in diesem Land kritische Sachverhalte ansprechen, sollen weiter dazu ermutigt werden, dies nicht in Hinterzimmern zu tun, sondern in der Öffentlichkeit, wenn es angemessen und gewünscht ist. Demonstrationen sollen friedlich und ohne Waffen stattfinden.

Nur das nehmen wir hin. Dies zeugt auch von der Größe des Rechtsstaates. Jedes Verkleinern und jede reflexartige Zuweisung von Gewalttaten nach links oder rechts führen dazu, dass sich diese zynische Minderheit in ihrem Verhalten bestätigt sieht. Wer heutzutage behauptet, die gesellschaftlichen Verhältnisse progressiv durch Gewalt oder Schädigungshandlungen gegen die Polizei ändern zu können, der ist doch von vornherein neben der Spur. Ziehen Sie doch die demokratischen Parteien in diesem Land nicht in diese Spur. Das geht doch gar nicht. Grenzen Sie sich davon ab.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen von Beklommenheit bei den Polizeieinsätzen in Hamburg. Ja, es ist schlimm gelaufen. Die Polizei hat sich dort angemessen eingesetzt und viel Toleranz gezeigt. Im Einzelnen wird noch geprüft werden, ob diese Toleranz in jedem Fall angemessen war. Wir, die SPD, möchten uns ebenfalls bei allen Polizeibeamtinnen und -beamten, den Rettungsdiensten und der Bevölkerung für die Geduld und das Ertragen der Gefährdung bedanken. Wir finden die Maßnahmen der Staatsregierung in Bezug auf Sonderurlaub richtig. Wir bedanken uns ausdrücklich dafür.

Herr Dr. Herrmann, jedoch ist es nicht so, als wäre in Bayern noch nichts passiert. Anlässlich eines Fußballspiels von 1860 München randalierten Gewalttäter minutenlang im Stadion. Die Polizei stand damals auch vor einem großen Problem, und die Situation war ebenfalls beklemmend. Dieses Ereignis hat im Freistaat Bayern stattgefunden. Mein Sohn wird vermutlich nicht mehr zu solchen Spielen gehen. Natürlich ist eine solche Randalie nicht die Regel. Fangen Sie aber nicht damit an, eins zu eins aufzurechnen. Das ist doch kleinkariert.

(Beifall bei der SPD)

Alles in allem geht es auch um Prävention. Es ist wichtig, Kinder präventiv zu erziehen; ich denke dabei auch an meinen Sohn. In der Schule soll das hohe Gut der Grundrechte vermittelt werden. Das hat mit Sozialkunde, Achtung, Würde und Toleranz zu tun. Diese Dinge müssen den Menschen beigebracht werden. Achtung, Würde und Toleranz werden nicht durch eine Sitzung des Bayerischen Landtags vermittelt, in der man sich gegenseitig ausgrenzt, beschimpft und sich voneinander abgrenzt. Eine Lösung gegen eine andere kleinkariert auszuspielen, ist ebenfalls nicht förderlich. Das ist nicht im Sinne der Bayerischen Verfassung. Das ist nicht im Sinne von sozialen Grundrechten. Das ist nicht im Sinne eines Konsenses. Damit betreiben wir möglicherweise im

Ansatz das Geschäft derjenigen, die unsere Gemeinschaft zerstören wollen. Dieses Spiel lassen wir mit uns nicht treiben. Wir weisen darauf hin, dass wir dieses Spiel auch mit der SPD in der Bundesregierung nicht treiben lassen. Hier sind Schuldzuweisungen völlig fehl am Platze. Nach außen sollte das deutliche Zeichen gesetzt werden, dass wir diesen Staat mit seinen Grundrechten erhalten wollen und wir uns auch von Minderheiten nicht daran hindern lassen. Diese Minderheiten werden bekämpft, gestellt und identifiziert, egal, ob die Minderheiten von links, von rechts, aus der Mitte, von oben oder unten kommen. Entscheidend ist die Verfassungsfeindlichkeit dieser Menschen und nicht deren Orientierung. Wenn die Randalierer von Links kommen, dann sind sie eben von Links. Aber der Schwarze Block ist kriminell, und diese Leute haben mit Links oder Rechts nichts zu tun.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, ich wollte den Beifall nicht unterbrechen. Danke, dass Sie wieder an das Rednerpult zurückgekehrt sind. Der Kollege Pohl hatte sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Arnold, ich habe heute keine Vorwürfe gehört.

(Markus Rinderspacher (SPD): Na ja!)

Vorwürfe an die SPD-Landtagsfraktion in Zusammenhang mit dem G-20-Gipfel wären auch absurd. Den Vergleich mit einem Fußballspiel von 1860 München sollten Sie etwas relativieren. Dieser Vergleich erscheint in der Tat der Sache nicht angemessen. Sie sagen, dass es egal ist, ob Gewalt von Links oder Rechts verübt wird – hier stimme ich Ihnen ausdrücklich zu –, Gewalttaten müssen grundsätzlich abgelehnt werden, und wir müssen Geschlossenheit dagegen demonstrieren. Genau das haben die Kollegin Gottstein und der Kollege Dr. Herrmann gesagt. Auch ich frage Sie nun: Warum verharmlosen Sie die Gewalt von Links, indem Sie von "sogenannten Linksextremisten" schreiben?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich fordere eine klare Kante.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich greife nun einen Ausspruch der Kollegin Schulze auf, den sie erst kürzlich auf einem Plakat gezeigt hat: Klare Kante gegen Rechts! – Aber auch klare Kante gegen Links!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Arnold, Sie haben das Wort.

Horst Arnold (SPD): Herr Pohl, danke schön für die Gelegenheit, dies noch einmal zu erläutern. Es soll keine Verharmlosung stattfinden. Eine Verharmlosung findet dadurch statt, dass Gewalt irgendwelchen Seiten zugeordnet wird; es gibt keine gute oder schlechte Gewalt. Ihren Antrag lehnen wir ab, weil er zu pauschal gefasst ist. Der Antrag zieht die Angelegenheit auf eine Ebene, auf der Begrifflichkeiten und nicht das eigentliche Problem zum Thema gemacht werden.

Beim Antrag der CSU werden wir uns enthalten. Sie können sich nicht in die Angelegenheiten von Bremen oder Hamburg einmischen. Das ist nicht Ihre Sache.

(Karl Freller (CSU): Da war ja die bayerische Polizei oben! – Markus Blume (CSU): Zahlen müssen wir auch für die Länder!)

Im Freistaat gibt es genügend Themen und Baustellen, um die wir uns kümmern können. Deswegen werden wir uns enthalten.

(Karl Freller (CSU): Das waren junge Menschen aus Bayern in Hamburg!)

– Das Argument, dass die bayerische Polizei dort eingesetzt wurde, fällt unter Amtshilfe. Die Amtshilfe ist bundesrechtlich geregelt.

(Lachen bei der CSU)

Eine Verharmlosung von Links kann man uns tatsächlich nicht vorwerfen. Wenn wir von der "sogenannten Linken" sprechen, dann sprechen wir doch vom Schwarzen Block. Sie machen sich die Analyse zu einfach.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie den Schwarzen Block mit Links gleichsetzen. Das ist wirklich nicht angemessen. Wenn wir die Sache für die Zukunft analytisch bereinigen wollen, dann sollten wir – –

(Thomas Kreuzer (CSU): Ist die Rote Flora links oder rechts?)

– Dann lassen Sie die Rote Flora links oder rechts sein. Das Problem ist: Inwieweit bestehen rechtliche Möglichkeiten, derartige Institutionen als verfassungswidrig zu identifizieren und stillzulegen?

(Thomas Kreuzer (CSU): Ist der NSU links oder rechts?)

Da hilft es nicht, auf den Tisch zu hauen. Hier hilft, nachzudenken und zu analysieren und den Instrumentenkasten fein ziseliert auszubauen, und zwar im rechtsstaatlichen und nicht im polarisierenden Sinn.

(Markus Blume (CSU): Sie schaffen es nicht, sich abzugrenzen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die CSU-Fraktion zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Jetzt hat der Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass wir uns auch nach dieser interessanten Debatte darin einig sind, dass die Situation am vorvergangenen Wochenende in Hamburg völlig unerträglich war und der Bayerische Landtag ein solches Verhalten grundsätzlich und in jeder Hinsicht verurteilt. Dort meinten Gewalttäter, dass sie das Demonstrationsrecht in Deutschland missbrauchen könnten. Dort fanden kriminelle Aktivitäten und brutale Gewaltakte gegen Bürger, Sicherheitskräfte und andere statt. Das Privateigentum vieler Bürgerinnen und Bürger Hamburgs wurde zerstört. Das hat keine guten Bilder von Deutschland in die Welt getragen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In dieser Plenarsitzung haben wir nicht Einsatzkonzepte in anderen Bundesländern zum Thema; diese werden von der Polizeiführung aller Länder und des Bundes in den nächsten Wochen und Monaten nachbereitet werden. Es ist in der Tat Aufgabe der Hamburgischen Bürgerschaft, sich mit der Vorbereitung und der Durchführung zu befassen. Ich will aber ein paar wenige Anmerkungen, schon im Hinblick darauf machen, was das für unser Land, für den Freistaat Bayern bedeutet. Frau Kollegin Schulze hat das Thema der Deeskalation angesprochen. An dieser Stelle will ich schon einmal unterstreichen: In Bayern gilt seit vielen Jahren in einer solchen Situation der Grundsatz "Deeskalation durch Stärke". Das bedeutet, dass die Sicherheitskräfte, insbesondere unsere

Polizei, alles dafür tun, um die Sicherheit in unserem Land aufrechtzuerhalten. Wir schützen das Demonstrationsrecht. Ich darf daran erinnern: Während des G-7-Gipfels in Bayern haben an dem Donnerstag, am Fronleichnamstag, über 35.000 Menschen in München friedlich demonstriert. Wir schützen das Demonstrationsrecht. Damals konnten 35.000 Menschen ihre Haltung zum Weltklima und zu anderen Themen zum Ausdruck bringen, und zwar friedlich und ohne Gewalt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Das wird vom Grundgesetz auch geschützt. So steht es seit 1949 im Grundgesetz, und das schützen wir: Alle Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Das macht unseren Rechtsstaat aus. Das unterscheidet uns in der Tat von vielen anderen Ländern in der Welt, in denen dieses friedliche Demonstrationsrecht leider nicht gewährleistet wird.

(Horst Arnold (SPD): Ungarn zum Beispiel!)

Das ist ein Kernelement unserer freiheitlichen Demokratie. Aber wenn jemand Waffen mit sich führt, und seien es Pflastersteine, dann ist das nach unserem Dafürhalten ein erster Hinweis darauf, dass das niemand ist, der ganz normal zum Beispiel für den Klimaschutz demonstrieren will; denn derjenige, der das tun will, trägt doch keine Pflastersteine im Jutesack mit sich.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Deshalb ist es gut, wie bei uns üblich, Leute schon im Vorfeld, manchmal sogar schon 200 Kilometer vor dem eigentlichen Zielort, zu überprüfen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Warum hat das die Bundespolizei dann nicht getan?)

Auch mit dem Prinzip der Deeskalation durch Stärke können wir in Bayern, Herr Kollege Arnold, keine hundertprozentige Sicherheit garantieren. Wenn wir uns aber die Entwicklung der Situation bei der Sicherheitskonferenz in München in den letzten 10, 15 Jahren ansehen, die alljährlich im Februar stattfindet, dann stellen wir fest: Es ist besser geworden, nicht schlechter. Die Gewalt ist weniger geworden. Wir begleiten jeden Demonstrationzug von Anfang an mit einer hinreichenden Zahl von Polizeikräften. Durch dieses Vorgehen gelingt es – Frau Kollegin Schulze, ich denke, auch Sie werden das anerkennen und respektieren –, dass die alljährliche Demonstration bei der Sicherheitskonferenz stattfinden kann. Es wird aber nicht zugelassen, dass Gewalt ausgeübt wird. Es ist gut, wenn man von vornherein mit genügend Polizei-

beamten präsent ist. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als vor zwei Jahren, noch vor dem G-7-Gipfel, auch von einigen Kollegen hier im Haus kritisiert wurde, es würde eine Übermacht der Polizei geben, es würden viel zu viele Polizeibeamte eingesetzt, die Leute würden in Angst und Schrecken versetzt. Nein, ganz im Gegenteil: Die ausreichende Präsenz von Polizeikräften hat damals dafür gesorgt, dass diejenigen, die friedlich unterwegs waren, problemlos demonstrieren konnten. Diejenigen aber, die etwas anders vorhatten, wussten von vornherein, dass sie keine Chance auf Gewalteskalation haben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Es gehört zum Wesen einer Demonstration, dass Bürger für ihre Meinung auf die Straße gehen und anderen Leute sagen, was ihre Meinung ist. Mit diesem Gedanken ist unvereinbar, dass man sich dabei vermummt. Damit würde man doch sein Angesicht, seine Überzeugung nicht mehr zeigen. Deshalb ist es seit jeher in ganz Deutschland, in jedem Bundesland – das betone ich –, verboten, sich bei einer Demonstration zu vermummen. Das hat seinen guten Grund; denn es hat damit zu tun, wie man seine Überzeugung in der Öffentlichkeit darbringt. Vermummung hat damit nichts zu tun. Ich bin froh, dass der Bayerische Landtag vor zwei Jahren mit einer Gesetzesänderung klargestellt hat, dass eine Vermummung strafbar ist. In Hamburg ist sie auch strafbar. Die Einsatzkräfte haben versucht, das durchzusetzen. Ich kann deshalb überhaupt nicht verstehen, warum mein niedersächsischer Kollege Pistorius von der SPD in der vergangenen Woche den Vorschlag unterbreitet hat, man könne eine Deeskalation dadurch erreichen, dass man das Vermummungsverbot wieder von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit herabstufte. Nach diesen Ereignissen in Hamburg gibt es doch keinen Grund, das herabzustufen. Es ist doch mehr denn je notwendig, klarzumachen, dass Vermummung bei einer friedlichen Demonstration nichts zu suchen hat.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Deeskalation erreicht man durch konsequentes, kluges und auch bedachtes Auftreten der Polizei. Deeskalation erreicht man nicht durch Anpassung, Nachgiebigkeit oder Wegschauen. Das funktioniert nicht. Deshalb rede ich nicht über Details des polizeilichen Einsatzkonzepts. Aber die Diskussion über politische Verantwortung, die mit dem Thema Rote Flora verbunden ist, müssen sich diejenigen, die dafür die politische Verantwortung tragen, schon gefallen lassen.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Ich finde es interessant und im Ergebnis auch gut, wenn bestimmte Kräfte in der Diskussion der letzten zehn Tage, verstärkt auch aus den Reihen der SPD, teilweise sogar von den GRÜNEN, als kriminell bezeichnet werden. Ich musste aber auch Aussagen zur Kenntnis nehmen wie die: Linke Gewalt gibt es gar nicht, oder: Sie sei ein Widerspruch in sich. Dazu muss ich gar nichts sagen. Nahezu jeder Bürger in unserem Land hat dazu automatisch eine Meinung, die ihn nur den Kopf schütteln und fragen lässt: Was soll denn das?

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Darauf will ich gar nicht näher eingehen. Es ist aber gut, wenn wir uns in der Frage einig sind, dass das Kriminelle sind. Hier wird es spannend, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. In Bayern tragen Sie nicht die Verantwortung, und ich sage das jetzt im Hinblick auf die Situation in Hamburg oder Berlin: Was sind denn das für Leute, die da dauernd in der Roten Flora zugange sind? Wie werden die bezeichnet? Sind das die netten, freundlichen Linken?

(Unruhe bei der SPD)

Ist das noch akzeptabel? Oder ist es nicht eigentlich so, dass die kriminelle Szene dort schon längst begonnen hat? – Hier zeigt die politische Verantwortung ihre Wirkung. Seit Jahren ist in jedem Verfassungsschutzbericht nachzulesen: Das ist die Keimzelle von Autonomen, von Chaoten und dergleichen. Aber der Hamburger Senat stellt denen seit Jahren dieses Haus kostenlos zur Verfügung. Man hat gemeint, mit Appeasement könne man die Situation beruhigen. Das Gegenteil ist der Fall.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

In Berlin entwickelt sich die gleiche Situation: eine Hausbesetzerszene.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Man meint, man könne auf Dauer Frieden in der Stadt schaffen, wenn man sie in Ruhe lässt. Man glaubt, wenn man die Hausbesetzerszene in Ruhe lässt, dann würde schon Ruhe einkehren. Nein, meine Damen und Herren, das ist ein Trugschluss. Ich kann deshalb nur sagen: Es war gut und richtig, dass mein Amtsvorgänger im Innenministerium Günther Beckstein schon vor 20 Jahren die Devise ausgegeben hat: In Bayern bleibt kein Haus länger als 24 Stunden besetzt. Das hat die Polizei durchgesetzt, und dabei bleibt es auch bis heute.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Abschließend will ich sagen: Ja, ich habe großen Respekt vor dem Einsatz, den unsere bayerischen Polizeibeamten gezeigt haben. Ich danke aber auch den Polizeibeamten der Bundespolizei und aller anderen Länder. Ich danke ihnen für alles, was sie im Rahmen des dort Möglichen geleistet haben. Ich danke unserer Polizei aber nicht nur für diesen Einsatz in Hamburg, sondern für alles, was sie das ganze Jahr, vom 1. Januar bis zum 31. Dezember, in unserem Land leistet. Das ist die wesentliche Grundlage dafür, dass wir in Bayern sicherer leben können. – Vielen herzlichen Dank an unsere bayerische Polizei!

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Frau Kollegin Stamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Claudia Stamm.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich glaube, wir sind uns alle in diesem Hause darin einig, dass Gewalt zu verurteilen ist, egal, aus welcher Ecke sie kommt und wie sie bezeichnet wird. Ich wundere mich jedoch darüber, dass dies im Antrag der CSU-Fraktion nicht differenzierter dargestellt wird. Vielleicht fehlen auch Informationen.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Die rechtsextreme Hooligan-Gruppe HoGeSa hat dazu aufgerufen, nach Hamburg zu fahren und dort Gewalt auszuüben. Laut Medienberichten hat es sogar vorher in Hannover Festnahmen gegeben. Sie konnten dann gar nicht fahren.

(Widerspruch bei der CSU)

Ein Teil der Gruppe konnte nicht fahren. Der andere Teil gehörte jedoch zu denjenigen, die die Stadt verwüsten haben. Diese Informationen stammen von einer Zeitung, die bestimmt nicht linksextrem ist, nämlich aus der "MOPO".

Die Besitzer der Läden, die am schlimmsten zerstört wurden, haben mehrheitlich – nachzulesen in verschiedenen Internetforen – gesagt, dass die Gewalt nicht nur von Linksextremen aus dem Schwarzen Block verübt worden ist, sondern vor allem von Partyvolk. Dort sind halbnackte und besoffene Menschen durchgegangen. Das Partyvolk hat verwüstet. Wenn Sie solche Anträge stellen, mit denen Sie Gewalt verurteilen, wünsche ich mir, dass dies nicht nur einseitig erfolgt, sondern in alle Richtungen geht.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Liebe Frau Kollegin Stamm, Ihnen steht es selbstverständlich frei, Erklärungen zur Verurteilung von Partyvolk zu veröffentlichen. Das steht aber sicherlich nicht im Mittelpunkt unserer heutigen Debatte.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Grundsätzlich kann ich Ihnen sagen: Die Staatsregierung und die Mehrheitsfraktion in diesem Landtag zeichnen sich dadurch aus, dass sie seit jeher jede Form von Extremismus nachdrücklich verurteilen. Frau Kollegin Stamm, die Fraktion, der Sie früher angehört haben, hat in der Vergangenheit wiederholt dagegen gestimmt, wenn im Rahmen von Anträgen gefordert worden ist, nicht nur den Rechtsextremismus, sondern auch den Linksextremismus zu verurteilen.

(Beifall bei der CSU)

Die Mehrheitsfraktion und diese Staatsregierung haben sich immer dafür eingesetzt, jede Form von Extremismus energisch zu bekämpfen. Dazu stehen wir auch weiterhin.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst lasse ich über die Anträge abstimmen, zu denen keine namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Dies ist der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/17828. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Gegenstimmen! – Keine Enthaltungen? – Das ist die SPD-Fraktion.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Damit ist dieser Antrag angenommen.

Jetzt komme ich zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/17829. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? –

Keine. Wie hat der Abgeordnete Felbinger (fraktionslos) abgestimmt? – Zustimmung. Das muss ich nach der Geschäftsordnung festhalten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/17830. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie der Abgeordnete Felbinger (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/17809. Dafür sind fünf Minuten vorgesehen. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 10.07 bis 10.12 Uhr)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Wir zählen außerhalb des Saales aus. Ich darf Sie jetzt bitten, wieder Platz zu nehmen. Wir wollen mit der Tagesordnung weiterfahren. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte, die Debatten außerhalb des Sitzungssaales zu führen.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Helga Schmitt-Bussinger u. a. und Fraktion (SPD)
Deutsches Museum Nürnberg (Drs. 17/17810)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Transparenz herstellen: Sachstand zum Aufbau und Betrieb der Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg (Drs. 17/17831)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Finanzierung des Deutschen Museums Nürnberg nicht am Landtag vorbei (Drs. 17/17832)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg u. a. und Fraktion (CSU)
Deutsches Museum Nürnberg (Drs. 17/17833)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und bitte als ersten Redner den Kollegen Dr. Kränzlein zum Rednerpult.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die SPD begrüßt die Errichtung einer Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg. Wir verlangen aber ein geordnetes Verfahren, an dem das Parlament mitwirkt und in dem es ernst genommen wird und das eine rechtzeitige umfassende Einbindung, volle Informationen und das Finden tragfähiger Entscheidungsgrundlagen ermöglicht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist im vorliegenden Fall eben nicht geschehen. Stattdessen haben wir eine Söder'sche Politik nach Gutsherrenart erlebt, die schon aus früheren Verfahren bekannt ist. Als Beispiel nenne ich nur AEG. Projekte, die wir für sehr wichtig halten und hinter denen wir stehen – Obersalzberg, Gärtnerplatztheater oder die Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg seien als Beispiele genannt –, laufen immer wieder aus dem Ruder, weil sie auf der Exekutiveebene versammelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ganz knapp zu den Fakten, damit jeder weiß, worüber wir hier überhaupt reden: Im August 2014 gab es die vernünftige Nordbayern-Initiative. Ein Projekt darin war das Deutsche Museum in Nürnberg. Genannt wurden 8 Millionen Euro, die für die Finanzierung notwendig seien. Danach gab es einige Anfragen zum Plenum und Anfragen der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD, so zum Beispiel im Oktober 2014, im Juli 2015 und im Januar 2016. Immer wieder war die Antwort – das zog sich noch bis in den Juni 2016 hinein, also ziemlich lang –, man habe noch keine ordentliche Projektplanung, man habe noch keine Grundlagen, man könne zu den Kosten nichts sagen. Eine tragische Geschichte, wenn man bedenkt, dass man ein Projekt auf den Weg bringt, der Projektträger selber, das Deutsche Museum, aber bis heute noch nicht in der Lage war, ein endgültiges Konzept vorzulegen. Das ist deswegen problematisch, weil mit dem Startschuss ein Projekt auf den Weg gebracht wurde, das nur schwer wieder zu bremsen ist, obwohl die Grundlagen einfach falsch waren.

Innerhalb relativ kurzer Zeit haben wir gehört, dass man von einer Ausstellungsfläche von 4.000 Quadratmetern, einer Museumseröffnung im Jahr 2019 und

Kosten in Höhe von 11 Millionen Euro ausgehe. Das war eine Aussage Söders bei einer Pressekonferenz am 10. Juni 2016, nachzulesen in einer "dpa"-Nachricht. Es gab dann eine Steigerung der Ausstellungsfläche auf 5.500 Quadratmeter. Die Aufbauphase sollte auf einmal 27,6 Millionen Euro kosten, und im Haushalt 2017/2018 wurden dann 64 Millionen eingestellt. Genannt wurde auch eine Miete von 1,8 Millionen. Alles das, was hier gemacht wurde, nämlich bewusst billig einzusteigen, dann die Kosten sukzessive zu steigern und damit Verteuerungen herbeizuführen, ist uns aus vielen Hochbauprojekten der Vergangenheit bekannt. Diese bittere Erfahrung mussten wir im Finanzausschuss leider immer wieder machen.

Hinter dem Projekt stehen inzwischen viele Fragezeichen, denn nun beträgt die Miete 2,8 Millionen Euro im Jahr. Die Personalkosten sind in dem Betrag wohl nicht enthalten. Erst am 5. Juli 2017 haben wir Antworten bekommen, die aber noch viele Fragen und Ungereimtheiten im Raum stehen lassen. Was ist mit dem Mietvertrag? Was steht denn wirklich in diesem Vertrag? Sind wir jetzt schon gebunden, oder können wir aus dem Vertrag noch raus, wenn das Parlament bei der Beratung zum Beispiel zu dem Ergebnis kommt, dass dieser Mietvertrag schlecht ist? Wir haben keine Ahnung davon, wie die Vereinbarung zwischen Deutschem Museum und Freistaat Bayern lautet. Wir haben keine Ahnung davon, was der Projektträger wirklich vorhat und ob das Deutsche Museum wirklich hinter dem Projekt steht.

Ich lese Ihnen einmal ein Zitat vor, das ich spannend finde. Minister Herrmann hat schon vor einigen Jahren versucht, eine Außenstelle des Deutschen Museums bei der Maxhütte unterzubringen. Er hat diesen Vorschlag strukturpolitisch begründet. Darauf hat das Deutsche Museum sehr kühl geantwortet:

Das Deutsche Museum zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass wir viele Disziplinen an einem Ort vereinen ... Es sei deshalb nicht das Ziel, Spezialmuseen in der Umgebung zu eröffnen. Zudem habe man angesichts der Sanierungspläne genug zu tun.

Die haben Herrn Herrmann damals also schön abblitzen lassen. Herr Söder ist jetzt in Vorlage gegangen. Das Deutsche Museum folgt ihm zwar brav, aber es legt nicht vor, was es will.

Den gleichen Unfug haben wir übrigens beim Konzertsaal in München erlebt. Auch da hat man zuerst einen Standpunkt für absolut erklärt. Dann hatten wir eine schlechte Verhandlungsgrundlage. Dann wurden sündteure Abschlüsse gemacht. In München wurde ein aberwitziger Erbpachtvertrag geschlossen. In

Nürnberg macht man einen aberwitzigen Mietvertrag; man muss sich das genau anschauen. Darum beantragen wir, mit diesem Projekt in den Ausschuss zu gehen. Obwohl das Finanzministerium zum Konzertsaal in München noch vor einigen Monaten gesagt hat, dass der Freistaat Bayern Anmietungen eigentlich nicht nahetreten wolle oder sogar ablehne, weil der Staat damit keine hinreichende Kontrolle über das Projekt habe, wird jetzt ein Mietvertrag abgeschlossen. Der Mietvertrag bindet uns doch nicht nur 25 Jahre lang. Sie können mit einem Museum doch nicht nach 25 Jahren ausziehen und woanders hingehen. Sie haben einen einzigen Vertragspartner, mit dem Sie über den Mietvertrag verhandeln können. Der kann dann verlangen, was er will. Wenn Sie es hochrechnen, hat er mit diesem Mietvertrag schon jetzt eine Rendite von 14 %. Das müssen Sie irgendwo sonst suchen. Das bekommen Sie nur, wenn der Freistaat Bayern mit Geld um sich wirft, wie es hier der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt jede Menge weitere Probleme, über die wir sprechen müssen. Wir haben keine vernünftige Abwägung mit anderen Standorten, uns wurden auch keine Alternativstandorte in Nürnberg benannt. Das wurde nur pauschal beantwortet, ohne dass man nachvollziehen kann, was wirklich dahintersteckt.

Darüber hinaus haben wir neben der abenteuerlichen Kostenentwicklung nach wie vor keine ordentlichen Grundlagenermittlungen. Wir wissen gar nicht genau, wohin die Reise geht. Wir wissen zum Beispiel, dass die Stadt München jährlich Betriebskostenzuschüsse für das Deutsche Museum zahlt und einen Erbpachtvertrag zu Null für das Deutsche Museum hat. Das macht der Freistaat Bayern bei einem Erbpachtvertrag sonst nirgendwo.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wenn du ins Mikro redest, hören wir auch etwas!)

Das ist eine deutliche Subventionierung der Stadt München für das Deutsche Museum. Das wirft die Frage auf, wie sich zum Beispiel die Stadt Nürnberg an diesem Museum beteiligt. All diese Fragen sind offen. Alles, Herr Söder, wird nur gemacht, weil Sie wieder mit einem Schnellschuss vorangehen und zeigen wollten, wie tüchtig Sie sind, und das möglichst noch vor den Wahlen.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Das stinkt Ihnen, oder? – Markus Rinderspacher (SPD): Sie sollten es verteuern, Herr Söder!)

– Das stinkt mir überhaupt nicht. Ärgerlich ist nur, dass Sie damit hohe Kosten verursachen, die wir,

wenn wir sie im Finanzausschuss absegnen, kompensieren müssen, indem wir andere wichtige Vorhaben zurückstellen.

(Beifall bei der SPD)

Viele Dinge, die wir eigentlich machen müssten, können dann nicht gemacht werden.

Lassen Sie mich, weil die Zeit hier ziemlich knapp ist, noch etwas sagen. Das muss einfach mal gesagt werden, weil der Widerstand – das wissen Sie genau – auch aus Ihrer Fraktion intern kommt. Ihre Fraktion findet das auch nicht gut. Da zitiere ich jetzt mit außerordentlicher Freude den Herrn Goppel, der gesagt hat: Wer sich das ausgedacht hat, der spinnt. – Das haben Sie sich ausgedacht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich muss sagen: Wo Herr Goppel recht hat, da hat er einfach recht. Legen Sie also erst alle Unterlagen auf den Tisch, und gehen Sie damit in den Finanzausschuss. Dann schauen wir uns mal an, was man da noch retten kann und ob man überhaupt noch etwas retten kann. Dieses Chaos-Tandem Söder/Spaenle, dem jede haushaltspolitische Vernunft abhandengekommen ist, ist eigentlich nicht geeignet, solche Maßnahmen ohne parlamentarische Kontrolle durchzuführen.

Der CSU-Antrag hierzu ist geradezu peinlich; darin wird eine uneingeschränkte Umsetzung dieses Projekts verlangt. Sie wissen doch noch gar nicht, was dieses Projekt überhaupt ausmacht, und trotzdem wollen Sie es uneingeschränkt absegnen. Dann bitten Sie untertänigst, dass Ihnen die Regierung vielleicht mal sagt, was da los ist. Hey, wo sind wir denn? Wir sind das Parlament! Die Staatsregierung hat gefälligst zu berichten, und zwar rechtzeitig, frühzeitig, umfassend und richtig. Das haben Sie nicht gemacht. Darum stehen wir heute hier.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Muthmann.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit welchem Sorgfaltsmaßstab werden in dieser Staatsregierung eigentlich Großprojekte geplant? Wie wird mit dem Geld umgegangen, das Menschen und Unternehmen mit guter Arbeit verdienen und als Steuern bezahlen? – Ich sage Ihnen: Da tun sich Abgründe auf. Obersalzberg, Gärtnerplatztheater und jetzt Deutsches Museum in Nürnberg: Geld spielt da keine Rolle. Nein, Geld spielt keine Rolle. Schon beim Gärt-

nerplatztheater sind einfachste Fragen noch immer unbeantwortet. Ich will nur daran erinnern: Am Gärtnerplatztheater haben vielleicht 20 Ingenieurbüros und mindestens 70 ausführende Firmen gearbeitet. Da war die Frage, wer eigentlich der Gesamtverantwortliche ist, bei dem die Fäden zusammenlaufen. Wer ist der Projektsteuerer, der das alles letztlich steuert und insgesamt verantwortet? Wer ist der Koordinator? Allein schon diese banale Frage konnte da nicht beantwortet werden. Offenbar gibt es keinen Gesamtverantwortlichen. Das ist nach Maßstäben der Privatwirtschaft schlicht unvorstellbar. Aber in der Privatwirtschaft spielt Geld auch eine Rolle; denn wenn die Kosten aus dem Ruder laufen, fehlt das Geld zum Schluss dem Unternehmer beim Gewinn. Er hat dann schlicht weniger Geld in der Tasche. Wenn das aber beim Staat passiert, dann sitzen anlässlich der Eröffnung die Minister und Abteilungsleiter in der ersten Reihe und lassen sich feiern oder feiern sich selbst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt das Deutsche Museum in Nürnberg: Wie verantwortungslos und konzeptlos da vorgegangen wird, macht schon ein Blick in das Protokoll des Wissenschaftsausschusses der Sitzung vom 12.07.2017 deutlich. Ich trage Ihnen daraus ein paar Passagen vor. Da wurde gesagt, die Aushebung der Baugrube erfolge spätestens Anfang August 2017. Das Museumskonzept werde Ende 2017 fertig und dann vorgestellt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wahnsinn!)

Adidas soll sich beteiligen. Was sagt adidas dazu? – Adidas verlangt vor der Entscheidung ein Konzept. Ja sowas!

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Komisch!)

Bevor adidas Geld ausgeben will, will die Firma wissen, wofür! Das sollte zu denken geben. Ein Architekturbüro macht eine Machbarkeitsstudie. Das Ergebnis: 4.000 Quadratmeter, drei Meter hohe Räume. Dann habe der Architekt höhere Räume und 5.500 Quadratmeter vorgeschlagen. Sie erinnern sich, liebe Kollegen: Es gibt kein Konzept.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber klar ist: 4.000 Quadratmeter reichen nicht. Es müssen 5.500 Quadratmeter sein. Dann wird im Wissenschaftsausschuss – besonders erfreulich – berichtet, man sei im Zeitplan,

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

wisse aber nicht, ob auf dem Grundstück archäologische Funde zu erwarten seien. Das sei noch nicht untersucht. Festgestellt wurde aber, dass die Miete sehr hoch sei. Das hat der Vertreter des Wissenschaftsministeriums so gesagt. Da kann man bei 2,8 Millionen Euro im Jahr oder 42 Euro pro Quadratmeter durchaus sagen: Das war richtig.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Aber was bekommt der Mieter dafür? Die Raumzuschnitte sind unbekannt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ein Wahnsinn!)

Wie schaut es mit der Qualität des Gebäudes insgesamt aus? Wie schaut es mit der energetischen Qualität aus, die durchaus wichtig ist, wenn es um laufende Kosten danach geht? Wie schaut es mit den Baumaterialien aus? –

Wir wollen das Pflichtenheft sehen. Wenn im Privatbereich geplant wird, wird vorab über die Lage jeder einzelnen Steckdose geredet. Hier wird gebaut, ohne dass überhaupt das Museumskonzept bekannt ist. Und warum baut die öffentliche Hand nicht selbst? Wo sind die Vergleichsberechnungen? Möglicherweise spielen da sogar folgende Überlegungen eine Rolle: Wenn wir das als öffentliche Hand selbst bauen, dann müssen wir in diesen lästigen Haushaltsausschuss. Wenn wir aber mieten, können wir machen, was wir wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie da mit öffentlichem Geld umgegangen wird, belegt ein letzter Punkt: Das Projekt mit einem Umfang von jetzt immerhin circa 70 Millionen Euro

(Verena Osgyan (GRÜNE): 100 Millionen Euro!)

sollte überhaupt nur im Fachausschuss vorgestellt werden. Die Haushälter sollten das alles nur zur Kenntnis nehmen. Aber auch im Fachausschuss wurde nur oder im Wesentlichen nur über Geld gesprochen. Auch dem Fachausschuss war das wohl zu viel oder jedenfalls suspekt.

Sehr geehrte Vertreter der Staatsregierung, ein solches Verfahren können und wollen wir Ihnen in der Verantwortung für die öffentlichen Finanzen nicht durchgehen lassen. Wir erwarten endlich einen verantwortbaren Umgang mit öffentlichen Mitteln. Das

sind wir und das ist vor allem die Staatsregierung allen Steuerzahlern schuldig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Dynamik, in der sich die Zahlen entwickeln, will ich Ihnen in Erinnerung rufen: Beim Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 im Oktober 2016 war noch von 1,3 Millionen Euro auf 25 Jahre gerechnet die Rede. Im beschlossenen Haushalt im Dezember 2016 waren es dann schon 1,8 Millionen Euro auf 25 Jahre, und jetzt sind es 2,8 Millionen Euro. Da sind viele, viel zu viele Fragen offen und zu beantworten.

Da sage ich jetzt zu den Kollegen von der CSU: Den ersten Satz Ihres Dringlichkeitsantrags können und wollen wir mittragen, dass der Bayerische Landtag ausdrücklich die Errichtung einer Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg begrüßt und die zeitnahe Realisierung unterstützt. Aber dann muss man auch sorgfältig und anständig planen.

Im Übrigen kann ich mich dem anschließen, was der Kollege Kränzlein gerade gesagt hat: Darüber hinaus zu bitten, dass der Bayerische Landtag weiterhin – weiterhin! – vor allem über die finanziellen und planerischen Entscheidungen laufend informiert wird, ist dann doch eine Art von Willfährigkeit gegenüber der Staatsregierung, die dem Landtag nicht zukommt. Wir haben zu erwarten, wir haben auch durchzusetzen. Deswegen können wir solche Nachlässigkeiten und Schlampigkeiten nicht mit einem Beschluss gegenüber der Staatsregierung kommentieren, in dem wir bitten, dass weiterhin berichtet wird. Das ist viel zu wenig. Das sind wir den Steuerzahlern und dem bayerischen Haushalt insgesamt, wenn er auch noch so gut und noch so üppig ist, schuldig. Allein das Mantra, zu sagen, der bayerische Staat ist stark und hat Einnahmen wie noch nie, ist wohl richtig. Aber gerade da entsteht der Eindruck, dass das zu Nachlässigkeiten in einer Art und Weise führt, die wir nicht mittragen werden, nicht mittragen können. Deswegen können wir auch diesem so schwachen Antrag der CSU nicht zustimmen. Wir müssen die Fragen stellen und werden das durchsetzen. Den Anträgen der Kollegen aus den anderen Fraktionen stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Osgyan.

Verena Osgyan (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen: Ich habe mich schon ein bisschen darüber gefreut – und meine GRÜNEN mit mir –, dass das Deutsche Museum nach Nürnberg kommt; denn Wissenschaft nach pä-

dagogischen Grundsätzen erfahrbar zu machen, ist eine ganz spannende Sache. Wissenschaft und Science-Fiction zum Anfassen klingt gut. Recht viel mehr haben wir zu dem Thema bisher nicht erfahren, aber lassen wir uns überraschen, haben wir gedacht. Warten wir auf den Bericht im Wissenschaftsausschuss. – Dort ist meine Freude schon erheblich getrübt worden, weil ich eigentlich erwartet hatte, etwas zu erfahren, was über "Wir wissen noch nicht viel; das Konzept wird erarbeitet" hinausgeht. So in etwa stand es dann auch in dem Bericht.

Spannend waren allerdings die Zahlen in dem Papier. Da wurden uns wirklich Wissenschaft und auch der Staatshaushalt anschaulich erfahrbar gemacht. Diese Zahlen haben natürlich auch bei uns einige Fragen aufgeworfen. Da muss ich Sie übrigens loben, Herr Spaenle: Das bayerische Bildungssystem ist nicht völlig verkehrt. Meine Abgeordnetenkollegen im Wissenschaftsausschuss haben alle noch ihre Fünftklässlermathematik und das Kopfrechnen im Millionenraum zusammengebracht. Das hat gut funktioniert. Wir haben die Miete mit den Jahren malnehmen und die Anfangsinvestition dazu addieren können; wir haben rausgebracht: Es sind etwa 100 Millionen Euro Kosten. Das ließ sich hinterher auch noch verifizieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gut. Das ist jetzt der Stand. Natürlich drehte sich die Diskussion völlig im Kreis, weil wir etwas anderes erwartet haben. Es ist doch eher ungewöhnlich, dass wir Fachpolitikerinnen und -politiker uns den Kopf über die Kosten zerbrechen. Aber auch das tun wir gerne, weil die Kosten an dieser Stelle natürlich sehr relevant sind.

Die Historie wurde gerade von meinen Kollegen dargestellt. Am Anfang war die Rede von einer Anschubfinanzierung in Höhe von 8 Millionen Euro. Dass das für einen Museumsbau nicht ausreicht, war allen klar. Aber es hieß "Anschubfinanzierung"; in irgendeiner Form würde sich das Deutsche Museum auch beteiligen. So weit, so gut.

Wir haben daraufhin diverse Anfragen gestellt und immer ausweichende Antworten erhalten. Das Interessante an der Sache war, dass jedes Mal etwa zwei Wochen später eine Pressekonferenz mit wechselnden Beteiligten stattfand. Herr Finanzminister Söder, Sie waren immer dabei; dann war noch der Immobilienentwickler dabei, die Kulturreferentin der Stadt Nürnberg, meistens oder immer der Herr Heckl, der uns im Ausschuss immer so freundlich berichtet und dabei immer so nett lächelt. Wir haben dort Dinge erfahren, nach denen wir uns zuvor in unseren Anfragen erkundigt hatten. In den Antworten dazu hieß es

immer, man könne dazu valide nichts aussagen. So weit, so gut.

Dann dachten wir, jetzt müsste ja wohl mal was Substantielles kommen. Was dann tatsächlich kam, war eine babylonische Zahlenverwirrung. Ich kann nur noch einmal bekräftigen: 100 Millionen Euro sind mehr als 66 Millionen Euro, die im Doppelhaushalt 2017/2018 stehen. Da stellt sich natürlich die Frage, wo denn die 36 Millionen Euro herkommen. Es hieß, vorläufig soll der Freistaat Bayern die vollen Kosten für das Deutsche Museum Nürnberg übernehmen. Das heißt: Die 36 Millionen Euro kommen vermutlich vom Freistaat Bayern. Gleichzeitig hieß es, Vertragspartner seien nicht wir, sondern das Deutsche Museum. Da stelle ich mir natürlich Fragen: Wer hat wann wie welche Verträge mit wem abgeschlossen, welche Zusicherungen gegeben? Wäre es wirklich nicht günstiger gewesen, an der Stelle zu bauen? Wenn das Grundstück zum marktüblichen Preis vermietet wird, gibt es vielleicht auch andere Grundstücke, die infrage kommen. Es geht außerdem nicht nur um die Frage, ob der Preis marktüblich ist, sondern auch darum, ob der Freistaat Bayern sich das überhaupt leisten kann und will, ob das Geld im Haushalt ist, ob es für ein Museum angemessen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Fragen konnten auch nicht beantwortet werden. Wir wissen heute noch nicht, wie die Grundstücksvergabe in der Auswahlkommission gelaufen ist, wer beteiligt war und wer was wann wem wie zugesichert hat. Ich denke, man kann das mit Fug und Recht als finanzpolitischen Saustall bezeichnen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wenn sich das so darstellt, wie auch als unwürdige Salamitaktik, wenn immer mal wieder mit Informationen herausgerückt wird und man sich das Bild dann, soweit möglich, zusammenreimen darf. Deswegen erwarten wir jetzt, dass da endlich informiert und Klarheit geschaffen wird; denn wir sind als Parlament zur Kontrolle der Regierung verpflichtet. Das geht aber nur, wenn wir frühzeitig transparente Informationen bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und das ist meiner Ansicht nach nicht geschehen. Das muss nun nachgeholt werden. Das ist unsere Verantwortung nicht nur gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, sondern auch unsere Verantwortung als Wissenschaftspolitikerinnen und Wissenschaftspolitiker, damit das Konzept auch funktioniert; denn wir wollen das Deutsche Museum nach Nürnberg bringen – wir wollen das aber so ma-

chen, dass es den bestehenden Rechtsgrundlagen entspricht. Darüber muss aufgeklärt werden. Wir müssen darüber debattieren, nicht nur im Wissenschaftsausschuss, sondern auch im Haushaltsausschuss, am besten in einer gemeinsamen Sitzung. Dafür plädieren wir in unserem Antrag. Den anderen Dringlichkeitsanträgen stimmen wir natürlich auch zu.

Die FREIEN WÄHLER – das rechne ich ihnen hoch an – haben das haushaltspolitisch sehr genau aufgedrösel. Die SPD hat auch nach den Hintergründen gefragt. Personelle Verflechtungen, die man aufklären muss, spielen hier natürlich auch eine Rolle.

Ich finde, wir sollten alle diesen Dringlichkeitsanträgen zustimmen, weil es einfach unsere oberste Pflicht als Landtag, als haushaltspolitischer Souverän ist, uns umfassend informieren zu lassen. Wir stimmen auch dem Antrag der CSU zu, auch wenn ich sagen muss: Den Ausführungen kann ich folgen. Es ist aber natürlich ziemlich läppisch zu formulieren "... weiterhin umfassend zu informieren...", weil wir wissen, wie umfassend die Information bisher war. Aber auch da sind wir nicht so. Lassen Sie uns das alles gemeinsam aufklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich muss sagen: Ich finde es sehr schade, Herr Spaenle, dass Sie jetzt ins Rennen geschickt werden. Bisher waren Sie hier nämlich noch nicht an vorderster Front zu sehen. Aber ich bin sehr gespannt auf Ihre Ausführungen. Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Jörg.

Oliver Jörg (CSU): Geschätzte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst gilt es mal, dieses hoch interessante kulturpolitische Projekt "Zweigmuseum des Deutschen Museums in Nürnberg" grundsätzlich in Bayern einzusortieren. Wir haben in Bayern landauf, landab überall große, sehr große, kulturpolitische Maßnahmen laufen, sei es das Museum für Bayerische Geschichte in Regensburg, sei es der Konzertsaal, den wir in München angehen, sei es das Sudendendeutsche Museum, das Museum für Franken, auf das wir als Würzburger und Franken ganz besonders stolz sind, oder das Porzellanikon in Selb. Jetzt bietet sich eine Riesenchance – eine Riesenchance! – für Nürnberg.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das Deutsche Museum ist international das führende Museum, wenn es um Naturwissenschaft und Technik geht. Jetzt haben wir die einmalige Chance, hier in Bayern, kon-

cret in Nürnberg, eine Zweigstelle zu eröffnen, die Museum vor allem für junge Menschen noch einmal völlig neu aufsetzt, während woanders, wie etwa in Bonn, genau solche Museen abgebaut werden. Diese neue Zweigstelle greift die Themenfelder Vision und Innovation in Technik und Wissenschaft noch einmal völlig neu und innovativ auf. Ein solches Museum gibt es bisher in Bayern überhaupt noch nicht, ja, ein Science-Center, ein außerschulischer Lernort, der auch mit Schule gekoppelt wird. Sie haben so schön gesagt: Science-Fiction. Ja, an das, was junge Menschen an Science-Fiction begeistert, wird hier ange-dockt; mit den jungen Menschen wird überlegt: Was kann die Technik, wo sind die Grenzen der Technik? – Das wird also ein richtiges Mitmach-Museum für Technik.

Das ist eine einmalige Gelegenheit. Ich muss die Frage unterstreichen: Wo in Deutschland gibt's denn so was? – Ich lade uns alle ein, dieses Projekt zu begleiten. Da sage ich auch den Kolleginnen und Kollegen von der Opposition dafür Danke, dass sie das zumindest nicht generell infrage stellen, auch wenn ich bei mancher Wortwahl meine Zweifel hatte. Das ist eine Riesenchance für Nürnberg und für ganz Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage allen bisher Beteiligten Danke. Unser Finanzminister Dr. Markus Söder rennt ja dort nicht allein herum und konzipiert dieses Museum, sondern dieser Vorgang ist fachlich äußerst intensiv von denen begleitet, die Herren dieses Verfahrens sind und als Anstalt des öffentlichen Rechts dafür die Federführung haben. Die Fachleute des Deutschen Museums haben auch die Kernkompetenz, wie so etwas gemacht werden muss.

Im Übrigen ist das auch keine solitäre Aktion der Staatsregierung, sondern sie bindet andere Akteure eng ein. Ich bitte darum, dass die Nürnberger Kolleginnen und Kollegen fraktionsübergreifend die Einbindung auch der Stadt Nürnberg zur Kenntnis nehmen. Man kann doch nicht an einem so exponierten Standort etwas entwickeln und andere Standorte gründlich prüfen, wenn man nicht intensiv mit denen zusammenarbeitet, die kommunal Verantwortung tragen. Dazu gehören alle, Verantwortungsträger aller Farben; auch der Oberbürgermeister Dr. Maly gehört dazu. Er begleitet das Vorhaben Gott sei Dank höchst intensiv positiv.

Die Sitzung letzte Woche im Wissenschaftsausschuss fand ich nicht gut. Wir haben nicht sonderlich fundierte Zahlen bekommen. Auch ich stelle mir Fragen, wenn ein Mitarbeiter des Ministeriums sagt: Na ja, das Investment beträgt vielleicht 30 Millionen. – Dann hat

jeder überschlagen können: 70 Millionen Miete in 25 Jahren. Wie geht denn das alles zusammen?

Als Parlament haben wir alle Kontrollfunktionen, egal, welche Fraktion in der Klammer steht. Es ist auch gut so, dass die Alarmglocken angehen und wir nachfragen. Das ist völlig legitim, nur hätte es das alles so nicht gebraucht, wenn man von vornherein hier verdichteter vorgetragen hätte und nicht hinterher sagt: Na ja, das mit den 30 Millionen ist eigentlich nur ein Rechenbeispiel gewesen; denn die Investitionskosten sind ja ganz andere. – Wie hoch sie sind, die Auskunft darüber erwarten wir gemeinsam gespannt in den Berichten.

Nur manchmal frage ich mich, wenn ich euren Vortrag dazu höre: Wollt ihr überhaupt Berichte? Denn alle Redner haben die Staatsregierung und die Vorgänge im Vorfeld verurteilt. Beim einen heißt es, es ist exekutives Versammeln; beim Nächsten heißt es, es tun sich Abgründe in der Sorgfaltspflicht auf; und wiederum bei der Nächsten heißt es dann, das ist ein finanzpolitischer Saustall. Sie wissen es doch noch gar nicht. Wofür wollen Sie dann Berichte? – Entweder wir üben unsere parlamentarische Kontrollfunktion sauber aus, dann lassen wir uns das alles vorlegen und zusammentragen, oder wir verurteilen eben nicht vorher.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was heißt vorher?)

Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

– Ich habe die Zitate genannt, also das, was Sie jetzt schon gesagt haben. – Zum Vorhaben an sich.

(Zuruf)

– Nein, wie der Herr Kränzlein das dargestellt hat, lieber Herr Kollege, das war nicht in Ordnung.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie kritisieren es doch selbst!)

– Ich kritisiere und sage, dass wir alle Informationen ordentlich wollen. – Im Übrigen hätte es die Anträge nicht gebraucht, eure nicht wie unsere nicht, weil der Wissenschaftsausschuss in der Tat, Herr Vorsitzender, seiner Aufgabe und Funktion nachgekommen ist. Wir haben die Themen alle angerissen; Sie können das Protokoll lesen. Sie äußern sich da und dort verdichteter. Aber das, was uns gemeinsam beschäftigt, war letzte Woche im Wissenschaftsausschuss alles angerissen. Aber gut, wir können auch hier im Plenum tiefer gehend diskutieren.

Zum Augustinerhof: Jeder kann seine eigene Meinung haben, ob der Standort der richtige ist oder nicht. Mich überzeugt er wirklich, weil er sich nämlich wie kein anderer Standort eignet. Man hat in der Tat viele geprüft. Wenn ich es richtig weiß, gab es 14 unterschiedlich tief gehende Standortprüfungen zur Frage, wo man das Vorhaben verwirklichen könnte. Dann kristallisieren sich eben wenige Standorte als besonders gut geeignet heraus. Ein zentraler Standort in Innenstadtlage, mitten in einer Altstadt, hat einen Vorteil, den all die anderen Standorte nicht geboten hätten. Wir haben letzte Woche im Wissenschaftsausschuss auch schon anreißen lassen, warum man nicht über den AEG- oder Quelle-Standort tiefer gehend nachgedacht hat. Dort liegt man nicht so zentral. Diese Alternativen liegen nicht so zentral und nicht so optimal an den ÖPNV angebunden wie ein Standort mitten in der Stadt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Oliver Jörg (CSU): Das machen wir danach.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Gut.

Oliver Jörg (CSU): Danke. – Viele Argumente machen diesen Standort hochinteressant. Dazu gehören auch – und das ist legitim – die Überlegungen einer Kommune, wie sie an einem so zentralen Standort Innenstadt mit einer Mischnutzung weiterentwickeln kann. Es ist legitim, das zu tun. Das Hohe Haus hat es genauso als legitim angesehen, als es darum ging, den Konzertsaal in München im Osten zu platzieren; denn dort wird genauso mit einer Innovation, in diesem Fall mit der eines Konzertsaals, ein ganzes Quartier entwickelt. Wenn an dieser Stelle verschiedene Nutzungsarten miteinander vereint werden können, ist es eine gute Überlegung.

Jetzt kommen wir zur Frage: Kannst du so etwas kaufen? Wir hätten für den Konzertsaal auch gerne gekauft; da haben wir uns die gleiche Frage gestellt. Oder wie kommst du an einem so tollen Standort weiter?

Wenn ein Eigentümer nicht bereit ist zu verkaufen – das haben wir erst vor wenigen Monaten diskutiert, schauen wir in den Münchner Osten –, dann muss man sich halt andere Lösungen überlegen. Dort haben wir uns für ein Erbpachtverhältnis entschieden. In Nürnberg hat das Deutsche Museum einen Mietvertrag ausgehandelt.

Übrigens hätte nach der Bayerischen Verfassung der Freistaat dort nicht vom Grundstockvermögen dieses

Gelände kaufen dürfen, nur unterstellt, der Veräußerer wäre dazu bereit gewesen, es dann dem Deutschen Museum kostenlos zur Verfügung zu stellen. Das ist nach der Bayerischen Verfassung überhaupt nicht möglich. Das wissen Sie auch ganz genau, und deswegen ist es gut, dass man das heute auch einmal darstellen kann.

Was für Möglichkeiten hat man denn dort? Teileigentum, wo eigentlich eine einheitliche Versorgung eines Gesamtareals auch besser in einer Hand ist? Das macht der Freistaat wirklich äußerst selten. Ja, ich gestehe uns allen, auch mir, ein: Natürlich ist es nicht der Regelfall, dass wir mieten. Aber es stimmt auch nicht, dass wir es nicht tun; nur muss es gut überlegt sein.

Natürlich verlangen auch wir, die Gründe zu erfahren, die das Deutsche Museum respektive diejenigen, die hier Amtshilfe leisten, die die IMBY dazu bewegen haben, diesen Weg zu gehen. Dazu müssen im Wissenschaftsausschuss – und auch ihr im Haushaltsausschuss werdet euch sicher damit beschäftigen – noch weitere Informationen kommen. Ich habe im Wissenschaftsausschuss schon gesagt: Wir brauchen die Informationen, sodass jeder Kollege und jede Kollegin sich einen Nachmittag lang an den Schreibtisch setzen und die Unterlagen durchgehen kann; denn man kann nicht in fünf Minuten alles durchdiskutieren, woran andere jahrelang arbeiten.

Das Gesundheitsministerium in München: Anmietung. Dienstgebäude des Land- und des Arbeitsgerichts München: Anmietung. Viele Anmietungen gibt es im Hochschulbereich; das wissen wir im Hochschulausschuss ganz besonders: TUM School of Education, Erweiterungen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften in München und Nürnberg: mehrere Anmietungen. Es handelt sich um nichts, worüber man sagt: Das ist jetzt ganz komisch. Wir haben 124 Anmietungen zwischen 2012 und 2016 mit einer Jahreskaltmiete von über 100.000 Euro, und wir haben eine zweistellige Zahl von Objekten, die wir mieten, für die wir über 1 Million Euro Kaltmiete zahlen. Ich sage das nur, damit Sie so etwas eben auch wissen.

Warum sind die Kosten höher? – Ja, wir gingen von 3.900 Quadratmetern aus und glaubten, dass man auf dieser Fläche ein so innovatives Museum errichten kann. Heute sind wir bei 5.500 Quadratmetern. Es rührt aber von einer museumsfachlichen Einschätzung her, dass andere Bedarfe angemeldet werden, um es eben, wenn wir es schon machen, richtig zu machen, um aus Nürnberg ebenso internationale Strahlkraft entwickeln zu können. Wenn man mehr Quadratmeter bestellt, steigt natürlich der Preis. Wenn man noch andere Anforderungen an Raum- und De-

ckenhöhen stellt, steigt der Preis noch einmal. Ursprünglich ist man von ungefähr 25 Euro pro Quadratmeter ausgegangen. Dabei hätte es überhaupt niemanden von uns vom Stuhl gerissen. Heute liegt man bei circa 38 Euro pro Quadratmeter. Das ist ein Sonderbau, der liegt an der Pegnitz, da baut man eine Tiefgarage. Das, was hier vom Deutschen Museum bestellt ist, ist eine Sondereinrichtung. Man kann das wirklich vergleichen mit Immobilien in Nürnberg, wo für einen Quadratmeter Gewerbefläche zwischen 20 und 60 Euro gezahlt werden. Hier liegen wir in der Mitte. Jeder von uns hat in seiner Heimatstadt schon die IMBY erlebt. Die IMBY achtet ganz genau darauf, welche Preise erzielt werden können und welche nicht. Auch die IMBY hat den Preis um 40 Euro als angemessen eingeschätzt. Wir liegen jetzt sogar darunter. Die Münchner wissen es: Es gibt auch Spitzenmieten, bei denen man mit 100 Euro für den Quadratmeter dabei ist. Ich sage das nur, damit wir eine Einsortierung vornehmen können.

In einem Punkt sind wir nicht beieinander: Ja, wir wollen dieses Projekt. Ja, wir wollen tief gehende Informationen. Das ist das Recht, das wir als Parlamentarier für uns geltend machen. Wir wollen aber auch weitermachen. In dem Dringlichkeitsantrag der SPD habe ich zwischen den Zeilen herausgelesen, dass die SPD dieses Projekt aussetzen will. Nein, wir machen weiter.

Lieber Prof. Dr. Michael Piazolo, wir haben im Ausschuss gesagt, dass wir die Informationen zügig und so schnell wie möglich wollen. Diese Informationen gehören jetzt auf den Schreibtisch jedes Abgeordneten. Dann werden wir uns wieder zusammensetzen und schauen, ob alles korrekt gelaufen ist. Eine Vorverurteilung halte ich in diesem Zusammenhang nicht für in Ordnung. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Zacharias.

Isabell Zacharias (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Lieber Oliver Jörg, ich darf feststellen, dass uns etwas eint: Ja, wir wollen die Zweigstelle in Nürnberg. Wir sind uns aber nicht einig in der Frage, wie gut wir als Abgeordnete im Ausschuss informiert wurden. Du erinnerst dich an die letzte Woche. Die SPD hat in einem Berichtsantrag umfängliche Fragen zum Deutschen Museum in München gestellt. Dort wird immerhin fast eine halbe Milliarde Euro von unterschiedlichen Geldgebern verbaut. Wir haben auch Fragen zur Zweigstelle gestellt, zum Beispiel zum Nutzungs-

konzept, und wir haben gefragt, was dort gebaut werden soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Bericht war eine Katastrophe. Deswegen führen wir heute diese Debatte. Der Bericht war nicht einmal die Tintenpatrone wert. Es stand nichts drin. Alle Nachfragen, die ich gestellt habe, wurden bereits früher einmal gestellt. Der Bericht an dieses Hohe Haus war Hohn. Ich hoffe, dass wir uns in dieser Einschätzung einig sind. Andernfalls müssten wir heute nicht dringlich besprechen, wie es mit diesem 100-Millionen-Projekt in Nürnberg vorangeht.

Lieber Oliver Jörg, ich möchte dazu deine Einschätzung hören: Wir sollen erst Ende August erste Informationen zu Zahlen und Fakten bekommen. Das bezeichne ich nicht als "umgehend". Uns ist es wichtig, zeitnah Informationen zu bekommen. Dazu hätte ich gerne eine Einschätzung des CSU-Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Oliver Jörg (CSU): Dazu muss ich eigentlich nichts mehr sagen, weil ich das bereits hinreichend getan habe. Wir haben den Anspruch, dass wir die Informationen so schnell wie möglich bekommen. Das haben wir bereits in der letzten Woche im Ausschuss gesagt. In der Tat, mich haben diese 13 Seiten auch nicht beeindruckt. Der zuständige Beamte hätte etwas vorbereiteter sein können. Deshalb ist es gut, dass der Steuerzahler die Abgeordneten bezahlt und nach München schickt. Wir kommen unserer Funktion nach. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Freller.

Karl Freller (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich weiß um den Zeitbedarf für die beiden nächsten Dringlichkeitsanträge. Mir geht es um zwei Fragen: Was will die Opposition, und was will sie wirklich?

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe den Eindruck, dass es Ihnen nur in zweiter Linie um die parlamentarische Kontrolle geht. In erster Linie geht es Ihnen darum, dem Finanzminister und dem Kultusminister am Zeug zu flicken. Dem werde ich entschieden widersprechen. Als ich im Landtag anfang, war es die laufende Kritik der Opposition, dass Nürnberg benachteiligt werde. Damals wurde laufend festgestellt, dass zu wenig Geld nach Nürnberg fließt. Ab den Zeiten von Strauß hat sich das geändert. Unter Seehofer ist es gelungen, dass keine Ecke Bayerns in irgendeiner Weise benachteiligt wird. Wir hat-

ten in Nürnberg lange Zeit einen großen Nachholbedarf, der jetzt gedeckt wird. Dieses Museum, für das in München eine ganze Insel zur Verfügung steht, hat einen optimalen Platz in der Innenstadt verdient. Der Platz, auf dem dieses Museum entsteht, liegt zentral. Alle sind für diesen Platz, Fachleute ebenso wie die Nürnberger Verantwortlichen.

Ich sage Ihnen eines: Ich kann es nicht verstehen, wenn Herr Dr. Kränzlein davon spricht, dass hier mit dem Geld um sich geschmissen wird und die Nürnberger zu viel bekommen. So können wir Nürnberg nicht fördern. So bringen wir Nürnberg in Schwierigkeiten. Die SPD verrät sich hier beim Thema "Unterstützung für Franken" selbst.

Wir fordern in unserem Dringlichkeitsantrag, dass weitertgemacht wird. Wir haben mit dieser Forderung auch recht; denn der Haushaltsausschuss hat bereits Mittel in Höhe von 66 Millionen Euro genehmigt. Dass zu diesen Mitteln Mehrkosten hinzukommen, ist ärgerlich. Trotzdem ist es richtig, dass wir diese Mehrkosten aufwenden; denn dieses Museum mit seiner Zukunftsausrichtung ist wichtig. Frau Osgyan hat davon gesprochen, dass marktübliche Mieten bezahlt werden sollten. Das ist einfach nicht möglich, da es hier nicht um ein Bürohaus geht. Dieses Haus mit seiner Raumhöhe von 4,5 Metern wird speziell für ein Museum gebaut. Als Nürnberger bin ich dankbar, dass wir dieses Museum bekommen. Ich werde es unterstützen, wo immer ich das kann.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Kollegen Dr. Kränzlein.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Kollege Freller, ist es Ihnen bewusst, dass wir am Museum in Nürnberg keinerlei Kritik geübt haben? Wir finden dieses Museum genauso wichtig wie Sie und unterstützen es in vollem Umfang.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ist es Ihnen bewusst, dass Herr Jörg zur Verteidigung völlig falsche Zahlen aufgefahren hat? Ich lese Ihnen das einmal vor. Angefangen hat es damit, dass gesagt wurde, die Konzeptidee unterstelle derzeit einen Bedarf von rund 1.500 Quadratmetern Ausstellungsfläche. Das wurde anlässlich einer Plenaranfrage der SPD vom 15. Oktober 2014 gesagt. Ein belastbares Konzept sollte bis zum Ende des Jahres 2015 vorgelegt werden.

Herr Kollege Jörg hat von einer fachlichen Begleitung gesprochen. Das Deutsche Museum hat seit drei Jahren noch kein Museumskonzept vorgelegt. Herr Kollege Muthmann hat es gesagt: Wie kann sich der Haushaltsausschuss, der einen Dauerärger mit den Bauten hat, hinter ein solches Projekt stellen, wenn bekannt ist, dass ohne Konzept und ohne Grundlagen immer alles aus dem Ruder gelaufen ist? Auch hier wird es wieder aus dem Ruder laufen. Es gibt keinen Grund, dies zu verteidigen.

Alle wollen dieses Museum. Ich habe Herrn Kollegen Dr. Goppel so verstanden, dass er sich bereits selbst ans Hirn langt und fragt, wer auf eine so hirnrissige Idee gekommen ist. Für den Konzertsaal in München wurde auch angeboten, dass das Haus von einem Investor gebaut wird und der Staat es nur mietet. Das Finanzministerium hat daraufhin gesagt: Das kommt nicht infrage. Wir brauchen die Kontrolle. – Die Halbwertszeit Ihrer Aussagen muss mittlerweile mit einer Stoppuhr gemessen werden, so schnell ändern Sie Ihre Aussagen.

(Beifall bei der SPD)

Karl Freller (CSU): Ich glaube, dass Ihnen die rechtlichen Bedingungen überhaupt nicht bekannt sind. Es ist juristisch gar nicht möglich, dass der Freistaat ein Gebäude errichtet und es dann unentgeltlich zur Verfügung stellt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das haben wir gar nicht gesagt!)

Was hier gemacht wird, ist sinnvoll. Ich sage Ihnen: Sie rechnen Investitionskosten und Mietkosten zusammen. Das ist unzulässig. Bei jedem Bau fallen über Jahrzehnte hinweg Mietkosten an. Wenn diese Mietkosten bei vielen Anmietungen über viele Jahre hochgerechnet werden, ergeben sich horrende Beträge. Jeder Privatmann muss wissen, dass eine Investition erheblich teurer wird, wenn er selbst die Kosten für den Unterhalt und für Renovierungen bestreiten muss. Da werden Äpfel mit Birnen verglichen. Das hat doch nichts mehr mit einer seriösen Diskussion zu tun. Hier geht es schlicht und einfach darum, ein Projekt madig zu machen, das für die Region eine echte Chance ist.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Sie wollen dieses Projekt stoppen und aussetzen, siehe Antrag der SPD. Wir alle wissen doch, dass damit ein Jahr verloren geht und das Projekt erheblich teurer wird. Ich möchte nicht, dass dieses Projekt ausgesetzt wird. Wer dieses Projekt aussetzen will, der hat einen Aussetzer.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Freller, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Mir liegen noch zwei weitere Anmeldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Zunächst die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Osgyan.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Freller, ich stimme Ihnen zu und bin auch der Meinung, dass Franken seit Jahrhunderten benachteiligt wird. Diese Meinung teilen fast alle in meiner Region. Das ist eine gewisse Grundtendenz. Ich freue mich immer, wenn etwas nach Nürnberg kommt, und hätte gerne mehr davon. Wir müssen natürlich auch sehen: Wir haben in Bayern noch andere Regionen, denen es ähnlich geht. Nichtsdestoweniger ist das Deutsche Museum in Nürnberg eine schöne Idee. Es muss aber auch finanziert werden. Wenn ich mich in meiner Region umhöre und Zeitungsartikel lese, finde ich Bemerkungen wie: Nicht im Ernst! Was? Jetzt ist es so teuer! Wie viel Miete ist denn das? – Das ist also auch bei uns vom gesamten Ablauf her nicht verständlich zu machen. Ich hätte mir einfach gewünscht, dass man von Anfang an Klarheit und Wahrheit walten lässt und einfach sagt, dass ein Museum etwas kostet und wie viel man dafür aufbringt, und dies dann vernünftig durchplant. Dann hätte es keinerlei Nachfragen und Probleme gegeben. Natürlich hätte man trotzdem entsprechende Berichte und saubere Vorlagen erwartet. Ich meine, dies ist an dieser Stelle ganz selbstverständlich.

Mich würde interessieren, wie Sie zu einigen Äußerungen stehen, die ich vorhin gehört habe und denen ich aufgrund meiner Ortskenntnis widersprechen muss. Beispielsweise ist bei Quelle und AEG eine U-Bahn vor der Tür; dieses Gelände ist mit dem ÖPNV bestens erreichbar, was man vom Hauptmarkt nicht unbedingt behaupten kann, da die Menschen von der Lorenzkirche aus dort hinlaufen müssen. Der Standort in der Innenstadt ist sicherlich spannend. Wir wissen aber auch, dass er 20 Jahre lang mehr oder weniger als Parkplatz genutzt worden ist, weil er in verschiedenster Hinsicht verbrannt war. Ich meine schon, dass viele froh sind, dass es für dieses Baugrundstück endlich eine Verwendung gibt und dass es dann sozusagen aufgeräumt ist. Man hätte rein museumsfachlich auch viele andere Standorte in Betracht ziehen können.

(Oliver Jörg (CSU): 14!)

Das alles liegt uns nicht vor. Angeblich ist dies geschehen. Wir wissen es nicht. Insofern besteht für mich immer noch der Verdacht, dass irgendetwas freihändig vergeben worden ist. Diesen Verdacht müssen

doch gerade wir als Nürnberger oder Schwabacher ausräumen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bevor Herr Freller das Wort ergreift, teile ich Ihnen mit, dass die CSU-Fraktion zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – So, Herr Freller.

Karl Freller (CSU): Frau Osgyan, Ihren Beitrag nehme ich durchaus ernst. Sie haben auch nicht das gemacht, was Kollege Kränzlein gemacht hat. Ich habe mich über den Satz geärgert, Herr Kollege Kränzlein, dass man mit Geld um sich schmeißt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es mag zwar teurer werden, aber dass dort mehr Geld aufgewendet werden muss, ist durch die Anforderungen des Museums und durch die zentrale Lage des Platzes bedingt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist doch gar nicht bekannt! Es gibt doch gar kein Konzept! Das ist doch das Problem!)

Deshalb meine ich, dass es nicht in Ordnung ist, wenn man hier davon spricht, dass mit Geld um sich geschmissen wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie wissen doch gar nicht, für was das Geld ausgegeben wird! Es gibt kein Konzept!)

Dies ist eine sinnvolle Investition für die Zukunft. Das ist ein tolles Museum, das absolut auf das neue Jahrtausend ausgerichtet ist. Wir sind froh, dass wir es bekommen. München hat es schon lange.

Ich bin der Letzte, der andere Regionen und das, was sie bekommen, ins Spiel bringt. Wir dürfen uns nicht auseinanderdividieren lassen. In Bayern muss jede Region das bekommen, was sie braucht. München hat das an vielen Stellen längst bekommen. Wenn das jetzt im übrigen Bayern, wo nicht immer investiert wurde, nachgeholt wird, ist dies eine gute Sache. Ich bin dafür, dass es bei der Entwicklung Bayerns weiter so vorangeht, dass alle Regionen entsprechende Leuchttürme und Schwerpunkte bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment, Herr Freller. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Piazolo. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Freller, vielleicht noch ein paar Klarstellungen. Erste Klarstellung: Wir

FREIE WÄHLER begrüßen es sehr und ausdrücklich, dass Nürnberg, was die Kultur betrifft, auch unterstützt wird.

Zweitens. Wir als FREIE WÄHLER freuen uns auch, dass genau dieses Museum, das Deutsche Museum, dort hinkommt. Der Standort war nie Gegenstand der Debatte, den haben Sie und einige der Redner jetzt zum Gegenstand gemacht. Allerdings – und dies ist völlig ortsunabhängig – geht es diesem Parlament und auch uns als FREIE WÄHLER darum, zu prüfen: Was ist der sinnvollste Weg? Was hat stattgefunden? Ist das alles günstig? Ist das der beste Weg? Das hätten wir genauso gefragt, wenn es in München gewesen wäre. Dies gilt für Nürnberg und für jeden anderen Ort in Bayern. Dafür sind wir als Parlament verantwortlich, Herr Freller, und deshalb fragen wir.

Der Ausgangspunkt war im Wissenschaftsausschuss. Dazu will ich noch eine Nebenbemerkung machen. Ich will nicht zulassen, dass die Schuld im Grunde genommen dem einen oder anderen Beamten des Ministeriums gegeben wird. Darum geht es nicht. Das ist nicht Sache der Beamten, sondern das ist Sache der Spitze der Staatsregierung. Die sind verantwortlich, nicht der einzelne Beamte, der seinen Bericht gibt. Das wollte ich auch noch deutlich machen. Die Verantwortung für den Bericht trägt der Minister, der ihn auch unterschrieben hat.

Eine letzte Bemerkung: Es geht nicht um Nürnberg; es geht nicht um das Museum als solches, sondern es geht darum, zu überlegen, ob eine Anmietung, so wie sie ausgestaltet werden soll, die richtige Lösung ist oder ob etwas anderes vielleicht vernünftiger gewesen wäre. Dies zu fragen, ist Pflicht dieses Parlaments, Herr Freller.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Karl Freller (CSU): Ich kann auf jeden Fall feststellen, dass nach den vorliegenden Informationen auch vonseiten der betroffenen Ministerien pflichtgemäß verfahren worden ist.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Freller. – Abschließend kommt jetzt für die Staatsregierung die Wortmeldung von Herrn Staatsminister Dr. Spaenle. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Bayern versteht sich als Kulturstaat. Bayern ist eines der Länder, die im Moment an ganz unterschiedlichen Stellen in ganz unterschiedlichen Bereichen große Investitionen zum Ausbau der Museumslandschaft tätigen. Ich sage das, damit man die Dimension sieht.

Wir haben jetzt mit dem Partner Deutsches Museum eine einmalige Situation. Bei anderen Projekten, die auch angesprochen worden sind, etwa beim Naturkundemuseum, das in München neu errichtet wird, oder beim Haus der Bayerischen Geschichte, agieren wir als Staat selbst, nämlich als dauerhafter Träger des Betriebes. Beim Projekt des Deutschen Museums haben wir Gott sei Dank einen dritten Partner gewonnen, der rechtlich selbstständig agiert, der seine programmliche, strategische Entwicklung in den eigenen Gremien beschließt.

Deshalb muss im Gegensatz zu den von mir angesprochenen Projekten bei der Umsetzung dieses großen Projektes in Nürnberg vom Ablauf her einiges anders gemacht werden. Da bestehen gänzlich andere Rahmenbedingungen, etwa was die Haushaltssituation angeht oder den Ankauf und die Überlassung eines Baus und Ähnliches. Wir haben hier andere rechtliche Rahmenbedingungen. Wir haben hier eine eigenständige Anstalt des öffentlichen Rechts, die andere Möglichkeiten der inhaltlichen Kursbestimmung hat, als sie etwa bei den zwei genannten Museumsprojekten bestehen, die das Haus, dem ich vorstehe, im Moment auch abwickelt.

Zur Entstehung: 2008 hat sich in Nürnberg eine Initiative gebildet, die sich seither intensiv für das Thema Wissenschaftsrepräsentanz in einer geeigneten Form einsetzt. 2013 hat dann eine entsprechende Initiative München erreicht. Es gab ein Gespräch in der Bayerischen Staatskanzlei, deren Leiter damals Herr Kollege Thomas Kreuzer war. Dem Ministerpräsidenten wurde die Grundidee vorgestellt. Man hat gesagt: Das werden wir in der nächsten Legislatur angehen. Dies ist dann mit dem Grundsatzbeschluss zur Nordbayern-Initiative von 2014 konsequent umgesetzt worden.

Zum Kostenrahmen insgesamt, damit Sie sehen, wo wir uns bewegen und damit die Dimensionen vergleichbar sind: Das Naturkundemuseum in München wird ungefähr 80 Millionen Euro kosten. Auch da ist es so, dass sich die Raumentwicklung natürlich an einem Grobkonzept orientiert und dann in einer Feinplanung genauer festgelegt wird. Derzeit werden Gespräche darüber geführt, wie die bauliche Einpassung in München Nymphenburg sein soll. Ein solches Verfahren ist bei einem so großen Projekt wie einem Museumsbau doch völlig klar. Jeder Museumsbau ist ein Unikat, weil es um ganz unterschiedliche Themen geht, wie wir zum Beispiel auch am Haus der Bayerischen Geschichte sehen, wo in einem Gebäudekomplex ganz unterschiedliche Präsentationsformen vorhanden sein werden. Aufgrund des Brandes stellt sich die Lage jetzt natürlich völlig anders dar. Auf der Kostenseite wird von ungefähr 65 Millionen Euro auszugehen sein.

Ich sage das, damit Sie die Relationen sehen. Wir setzen am Standort Nürnberg gemeinsam mit dem Deutschen Museum ein solches Museum um. Der Investitionsbedarf wurde nach entsprechendem Stand der Detailplanung sofort vorgelegt und beläuft sich auf etwa 27,6 Millionen Euro. Bei der Grundsatzentscheidung kann sich herausstellen, dass ein Kauf und Überlassung nicht möglich sind. Im Rahmen einer sorgfältigen Standortanalyse – Kollege Jörg hat dies angesprochen – wurden im Raum Nürnberg 14 Standorte untersucht. Die Prämisse ist, dass sich dieses Haus an einer möglichst zentralen Stelle befindet. Man hätte das Haus auch an einer peripheren Stelle errichten können, wie das zum Beispiel beim Museum für Industriekultur in Nürnberg der Fall ist, das sich nicht im Zentrum befindet, das aber mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden kann. Es erscheint aber eine Lösung umsetzbar, die angesichts der städtebaulichen Situierung, ganz abgesehen von der unmittelbaren Lage an der Pegnitz, eine hohe Attraktivität besitzt. Von dort können fußläufig alle anderen wichtigen Kultureinrichtungen in der Nürnberger Innenstadt erreicht werden. Die Umsetzung des Konzepts ist natürlich öffentlich dargestellt worden. Ich habe im vergangenen Herbst gemeinsam mit Herrn Prof. Heckl und dem Kollegen Söder eine öffentliche Veranstaltung zu diesem Thema durchgeführt, in der eine sehr intensive Diskussion mit der interessierten Bürgerschaft möglich war und bei der Herr Prof. Heckl, wie ich meine, in sehr anschaulicher Weise dargestellt hat, dass wir mit dem Ansatz in Nürnberg, mit den Präsentationsformen, die diese Zweigstelle des Deutschen Museums aufweisen wird, einen völlig neuen und innovativen Weg gehen. Diese Präsentationsformen werden andere sein als die hier in der Nähe, auf der Museumsinsel, an einem über 100 Jahre gewachsenen Standort, wobei aber auch die Entwicklung des Stammhauses fortgeschrieben werden wird. Ich begrüße es ausdrücklich, dass das gesamte Hohe Haus diesem neuen Projekt sehr positiv gegenübersteht.

Also: Nürnberg ist die Beantwortung eines Wunsches, der jetzt knapp zehn Jahre alt ist. Die Aussage, dass das in dieser Legislaturperiode angegangen werden soll, wird damit realisiert. Aus 14 Standorten wurden Alternativen ausgewählt. Zum einen war dies der jetzt gewählte Standort. Im Blick waren außerdem noch das alte Postgebäude am Hauptbahnhof und das leerstehende Kaufhaus Horten am Aufseßplatz in der Südstadt. Die Standortentscheidung wurde auch mit museumsfachlichen Kriterien hinterlegt. Die anderen Kriterien habe ich Ihnen schon dargelegt. Deswegen wären auch AEG oder Quelle sicherlich machbar, aber dem jetzt gefundenen Standort in der Qualität eindeutig unterlegen. Insofern ist eine sorgfältige Bewertung und Umsetzung in der Standortfrage erfolgt,

und dies – das ist richtig und klar – unter den haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen, die einen Kauf oder auch eine Überlassung eines entsprechenden Baus aus staatlicher Hand an das Deutsche Museum in seiner Rechtsform wegen Artikel 81 der Bayerischen Verfassung eben nicht ermöglicht haben. Die Alternative wäre die Bauherrneigenschaft des Deutschen Museums am Standort Nürnberg selbst gewesen. Auch das ist – das möchte ich auch einmal sagen, um dem Kollegen, der sich bei Ihnen fachlich eingelassen hat, den Rücken zu stärken – in dem ausführlichen Bericht enthalten. Darin wurden Ihnen im Detail die gesamte Finanzierungskulisse inklusive sämtlicher rechtlicher Rahmenbedingungen, die Standortwahl und Antworten auf viele andere Fragen dargelegt. Der Bericht wurde Ihnen am 5. Juli, eine Woche bevor sich der Ausschuss mit dem Thema befasst hat, also auf der Höhe der Zeit, vorgelegt. Zu diesem Zeitpunkt lag die notwendige Weiterentwicklung der Detailplanung mit dem Büro Staab vor, hatte also diese Präzisierung erfahren, sodass wir Ihnen diese unmittelbar in der Umsetzung dieser Fragestellungen dann auch haben vorlegen können und wollen.

Das betrifft zum einen die Frage eines in doppelter Hinsicht erhöhten Raumbedarfs, zum einen, was die Quadratmeterzahl angeht, zum anderen, was die sich aus der Detailplanung ergebenden besonderen Raumanforderungen angeht. Es ist bereits wiederholt gesagt worden, was das unter anderem bedeutet. Zum Dritten haben wir in diesem Zusammenhang auch die Frage zu klären, wie wir die technischen Anforderungen umsetzen. All dies hat zu dieser weiterentwickelten Planung geführt.

Die haushalterische Absicherung ist deutlich gemacht worden. Nach dem Grundsatzbeschluss von 2014 wurden in den Doppelhaushalten 2015/2016 und 2017/2018 die Ihnen bereits hier genannten Kosten bzw. Verpflichtungsermächtigungen eingebracht.

Jetzt befinden wir uns in einem Planungsstand, der deutlich macht, dass es noch zusätzlichen Engagements bedarf. Ich habe Ihnen die Relationen zu anderen Projekten geschildert. Ich nenne sie noch einmal: etwa 80 Millionen Euro Baukosten für das Naturkundemuseum in München und die etwas mehr als 65 Millionen Euro – ohne die Kosten, die sich aus der Bearbeitung des Brandschadens ergeben werden – für das Haus der Bayerischen Geschichte.

Wenn man sich entschieden hat, für dieses Projekt einen Standort vorzusehen, der eben nicht käuflich zu erwerben ist – einmal die Rahmenbedingungen, die das Haushaltsrecht setzt, beiseite lassend –, wenn man dann einen entsprechenden Mietpreis vereinbaren kann, der den besonderen Bedingungen eines

solchen Unikats an diesem Standort gerecht wird – übrigens mit der Überwälzung von baulichen Risiken, etwa durch die Sondersituation des Baus der Tiefgarage unmittelbar an der Pegnitz und andere Dinge, auf den Vermieter –, und wenn man dann diese Summen in Anschlag bringt, dann ist es nicht ganz ehrlich, wenn man sagt: Wir haben Einmalinvestitionen von 27,6 Millionen und dann laufende Mietzinsleistungen – die natürlich den speziellen Anforderungen an diesen Standort entsprechen –, die die bereits genannte Summe für 25 Jahre Laufzeit ausmachen. Dies ist im Vergleich zu anderen großen Projekten eine hoch verantwortbare finanzielle Leistung, die erbracht wird, um dieses besondere Museum, das hier einhellig begrüßt wurde, am Standort Nürnberg umsetzbar zu machen.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass das notwendige finanzielle Engagement für Unterhalt und Leistung zunächst einmal für die Anlaufphase bis 2020 allein vom Freistaat getragen wird. Die Partner, also der Freistaat Bayern und das Deutsche Museum, streben auf diesem Weg bis zum Jahr 2020 eine Bewerbung des Deutschen Museums mit diesem Standort für die Leibniz-Gesellschaft an, eine der Wissenschaftsgesellschaften auf Bundesebene, die Bund und Länder tragen, um auch ein Engagement des Bundes an diesem Standort zu erreichen. Eine entsprechende Vereinbarung wurde zwischen dem Freistaat Bayern und dem Deutschen Museum geschlossen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Alle Finanzierungszusagen des Freistaats Bayern stehen logischerweise unter Haushaltsvorbehalt, sodass die Befassung des Fachausschusses und des Haushaltsausschusses selbstverständlich gewährleistet ist.

Die Entwicklung des Mietzinses wurde mit dem Deutschen Museum auf dem Wege der Amtshilfe durch die IMBY begleitet. Welche andere Fachstelle des Freistaats Bayern sollte dies tun, wenn nicht die IMBY, die eine entsprechende Expertise aufweist und deshalb in diesem Verfahren auch die Empfehlung für dieses Spezialgebäude gegeben hat?

Natürlich sind dies hohe Aufwendungen. Wenn wir es aber mit dem Kulturstaatsprinzip ernst meinen und Einrichtungen höchster Qualität mit einem großen Namen – und "Deutsches Museum" ist ein großer Name – an einem zweiten bayerischen Standort ins Werk setzen wollen, so ist das selbstverständlich in einer Gesamtabwägung zu berücksichtigen, und, wie ich glaube, mehr als verantwortbar.

Das Deutsche Museum hat bisher außer in München nur durch eine besondere Situation am Standort Bonn eine Zweigstelle eröffnet. Erst vor diesem Hintergrund

kann man die Bedeutung, die dieses Projekt für Bayern hat, richtig einordnen.

Das Wissenschaftsministerium hat dem Fachausschuss seit 2014 in regelmäßigen Abständen berichtet, im Februar 2016, im Mai 2016, im Januar 2017, im April 2017, und hat Ihnen, nachdem die Feinplanungen vorlagen und die Auswirkungen auf die Rahmensetzung, was Haushaltsmittel und Mietzins angeht, klar waren, am 5. Juli diesen umfassenden Bericht vorgelegt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der Ausschuss hat deutlich gemacht, dass man diese Debatte, gerne auch im Haushaltsausschuss, vertieft führen will. Dabei geht es auch um die Frage, warum man sich zu einem Mietmodell entschlossen hat – ich habe versucht, dies in Umrissen deutlich zu machen –, und auch um die Entwicklung der Kosten. Wir stehen selbstverständlich für eine solche Debatte zur Verfügung.

Ich glaube, dass für dieses Projekt sowohl vom Zeithorizont her, nämlich vom Beschluss im Jahr 2014 bis zum Sommer 2017, als auch von der Umsetzung her, inklusive der Herausbildung des richtigen Standorts und der Entwicklung des Modells, wie wir es heute sehen, die notwendige Sorgfalt aufgewendet wurde. Wir schaffen mit diesem Projekt wirklich einen kulturellen, vor allem im Bereich der Naturwissenschaften wirkenden Leuchtturm am Standort Nürnberg und werden damit auch dem Verfassungsauftrag gerecht, im Kulturbereich gleiche Bedingungen im Land zu schaffen.

Wir werden natürlich in der Form, die gewünscht wird, intensiv mit dem Haus weiter zusammenarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, einen Moment noch, bitte. Herr Kollege Kränzlein hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Staatsminister, habe ich Sie richtig verstanden, dass bei der Standortauswahl viele Kriterien geprüft wurden, aber offensichtlich nicht die Kostenfrage? – Ich kann Ihnen aus eigener langjähriger Erfahrung als Bürgermeister sagen: Wenn ich nur ein bestimmtes Grundstück will und ich das dem sage, der dieses Grundstück hat, dann bin ich in der allerschlechtesten Verhandlungsposition. Das heißt: Selbst wenn ich ein bestimmtes Grundstück will, lasse ich zwei oder drei andere Grundstücke im Verfahren und ermittle die Kosten, damit ich einen Vergleich habe. Wir haben nie gehört, dass ein solcher Kostenvergleich angestellt wurde.

Noch einmal: Dieses Museum wollen wir. Dieses Museum wollen wir auch in Nürnberg, aber dieses Museum wollen wir zu annehmbaren, vernünftigen wirtschaftlichen Bedingungen.

Genau das Gleiche ist nämlich mit dem Konzertsaal am Ostbahnhof passiert. Als man den einen Standort als den richtigen benannt hat und dann in die Verhandlungen ging, ist genau das herausgekommen, was wir auch jetzt wieder erleben. Seinerzeit war es ein unglaublich teurer Erbpachtvertrag, hier ist es ein unglaublich teurer Mietvertrag, den man übrigens erst noch einmal genau anschauen muss, mit einer Wahnsinnsrendite für den Vermieter. Sie werden kaum jemanden finden, der eine so hohe Rendite erzielt. Genau zu diesen Punkten hätten wir in Ihrer Rede gerne etwas gehört.

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich habe es mit einer Benennung von ganz konkreten Hausnummern und 14 Standorten in Nürnberg deutlich gemacht, darunter auch AEG und Quelle – auch im größeren Umgriff. Ich habe die zwei Alternativen genannt, die näher zur Innenstadt liegen und neben dem Augustinerhof betrachtet wurden. Selbstverständlich spielen dabei die Kostenfrage und die Entwicklung eine zentrale Rolle.

Ich habe auch versucht, im Rahmen dessen, was hier möglich ist, deutlich zu machen, dass sich die Entwicklung des Gebäudekomplexes und die Planungen für dieses Gebäude im Rahmen der Detailplanungen verändert haben. Insofern spielt die Frage, zu welchen Gestehungskosten man bauen kann, eine wichtige Rolle. Gerade wenn man kein passendes Grundstück im Staatseigentum hat und durch die haushaltsrechtliche Situation nicht in der Lage ist, ein Grundstück grundstockkonform zu erwerben, weil dies zugunsten eines Dritten in dieser Form nicht möglich ist, stellt selbstverständlich die Kostenentwicklung ein ganz wichtiges Kriterium dar.

Deswegen habe ich mir erlaubt, auf zwei Projekte hinzuweisen, die natürlich mit Blick auf ihre Umsetzung nicht vergleichbar sind, weil sie staatliche, vom Freistaat Bayern getragene und auch von ihm geführte Museen betreffen, und bei denen wir eben nicht diese haushaltsrechtlichen Bedingungen haben, die wir mit dem dritten Partner, dem Deutschen Museum, gestalten müssen. Ich habe Ihnen die Kostendimension ungefähr deutlich gemacht. Auch hierbei haben sich und werden sich entsprechende Veränderungen ergeben. Insofern ist natürlich die Entwicklung der Kostensituation bei dem irgendwann einmal ins Auge gefassten Standort ein ganz wesentliches Kriterium für die

Frage: Steht das, was man aufwendet, für das, was man erreichen möchte, in einer vertretbaren Relation?

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, wir haben noch eine Zwischenbemerkung. Prof. Dr. Bauer hat sich gemeldet. Bitte schön.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, das in Rede stehende Grundstück liegt mitten im historischen Kern von Nürnberg. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindet sich der Neubau der IHK. Sie wissen, dass dort archäologische Relikte aus dem mittelalterlichen Nürnberg gefunden worden sind. Das hat den Bau um über zwei Jahre verzögert.

Auf meine Frage im Ausschuss hin, ob hier archäologische Voruntersuchungen stattgefunden haben, hat Herr Prof. Heckl gesagt: Da erwischen Sie mich auf dem falschen Fuß. – Das wisse er nicht, das sei nicht passiert. Können Sie mir diese Frage beantworten, und können Sie mir auch sagen, warum in diesem Areal – es gibt Stadtpläne vom mittelalterlichen Nürnberg, in denen man nachschauen kann, was dort war; wenn dort ein Kloster eingezeichnet ist, wissen Sie genau, dass in seiner unmittelbaren Nähe ein Friedhof war – keine archäologischen Voruntersuchungen vorgenommen worden sind und ob vor diesem Hintergrund mit einer Verzögerung des Baus oder mit anderen Hindernissen zu rechnen ist?

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich kann Ihnen die konkrete Fallgestaltung nicht deutlich machen, kann Ihnen aber aus Erfahrung sagen, dass zu einer Umsetzung von Baumaßnahmen im Innenstadtbereich, etwa in Regensburg oder in anderen Städten, und zu einem solchen Bauvorablauf nicht nur die Verlegung der üblichen Sparten, sondern natürlich auch entsprechende archäologische Sondagen gehören. Dies wird hier, wenn man voranschreitet, sicherlich auch der Fall sein. Die zeitliche Verzögerung ist bei professionell durchgeführten Sondagen oder entsprechenden Maßnahmen, glaube ich, beherrschbar.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Die namentliche Abstimmung über den Antrag der CSU-Fraktion erfolgt zuletzt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/17810 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger

(fraktionslos). Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/17831 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen, bitte! – CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/17832 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/17833. Die Urnen stehen bereit. Wir haben fünf Minuten Abstimmungszeit vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 11.25 bis 11.30 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wiedereinführung der Meisterpflicht
(Drs. 17/17811)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)
Sicherung und Stärkung des Meisterbriefs -
Förderung der dualen Berufsausbildung
(Drs. 17/17834)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)
Erhaltung des Meisterbriefs (Drs. 17/17835)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Kollege Häusler. Bitte schön.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kol-

legen! Tagtäglich stimmen Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung, auch viele andere, das Hohelied unseres dualen Ausbildungssystems an. Ich schließe mich ganz gerne dieser Bewertung an; denn Handwerk und Mittelstand sind nun einmal das Rückgrat unserer Volkswirtschaft und die Garanten für dauerhafte Stabilität in unserem Land.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber dieser Erfolg ist nicht dauerhaft und nicht in Stein gemeißelt. Die Stabilitätsanker sind in erster Linie die 41 Handwerksberufe, die in der Anlage A der Handwerksordnung stehen, nämlich die unter dem Meistervorbehalt. 53 Gewerbe der Anlage B wurden 2004 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung aus dieser Verpflichtung genommen. Wirtschaftsminister Clement sah in der Liberalisierung des Ausbildungssystems Wachstums- und Innovationschancen. Deshalb setzte er damals die Reform des Handwerksrechts durch.

Nur 41 Berufe in sogenannten gefahrengeneigten Bereichen blieben unter dem Meistervorbehalt. Das hat sich sehr bald, eigentlich schon innerhalb eines Jahres, als grobe Fehleinschätzung erwiesen. Was ist passiert? In den 53 Berufen, die nicht mehr unter dem Meistervorbehalt stehen, haben sich die Koordinaten deutlich verschoben. Ich mache das an den Ausbildungszahlen fest. In diesen Berufen ging die Zahl der Auszubildenden um 30 % zurück, bei den Berufen nach Anlage A der Handwerksordnung dagegen nur um 18 %.

Wenn man die Zahl bestandener Meisterprüfungen betrachtet, dann schaut es noch dramatischer aus. In den Berufen nach Anlage B haben wir einen Rückgang von 57 %, in den Berufen nach Anlage A von 17 %.

Wenn man die Betriebsneugründungen anschaut, dann stellt man fest, dass sich in den Berufen nach Anlage B die Zahl der Neugründungen verfünffacht, je nach Gewerbe auch verachtacht oder sogar verzehnfacht hat. Warum? Es wurden sehr viele Betriebe als Einmannbetriebe gegründet, und es haben sich sehr viele Einzelselfständige etabliert, darunter sehr viele Unternehmer und Unternehmerinnen aus Ost- und Südeuropa, die keine ausreichende Kapitalausstattung und kein Haftungskapital hatten. Für diese Unternehmen gilt auch – das ist für die Arbeitnehmer ganz wichtig –: kein Tarifvertrag, kein Mindestlohn, keine soziale Absicherung außer der Krankenpflichtversicherung, keine gesetzliche Altersvorsorge.

Ein Ergebnis dessen war auch, dass sich Betriebe in zulassungsfreien Gewerben auf dem Markt nur in unzureichender Zahl dauerhaft positionieren konnten.

Bereits nach fünf Jahren haben mehr als 50 % aufgeben müssen, weil sie insolvent waren, wohingegen 70 % der Betriebe in zulassungspflichtigen Gewerben dauerhaft Bestand hatten.

Ganz besonders ausgeprägt ist die Situation – das wird immer wieder thematisiert – im Baunebengewerbe, beispielhaft im Fliesenlegergewerbe. Ich habe von dieser Stelle aus schon einmal auf den Pfusch bei der Justizvollzugsanstalt Aichach hingewiesen, wo es eine Verzögerung von mehr als einem halben Jahr gab und ein immenser Schaden eingetreten ist, weil die entsprechenden Qualifikationen nicht vorgelegen haben.

Genau von dort kam der erste Hilfeschrei. Bereits 2013 haben die Berufsvertretungen, der Fachverband Fliesen und Naturstein und der Bundesverband Keramische Fliesen, die Wiedereinführung des Meistervorbehalts gefordert.

Ich nenne einen weiteren Aspekt. Zwischen 2003 und 2017 hatten wir 80 % weniger Meisterschüler im Fliesenlegerhandwerk. Das heißt, dass unendlich viele Kenntnisse und Fertigkeiten verloren gehen; denn die Meisterschule vermittelt nicht nur berufsbezogenes Wissen und praktische Fertigkeiten, sondern auch betriebswirtschaftliches Know-how, das notwendig für die Nachhaltigkeit und den Verbraucherschutz ist.

Deshalb fordern wir die EU-konforme Wiedereinführung der Meisterpflicht, zunächst dort, wo es entsprechende Verwerfungen gab und noch gibt. Aber insgesamt geht es darum, dauerhaft möglichst viele, vielleicht sogar alle Berufe wieder unter den Meistervorbehalt zu stellen bzw. die Reform rückgängig zu machen.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf die immerwährenden Gefahren, die aus Brüssel kommen, hinweisen. Dort geht es immer wieder um die Liberalisierung der Ausbildungsordnung. Zuletzt war dies am 10. Januar dieses Jahres der Fall, als die Kommission das sogenannte EU-Dienstleistungspaket vorgelegt hat, wieder mit dem Hinweis auf die Liberalisierung und mit der Begründung, damit Innovation und Wachstum zu generieren.

Deshalb ist es so wichtig, den Meistertitel und den Meistervorbehalt zu stärken und ihn dort, wo es möglich ist, auszuweiten bzw. wieder einzuführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es darf eben nicht nur um die Gefahrengeneigtheit gehen – das war die damalige Begründung –, sondern es geht auch um das Gemeinwohl, um die Arbeitsplatzsicherheit, und es geht insbesondere um die

Mittelstandsförderung und ganz bestimmt auch um die dauerhafte Fachkräftesicherung, was die größte Herausforderung für die zukünftige wirtschaftliche Situation unseres Landes darstellt. Der Fachkräftemangel ist enorm. Allein in Bayern fehlen 200.000 Fachkräfte, und die Prognosen sind alarmierend.

Der Meistervorbehalt ist – es ist wichtig, das in dieser Stunde zu sagen – ein ganz wesentlicher Baustein des Verbraucherschutzes; denn mit ihm sind die entsprechenden Garantien und Qualifikationen verbunden. Das betrifft auch den Regress, wenn er notwendig sein sollte. Deshalb ist es so wichtig, diesen Antrag zu unterstützen und diesen Berufen eine neue Perspektive zu geben.

Wir stimmen den beiden nachgezogenen Anträgen der CSU und der SPD zu. Der CSU-Antrag ist fast identisch mit unserem.

(Zuruf von der CSU: Besser!)

– Er ist nicht besser. Er ist unvollständig, aber trotzdem so weit in Ordnung.

(Zuruf von der CSU: Vorsicht!)

Auch der SPD-Antrag setzt auf die Stärkung und Förderung der beruflichen Ausbildung, was seit Jahren auch unsere Intention ist. Ich glaube, wenn wir all diesen Anträgen heute zustimmen, treffen wir für unser Handwerk und unseren Mittelstand eine gute Entscheidung. Ich bitte Sie darum, diese Zustimmung nicht zu verweigern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Häusler. – Jetzt darf ich Frau Kollegin Karl für die SPD das Wort erteilen. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Meisterbrief ist das Sinnbild und das Gütesiegel der dualen Ausbildung in Deutschland. Gleichzeitig ist er der Garant für die hohe Qualität im deutschen Handwerk. Die Verbraucher fordern diese hohe Qualität zu Recht ein und sind auch bereit, dafür einen angemessenen Preis zu zahlen. Die Ausbildung und Qualität gilt es zu schützen. Deshalb weist die SPD-Fraktion jeden Versuch der EU zurück, die Meisterpflicht einzuschränken oder zu schwächen.

(Beifall bei der SPD)

Die duale Ausbildung ist ein deutscher Exportschlager. Sie findet in Europa und auch in Übersee großen

Anklang und großes Interesse. Die duale Ausbildung sorgt auch dafür, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland einzigartig niedrig ist. Außerdem sichert eine fundierte Ausbildung in Berufsschule und Betrieb dem Handwerk und der gesamten Wirtschaft den notwendigen Nachwuchs.

Angesichts des demografischen Wandels muss das Handwerk schon heute um qualifizierten Nachwuchs kämpfen. Auf diese Herausforderung gibt es nur eine Antwort, nämlich mehr und besser zu qualifizieren. Es kann deshalb nicht sein, dass die hochwertige duale Ausbildung in Deutschland einerseits in ganz Europa gelobt wird, andererseits aber in Kauf genommen wird, dass ihre Standards auf einem niedrigen Niveau nivelliert werden. Deshalb setzen wir uns als SPD sowohl im Bund als auch in Bayern für eine weitere Stärkung der dualen Ausbildung ein. Wir möchten die Kostenfreiheit von Techniker- und Meisterkursen, damit wir eine Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem wollen wir die Berufsschulen zu echten Zukunftswerkstätten machen; denn gute Ausbildung braucht eine gute Ausstattung der Berufsschulen. Keiner kann an Uralt-Maschinen qualifiziert lernen.

(Ingrid Heckner (CSU): Kennen Sie die Berufsschulen?)

Außerdem gehört zu einer guten Ausstattung auch eine ausreichende Ausstattung mit Lehrkräften. Hier ist noch viel Luft nach oben.

(Beifall bei der SPD)

Die Idee, Gewerke wieder der Meisterpflicht zu unterwerfen, wo es diese schon einmal gab, hat ihren Charme. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass Qualität und Ausbildungsleistung beispielsweise im Fliesenlegerhandwerk massiv leiden.

Leider lässt sich das nicht einfach mit einem Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag beheben. Es soll eine verfassungs- und europarechtskonforme Lösung gefunden werden. Außerdem stellt sich die Frage, ob alle Berufe tatsächlich wieder zurück in die Meisterpflicht wollen. Im Dialog mit den Betroffenen soll deshalb geprüft werden, wie dies im Zuge einer Reform der Handwerksordnung erreicht werden kann.

Wir werden dem Nachzieher der CSU-Fraktion zustimmen, da er teilweise wortgleich mit einem von uns zuvor gestellten Antrag ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Wahrheit gehört aber auch, dass die CSU und die CDU im Jahr 2004 der Herausnahme der Berufe aus der Meisterpflicht zugestimmt haben. Diese Tatsache fehlt in Ihrer Begründung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist leider rückwärts-gewandt und blendet die schwierige juristische Gemengelage vollkommen aus. Deshalb werden wir uns dazu enthalten.

(Beifall bei der SPD – Erwin Huber (CSU): Sehr richtig, ja!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Karl. – Für die CSU-Fraktion spricht nun der Kollege Straub. Bitte sehr.

Karl Straub (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es macht Spaß, vor der Sommerpause noch über dieses Thema zu sprechen und die Einzigartigkeit der dualen Ausbildung in Deutschland herauszustellen.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Vor der Sommerpause ist das noch ein großartiges Signal an das Handwerk. Wir nehmen das Handwerk sehr, sehr wichtig.

Leider kann ich mir eine Bemerkung an die Fraktion der FREIEN WÄHLER nicht verkneifen. Die FREIEN WÄHLER sind offensichtlich auf Themensuche und haben dabei das Handwerk entdeckt. Die FREIEN WÄHLER müssen jetzt feststellen, dass die CSU schon lange da ist und sich um die Meisterpflicht kümmert.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Du bist noch nicht einmal so lange im Haus! Wir kümmern uns schon lange um das Handwerk!)

– Herr Streibl, das wird meine einzige spitze Bemerkung bleiben.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frechheit, Frechheit!)

Der Sachverhalt wurde bereits dargestellt. 2003 wurde die Handwerksordnung geändert. Es wurden 53 Berufe aus der Meisterpflicht herausgenommen. Ich möchte aber deutlich darauf hinweisen, dass es dem Einsatz der Bayerischen Staatsregierung zu verdanken war, dass 41 im Entwurf geblieben sind. Da-

mals enthielt der Entwurf nur noch 29. Dafür danke ich der Bayerischen Staatsregierung noch heute.

(Beifall bei der CSU)

Berechtigterweise hat der Zentralverband des Deutschen Handwerks die Sache damals schon sehr, sehr kritisch gesehen. Was wollte man damals erreichen? – Man wollte die Anzahl der Existenzgründungen steigern. Dieses Ziel wurde zwar erreicht, aber in einem Bereich, in dem man sich das nicht gewünscht hatte. Das haben Herr Häusler und Kollegin Karl bereits erwähnt. Damals wurden viele Kleinstbetriebe gegründet. Diese existierten teilweise nur für sehr kurze Zeit. Die Zahl der Ausbildungen ist dadurch nicht gestiegen, sondern eher gesunken. Dies zeigt, wie wichtig der Meisterbrief und die Meisterpflicht für die qualitativ hochwertige Ausbildung in Bayern und Deutschland sind. Wir, die CSU-Fraktion, begrüßen die Meisterpflicht. Das muss nicht extra betont werden. Wir würden auch eine Ausweitung der Meisterpflicht begrüßen.

Im Folgenden möchte ich auf die einzelnen Anträge detailliert eingehen. Der Antrag der FREIEN WÄHLER geht zwar in die richtige Richtung, aber er ist zu pauschal gehalten. Ich bin darin mit der Kollegin von der SPD einer Meinung. Sie verlangen, die Meisterpflicht für alle 53 Berufe wieder einzuführen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Stimmt gar nicht! Lesen Sie genau!)

– Doch, das steht drin.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nein!)

– Doch, das steht genau so drin. Es steht wörtlich so im Antrag. Sie wollen die Meisterpflicht für die 53 Berufe wieder einführen. Von der Zielrichtung her sind wir uns einig; jedoch ist das verfassungs- und europarechtlich nicht möglich. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Wir werden auch den Antrag der SPD-Fraktion ablehnen müssen. Viele Ihrer Forderungen verfolgen wir bereits.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es gibt so viele Gemeinsamkeiten! Vor der Sommerpause kann man schon einmal großzügig sein, Herr Kollege!)

– Wir sind immer großzügig. Es hat aber wenig Sinn, einem Antrag zuzustimmen, dessen Zielrichtung wir schon lange verfolgen. Die Forderung im dritten Spiegelstrich Ihres Antrags ist viel zu pauschal gehalten. Da wird schon viel gemacht. Es sind Forderungen enthalten, die sich nicht auf staatliche Maßnahmen

beziehen. Deswegen müssen wir Ihren Antrag ablehnen.

Ich bedanke mich ganz herzlich dafür, dass Sie die Frage der Meisterpflicht noch einmal ins Plenum geholt haben. Zu unserem Antrag bitte ich um fraktionsübergreifende Zustimmung. Wir sollten prüfen, welche Berufe wieder aufgenommen werden können. Dies muss vorsichtig geschehen. Wir sollten nämlich keine allgemeine Diskussion um die Meisterpflicht entfachen. Es soll am Ende nicht dazu kommen, dass die Meisterpflicht in Europa wieder infrage gestellt wird.

(Beifall bei der CSU – Ingrid Heckner (CSU): Sehr gut!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Straub, einen kleinen Moment bitte. Der Kollege Häusler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Straub, schön, dass Sie unseren Antrag insgesamt für richtig halten. Sie haben den Antrag bei Ihrer Durchsicht oder beim Studium wohl etwas oberflächlich behandelt. Mit dem Antrag wird die Staatsregierung klar aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die 2004 für 53 Berufe abgeschaffte Meisterpflicht in den Gewerken wiedereingeführt wird, in denen es in Folge große Verwerfungen bei der Anzahl von Unternehmen, Meisterprüfungen und Auszubildenden sowie der Qualität der angebotenen Leistungen gab. Die Wiedereinführung soll nur dort erfolgen, wo es Verwerfungen gab.

In meinen Ausführungen habe ich deutlich gesagt: Das Ziel muss sein, mehr und möglicherweise sogar alle Berufe wiederaufzunehmen. Der Antrag bezieht sich aber explizit auf die Berufe, in denen es Verwerfungen gab. Ich habe das Fliesenlegerhandwerk explizit angesprochen. Ich habe auch erwähnt, dass der Fachverband bereits 2013 einen Antrag gestellt hat. Insofern würde sich die Argumentation Ihrerseits erledigen. Damit könnten Sie uns zustimmen.

(Ingrid Heckner (CSU): Der letzte Spiegelstrich!)

Karl Straub (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) – Das ist nicht der einzige Grund für die Ablehnung.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

In der Zielrichtung sind wir uns einig. Wir alle wollen die Meisterpflicht schützen und Gewerke wieder aufnehmen. Aber das Thema muss sehr, sehr vorsichtig behandelt werden. Eine öffentliche Diskussion zu entfachen, könnte zum Schluss genau das Gegenteil bewirken. Erst vor ein paar Wochen hatten wir das Thema der Meisterpflicht, dass in Europa die Stan-

dards gesenkt werden sollen. Frau Kollegin Karl, Sie haben das vorhin erwähnt. Deswegen enthält Ihre Antragsbegründung Fehler.

(Annette Karl (SPD): Genau, hört!)

Ich habe den Antrag wie die Kollegin Karl verstanden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir haben es nochmal geklärt!)

Ich habe den Antrag so verstanden, dass Sie die Meisterpflicht für die 53 Gewerke wieder einführen wollen. So steht es in Ihrem Antrag. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist das Problem mit Relativsätzen!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Straub. – Ich erteile nun der Kollegin Celina für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Handwerk ist klar ein sehr wichtiger Pfeiler der bayerischen Wirtschaft. Fast eine Million Menschen arbeiten in über 200.000 Betrieben. Mit 70.000 Auszubildenden stellt das Handwerk 29 % aller Ausbildungsstellen in Bayern. Das Handwerk prägt Bayern. Alle meine Vorredner haben heute die Chance genutzt, das Handwerk und die duale Ausbildung zu loben. Dem schließe ich mich gerne an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, liebe Kollegen, vor allem liebe Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, ich frage mich schon, ob es in Bayern nichts Dringlicheres gibt, als die Staatsregierung jetzt aufzufordern, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die 2004 für 53 Berufe abgeschaffte Meisterpflicht in den betroffenen Gewerken wieder einzuführen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist sehr dringlich!)

Das sieht mir doch sehr nach einem Thema im Sommerloch aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie fordern dies nämlich kurz nachdem der CDU-Generalsekretär und Bundestagsabgeordnete Tauber dies gefordert hat. Sie plappern ihm nach, und ich frage mich, ob Sie wirklich glauben, dass Herr Tauber in der Republik nicht gehört wird. Mit seinem arroganten Tweet über Minijobber hat er erst vor Kurzem be-

wiesen, dass er es selbst schafft, in die Öffentlichkeit zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fällt Ihnen heute nichts Besseres ein, als ihm nachzuplappern? – Es ist bezeichnend, dass die Union im Bund jetzt, kurz vor Ende der Legislaturperiode und kurz vor der Bundestagswahl, solche Forderungen stellt. Sie regieren seit 12 Jahren im Bund. Sie hätten doch längst die Möglichkeit gehabt, eine Novelle der Handwerksordnung in Ihrem Sinne auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere daran – und jetzt hören Sie bitte genau zu –, dass bei der Befreiung von der Meisterpflicht für 53 Gewerke zum 1. Januar 2004 auch die damals oppositionelle CDU/CSU-Fraktion dem Kompromiss aus dem Vermittlungsausschuss des Bundesrates geschlossen zugestimmt hat. Liebe Kollegen von der CSU, das haben Sie in der Begründung Ihres Antrags zu erwähnen vergessen. Deshalb ist es mir wichtig, Sie daran zu erinnern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere auch noch an den Grund für die Reform; das waren vom Bundesverfassungsgericht geäußerte Zweifel an der Vereinbarkeit der Meisterpflicht mit der in Artikel 12 des Grundgesetzes garantierten Berufsfreiheit. Dazu hat heute keiner von Ihnen ein Wort gesagt.

Die Handwerksrechtsnovelle der damaligen rot-grünen Bundesregierung hatte auch zum Ziel, das Handwerk zu stärken, Existenzgründungen zu erleichtern, Arbeitsplätze zu sichern und Schwarzarbeit zu bekämpfen. All das müsste in einer aussagekräftigen und umfassenden Evaluierung geprüft werden, um zu sehen, wie es denn tatsächlich ist. Bis heute liegt eine solche Evaluierung aber nicht vor. Das wäre aber die notwendige empirische Grundlage, um die Auswirkungen der Handwerksrechtsnovelle aus dem Jahr 2004 sachgerecht zu bewerten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es stellt sich die Frage, ob eine Rückabwicklung der Novelle von 2004 die Antwort auf die Herausforderungen ist, vor denen das Handwerk heute steht. Das wäre beispielsweise: ausbildungsreife Azubis zu finden, motivierte Flüchtlings-Azubis behalten zu dürfen, Unternehmensnachfolge zu gestalten, Cyberattacken und Viren abzuwehren und vieles mehr. Ich habe es bereits gesagt: Wir brauchen Zahlen, Daten, Fakten und eine Evaluation. Erst danach sollten wir Maßnah-

men überlegen. Ohne diese Grundlage die Wiedereinführung der Meisterpflicht einzufordern, ohne die Gründe für deren Abschaffung zu bewerten, ist uns zu billig und zu einfach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In die Vergangenheit vor 2004 zurückzukehren, ist jedenfalls nicht der richtige Weg. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

Wir müssen aber etwas gegen schlechte Arbeitsverhältnisse tun, wie Sie, Herr Häusler, das in Ihrer Rede gesagt haben. Wir müssen für Qualität und hohe Kenntnisse im Handwerk kämpfen, das ist klar. Das aber auf die Wiedereinführung des Meisterbriefes in bestimmten Berufen zu reduzieren, ist zu wenig, und das kann man derzeit auch nicht gut genug begründen.

Anders verhält es sich mit dem Antrag der SPD, die fordert, die duale Ausbildung zu stärken, und einen klaren Prüfauftrag formuliert, um erst einmal festzustellen, inwieweit sich durch eine neuerliche Meisterpflicht der Ausbildungsstand und die Ausbildungsqualität verbessern lassen. Diesem Antrag, der sich ernsthaft mit der Problematik auseinandersetzt, werden wir zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Den CSU-Antrag, in dem Sie EU-konforme Neuregelungen fordern, werden wir ebenfalls ablehnen; denn dass Neuregelungen mit dem EU-Recht übereinstimmen, sollten Sie nicht extra beantragen müssen. Wie schon gesagt: Zahlen und eine ordentliche Evaluation, auf die Sie Ihre Forderungen gründen könnten, gibt es leider nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment, bitte. Herr Kollege Häusler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Celina, danke für die teilweise Zustimmung zu unserem Antrag. Der Grundtenor ist allerdings sehr bemerkenswert. Sie sagen, wenn ein Generalsekretär der CDU etwas vorschlägt, dann müsste das für die Demokratie eigentlich ausreichen. Das kann doch nicht unser Anspruch sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das sollte auch nicht euer Anspruch sein. Ich glaube, das war absolut daneben. Ich meine, es ist Aufgabe eines Parlaments wie auch des bayerischen Parla-

ments, die Zukunftsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft auf den Schild zu heben. Dazu zählen die Stabilitätsfaktoren Meisterbrief und Meistervorbehalt. Deshalb haben wir das für die Berufe, in denen es Verwerfungen gab – ich habe sie dargestellt –, eingefordert. Ich habe auch gesagt: "EU-konform". Insofern ist das kein Thema für das Sommerloch. Es geht doch darum, dass wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gestalten, und das rechtfertigt doch wirklich einen Dringlichkeitsantrag. Wir halten hier keine Schaufensterreden.

(Lachen bei der CSU)

Wir setzen uns für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ein. Das ist der entscheidende Punkt. Darin sollten wir uns einig sein, anstatt um Details herumzureden, um sich dieser Verantwortung zu entziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Häusler, ich denke, Sie haben auch gehört, dass ich deutlich gesagt habe: Wir müssen die Qualität im Handwerk erhalten und schauen, wie wir die Ausbildung hochhalten und vieles mehr. Das alles ist kein Problem, und hier stimme ich mit Ihnen und den anderen Fraktion auch überein. Das ist total wichtig. Der Zeitpunkt der Einbringung Ihres Antrags hat mich aber schon gewundert; denn er wurde direkt nach dieser Äußerung von Herrn Tauber gestellt. Außerdem hatten wir erst vor einiger Zeit hier im Plenum über den Meisterbrief diskutiert, als es nämlich um eine EU-Regelung ging. Da war die EU-Regelung klarer Anlass für einen Dringlichkeitsantrag. Dass dieser Antrag heute aber als Dringlichkeitsantrag kommt, finde ich in Bezug auf den Zeitpunkt eher schwierig. Da hätte ein normaler Antrag gereicht. Nichts anderes wollte ich ausdrücken. Dass Sie diesen Antrag für die heutige Sitzung als dringlich ansehen, hat mich schon sehr gewundert. Ich glaube nämlich, dass es da andere Themen gibt.

Wir müssen an dem Thema dranbleiben, wir brauchen Zahlen, wir müssen evaluieren und schauen, wie die Bedingungen derzeit im Handwerk sind. Das müssen wir machen, das ist ganz klar. Ich würde mir aber wünschen, dass wir das in Ruhe im Ausschuss machen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Celina. – Jetzt darf ich Herrn Staatssekretär Pschierer das Wort erteilen. Bitte sehr.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was den Erhalt des Meistervorbehalts angeht, war selten so viel Harmonie hier im Hause. Ich

will mich herzlich dafür bedanken, dass es quer durch die Fraktionen den Konsens gibt, am Meistervorbehalt festzuhalten. Der Fairness halber will ich allerdings anmerken, dass es eine Fraktion gibt, die gemeinsam mit der Staatsregierung in den letzten Jahren alles unternommen hat, um diesen Meistervorbehalt – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt bin ich aber sehr gespannt, welche Fraktion das ist!)

– Moment. Die sitzt hier.

(Volkmar Halbleib (SPD): Große Überraschung!)

Die CSU-Fraktion hat sich in vielen Anträgen, Aktuellen Stunden und Diskussionen mit dem Thema Meistervorbehalt beschäftigt. Keine andere Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, hat sich in den vergangenen Jahren so intensiv zum Meisterbrief bekannt wie die Staatsregierung. Wir haben immer gesagt: Für uns gilt die Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung. Dazu habe ich vonseiten der Opposition meistens sehr wenig gehört.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann müssen Sie besser zuhören!)

Im Zweifel waren Sie doch diejenigen, die gesagt haben, es geht um eine Steigerung der Akademikerquote.

(Annette Karl (SPD): Sie müssen zuhören!)

Wir haben gesagt: Gleichwertigkeit der akademischen und der beruflichen Bildung, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Die Staatsregierung liest nichts, hört nichts, und das war die Bestätigung!)

Ich erinnere außerdem an die Diskussion, die in jedem Jahr geführt wird, wenn die OECD ihren Bildungsbericht abgibt und der Bundesrepublik nachweisen will, wir hätten zu wenige Akademiker, und dabei vergisst, dass es in Deutschland auch die Techniker- und die Meisterausbildung gibt.

An dieser Stelle will ich auch darauf hinweisen, was die Staatsregierung in den letzten Jahren unternommen hat, um das Handwerk und die duale Ausbildung zu stärken. Ich liste dazu nur ein paar Punkte auf: Erstens. Kampagne "Elternstolz". Zweitens. Kampagne "Macher gesucht". Drittens. Am Montag werden das Kultusministerium, das Wirtschaftsministerium und das Sozialministerium mit der bayerischen Wirtschaft, mit Vertretern der VBW, der IHK und des

Bayerischen Handwerkskammertags, den Pakt für berufliche Bildung unterzeichnen. Nennen Sie mir etwas Vergleichbares, das in einem der Bundesländer gemacht wird, in denen Sie an der Regierung sind. – Fehlanzeige, meine Damen und Herren!

(Volkmar Halbleib (SPD): Der Herr Staatssekretär ist im Wahlkampfmodus!)

Als Nächstes werden wir 27 Millionen Euro im Nachtragshaushalt bereitstellen. Frau Kollegin Karl, ich bitte aufzupassen, weil Sie vorhin die Berufsschulen angemahnt haben. Kein Bundesland investiert in die Infrastruktur seiner Berufsschulen so viel wie der Freistaat Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Die Berufsschulen in den Ländern, in denen Sie regieren, sind die Berufsschulen von Vorgestern. Wir bauen die Berufsschulen von Morgen, wir machen sie fit für das Thema Industrie 4.0 und viele andere Dinge.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo! – Volkmar Halbleib (SPD): Und Sie sind der Staatssekretär, der hier Blödsinn erzählt!)

Warum wir für den Meistervorbehalt sind, hat schon Herr Kollege Straub angedeutet: Er ist ein Qualitätsnachweis. Er umfasst den Verbraucherschutz und das Bekenntnis zur qualifizierten Ausbildung. Wir haben deshalb den Meistervorbehalt immer leidenschaftlich verteidigt.

Liebe Freunde und Kollegen von der Opposition, schauen wir doch in das Jahr 2003 zurück. Damals regierte in Deutschland Rot-Grün. Es gab 94 Berufe unter dem Meistervorbehalt. Am Schluss sind 41 geblieben. Jetzt sage ich Ihnen einmal, wer sich mit Leidenschaft dafür eingesetzt hat, dass 41 Berufe geblieben sind. Das war der frühere bayerische Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu – sonst niemand.

(Beifall bei der CSU)

Das Ergebnis ist nicht im Deutschen Bundestag, sondern in den Verhandlungen des Vermittlungsausschusses erarbeitet worden. Frau Karl, damals war es die rot-grüne Regierung, die die Zahl der Berufe mit Meistervorbehalt auf 29 reduzieren wollte.

(Annette Karl (SPD): Mit Zustimmung der CSU-Bundestagsabgeordneten!)

Wir, die Bayerische Staatsregierung und Otto Wiesheu, haben für den Erhalt der 41 Berufe gekämpft. Frau Karl, es gab eine ganz einfache Begründung. Damals hat Otto Wiesheu ein wichtiges Argument vorgelegt: Ich will den Meistervorbehalt insbesondere in den Berufen mit einer hohen Ausbildungsleistung. Ihm ging es um die jungen Menschen, die eine qualifizierte Ausbildung erhalten sollten.

(Beifall bei der CSU – Annette Karl (SPD): Ausreden! – Volkmar Halbleib (SPD): Sie reden sich doch raus! Sie haben damals doch zugestimmt!)

– Herr Kollege, was sagt Ihnen das Wort "Vermittlungsausschuss"? – Es bedeutet, dass es am Ende einen Kompromiss gibt. Wir waren für 41 und Sie für 29 Berufe unter Meistervorbehalt. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, gäbe es in Deutschland gar keinen Meistervorbehalt mehr.

(Zurufe von der CSU: Jawohl! – Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist eine Lüge! Sie machen Wahlkampf! Sie sagen die Unwahrheit!)

Nennen Sie mir eine Initiative von Ihnen gegenüber der Europäischen Kommission. – Fehlanzeige!

Ich komme zum letzten Punkt. Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn es weitere Berufe unter Meistervorbehalt gäbe. Das gilt insbesondere für die zulassungsfreien Berufe, die eine hohe Ausbildungsleistung aufweisen. Wer jedoch zu viel zu schnell will, verliert manchmal alles. Ich erinnere an die Debatte zum Dienstleistungspaket, die wir vor wenigen Wochen geführt haben. Auch hierzu gibt es eine klare Aussage der Staatsregierung. Deshalb unser Angebot: Zuerst sauber, sachlich und rechtlich prüfen, ob das Ganze EU- und verfassungskonform möglich ist. Dann können wir entscheiden.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatssekretär, einen Moment bitte. Herr Kollege Häusler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Staatssekretär, Sie haben sehr stark im Sinne der Regierungspartei selektiert. Demnach mache die Regierungspartei alles für das Handwerk, die anderen seien alle für die akademische Bildung zuständig. Sie haben schließlich versucht, das mit einzelnen Anträgen zu begründen. Sie haben bei Ihrer Aufzählung jedoch unsere Anträge vergessen, die mehrheitlich abgelehnt worden sind. Unser Antrag zur EU-Richtlinie war weitgehender als der Antrag der CSU. Wir haben das

sogar für internationale Verträge gefordert. Wir haben den Meisterbonus in Höhe von 2.000 Euro gefordert, um eine Gleichstellung der beruflichen und der akademischen Bildung zu erreichen. Den haben Sie abgelehnt. Wir haben ein verpflichtendes Praktikum für weiterführende Schulen beantragt, um eine Nähe der Schülerinnen und Schüler zu den Betrieben zu gewährleisten, einen Wissensvorsprung zu generieren und Chancen auszuloten. Diesen Antrag haben Sie auch abgelehnt. Sie haben ebenfalls unseren Antrag zur Megabit-Offensive für das Handwerk und den Mittelstand, den wir im Wirtschaftsausschuss eingebracht haben, abgelehnt.

Vor diesem Hintergrund können Sie doch nicht sagen, dass die einen für und die anderen gegen das Handwerk seien. Sie haben mindestens so viele Anträge abgelehnt, wie Sie Anträgen zugestimmt haben. Der Fairness halber müssten Sie sagen, dass es auch in der Opposition viele Politiker, insbesondere eine Fraktion gibt, die sich permanent dem Handwerk verschreiben. Benennen Sie das einfach, und scheuen Sie sich nicht davor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Herr Häusler, ich möchte mich ganz konkret zum Meisterbonus äußern. Die Staatsregierung hat von sich aus vorgeschlagen, den Meisterbonus von 1.000 Euro auf 1.500 Euro zu erhöhen. Ich kenne die politische Genese der FREIEN WÄHLER ganz gut. Wenn etwas von der Regierungsfraktion kommt, heißt es bei Ihnen immer: Darf es noch ein bisschen mehr sein. Diese Forderung kommt immer, egal, ob wir über Lehrerstellen, den Meisterbonus oder über andere Themen diskutieren. Die Staatsregierung und die Regierungsfraktion haben jedoch eine haushaltspolitische Verantwortung.

Ich komme zum zweiten Punkt. Mir ist bislang der heldenhafte Einsatz der FREIEN WÄHLER auf Bundes- und Europaebene zum Erhalt des Meistervorbehalts verborgen geblieben. Im Deutschen Bundestag sind Sie nicht vertreten. Im Europäischen Parlament sind Sie nur durch die frühere Landtagsabgeordnete Ulrike Müller vertreten. Aber auch von dort sind mir keine nennenswerten Aktivitäten zum Erhalt des Meistervorbehalts bekannt.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/17811 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/17834 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/17835 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich gebe noch die zwei Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Linksextremismus und linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen!", Drucksache 17/17809. Mit Ja haben 102 gestimmt. Mit Nein haben 15 gestimmt. Es gab 34 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Deutsches Museum Nürnberg", Drucksache 17/17833, bekannt. Mit Ja haben 86 gestimmt. Mit Nein haben 37 gestimmt. Es gab 32 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbauplan für die S-Bahn München und den Schienenpersonennahverkehr in Bayern vorlegen (Drs. 17/17812)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)
Zeitachse des Bahnknotenausbaus München klären - 3 Phasen politisch und fachlich begründen (Drs. 17/17817)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
SPNV in Bayern: Umfassende Unterrichtung des Landtags (Drs. 17/17836)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Dr. Martin Huber, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU)
Weichenstellungen für den Bahnausbau in der Region München (Drs. 17/17837)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Ganserer. Bitte sehr.

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Kabinettsitzung am Dienstag hat die CSU-Regierung festgestellt, dass München unbedingt Tangentialverbindungen wie eine Tram-Trasse durch den Englischen Garten braucht, weil das S-Bahn-System daran krankt, dass es auf die Stadtmitte ausgerichtet ist. Das Problem ist also erkannt, leider lernt die CSU aber nichts daraus. Sie macht denselben Fehler ein zweites Mal. Mit der Durchfinanzierungserklärung für den zweiten S-Bahn-Tunnel hat die CSU-Regierung einen Blankoscheck unterschrieben. Der Freistaat Bayern trägt das Kostenrisiko, aber die CSU-Regierung ist bisher noch nicht bereit gewesen zu erklären, aus welchen Haushaltstiteln und in welcher Höhe die konkreten Beträge in den einzelnen Jahren zur Füllung des Milliardengrabs aufgebracht werden sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Immer deutlicher wird, dass die Finanzierung des Prestigeprojekts zweite S-Bahn-Stammstrecke Nahverkehrsprojekte in ganz Bayern kannibalisiert. Das hat die CSU-Regierung selbst in einer Antwort auf

meine Schriftliche Anfrage auf Drucksache 17/15803 bestätigt: "Ab 2018" – also bereits ab nächstem Jahr – "dürfte das Projekt zweite Stammstrecke die o. g. Mittelkonkurrenz bewirken". Für zahlreiche Projekte wird es in den nächsten 30 Jahren aus dem Bundesfördertopf kein Geld geben. Ich nenne nur einige Beispiele: die Stadt-Umland-Bahn von Erlangen nach Nürnberg, die Verlängerung der U5 West in München, die Verlängerung der S7 von Wolfratshausen nach Geretsried oder Straßenbahnprojekte in Würzburg. Insgesamt heißt das, dass für viele Projekte außerhalb der Münchner Innenstadt Bundeszuschüsse in Höhe von 1,5 Milliarden Euro nicht zur Verfügung stehen. Wenn man diese Projekte realisieren wollte, müssten sie aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Ich fordere Sie auf, sagen Sie heute klipp und klar, woher das Geld kommen soll. Wenn Sie Ihr Versprechen einlösen wollen, dass kein anderes Projekt unter der zweiten Stammstrecke leidet, müssen Sie heute darlegen, woher das Geld kommt, oder Sie müssen unserem Berichtsantrag zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Ganserer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen von Brunn?

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Am Ende! – Herr Minister Herrmann, kommen Sie mir bitte nicht damit, dass Sie sich nach der Bundestagswahl dafür einsetzen werden, dass die Mittel des Fördertopfes nach dem GVFG erhöht werden sollen. Das Gleiche sage ich auch in Richtung der SPD, die meines Wissens in den letzten Jahren in Berlin mitregiert hat. Sie haben genau das Gegenteil gemacht. Bei der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen haben Sie zugestimmt, dass die GVFG-Mittel bis zum Jahr 2025 auf einer Höhe von jährlich 333 Millionen Euro eingefroren werden. Es ist ein furchtbar schlechtes Argument im Wahlkampf, zu sagen, Sie biegen nach der Wahl vielleicht das wieder gerade, was Sie vorher versemelt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klar ist, dass ohne netzergänzende Maßnahmen der zweite S-Bahn-Tunnel ein nutzloser Torso bleibt. Nach dem, was jetzt durchgesickert ist, zeigen die Eckpunkte des Drei-Phasen-Modells, dass viele dringend notwendige Projekte wie der Erdinger Ringschluss, der Regionalzughalt an der Poccistraße oder der Ausbau der S4 West weiter nach hinten geschoben werden. Insbesondere der Ausbau der S4 West ist ein Trauerspiel. Bereits in den Neunzigerjahren hat die CSU-Regierung die damalige Deutsche Bundesbahn dazu aufgefordert, Planungen für den Ausbau der S4 West

in Angriff zu nehmen. Wenn Sie diese Maßnahme jetzt noch weiter verschieben, werden die Pendler von damals bis zum Ende ihres Berufslebens in diesem Dilemma stecken und keine Verbesserung erfahren. Das haben Sie zu verantworten. Seit zehn Jahren werden Taktverdichtungen, Bahnreaktivierungen, Zugverlängerungen und Streckenausbauten in ganz Bayern mit dem angeblichen Argument der knappen Regionalisierungsmittel abgelehnt. Gleichzeitig hat die CSU von diesen Mitteln aber 600 Millionen Euro abgezockt, die jetzt zum Stopfen des Milliardengrabs verwendet werden sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Regionalisierungsmittel wurden aber mittlerweile erhöht; im Jahr 2017 werden dem Freistaat Bayern vom Bund 1,24 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Für die Bestellung von Zügen wird in Bayern gerade eine knappe Milliarde Euro ausgegeben. Geld wäre wirklich genug da. Damit könnten wir in ganz Bayern jede Menge bewegen.

Selbst die CSU-Fraktion fordert zum Beispiel eine Taktverdichtung zwischen Mühldorf und Salzburg. Doch was macht die CSU-Regierung? – Sie hat diese Forderung der CSU-Fraktion mit dem Hinweis auf die angeblich knappen Haushaltsmittel abgelehnt. Die Maintalbahn zwischen Aschaffenburg und Miltenberg in der Heimat des Vorsitzenden der Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern" fährt am Wochenende auch nur alle zwei Stunden. Für Verbesserungen sei angeblich kein Geld da. Mit gleichwertigen Lebensverhältnissen hat diese Politik nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwischen Nürnberg und Augsburg, immerhin zwischen der zweit- und der drittgrößten Stadt in unserem Freistaat, fährt am Wochenende auch nur alle zwei Stunden ein Regionalzug. Für die Schließung der Taktlücken am Wochenende – da geht es immerhin nur um 100.000 Zugkilometer – hat die CSU ebenfalls nichts übrig.

Wir fordern deshalb einen belastbaren Ausbauplan für die S-Bahn München und den Schienenverkehr in ganz Bayern. Mit anderen Worten: Wir fordern einen Schienennahverkehrsplan, den die CSU dem Landtag seit zehn Jahren gesetzeswidrig vorenthält. Nach dem bayerischen ÖPNV-Gesetz wäre dieser Ausbauplan alle zwei Jahre fortzuschreiben. Der aktuelle Ausbauplan stammt jedoch aus dem Jahr 2005. Das zeigt doch, dass die CSU-Regierung beim Ausbau des Schienennahverkehrs in Bayern ohne jeglichen Plan vorgeht. Die CSU hat mit dem Tunnelblick die Verantwortung für ganz Bayern aus den Augen verloren.

Durch das Prestigeprojekt drohen zahlreiche andere Projekte, nicht nur im S-Bahn-Bereich München, sondern in ganz Bayern, auf die lange Bank und damit auf des Teufels liebstes Möbelstück verschoben zu werden. Das werden wir nicht akzeptieren, das werden wir nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

– Herr Huber, dann stimmen Sie doch unserem Antrag zu, wenn Ihnen das Zitat so gut gefällt.

Die GRÜNEN wollen die S-Bahn in München und den Schienennahverkehr in ganz Bayern voranbringen. Deswegen fordere ich Sie auf: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Den Anträgen der FREIEN WÄHLER und der SPD werden wir zustimmen. Den Antrag der CSU müssen wir leider ablehnen. Es reicht nicht, gewünschte Projekte aufzulisten, sondern wir brauchen einen genauen Fahrplan mit Angaben, mit welchen Kosten zu rechnen ist und aus welchen Haushaltsmitteln sie finanziert werden. Wir brauchen auch genaue Jahresangaben, wann die Projekte realisiert werden sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment. Kollege von Brunn hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Ganserer, ich habe es nicht richtig gehört, aber ich glaube, Sie meinen die U5 und nicht die U4. Ich sage das, damit wir über das richtige Projekt in München reden.

Ich möchte Sie darum bitten, dass Sie und die gesamte Fraktion der GRÜNEN über die zweite Stammstrecke differenzierter diskutieren. Ich möchte den Oberbürgermeister von Erlangen Florian Janik zitieren, der als direkt betroffener Bürgermeister gesagt hat, er sehe durch die zweite Stammstrecke das Projekt der Stadt-Umland-Bahn nicht gefährdet. Ich glaube, auch Dieter Reiter hat gesagt, er sehe den Bedarf für die zweite Stammstrecke und für Tangentialverbindungen.

Das Problem ist doch die Unterfinanzierung des Bahnverkehrs insgesamt. Wir müssen darüber diskutieren, dass wir in Deutschland nur etwas über 60 Euro pro Kopf der Bevölkerung für Investitionen in die Schiene ausgeben, die Schweiz gibt dagegen 380 Euro aus. Deswegen möchte ich die GRÜNEN bitten, sich nicht mit den Bürgerinitiativen gegen die zweite Stammstrecke gemein zu machen, weil sie mit dieser Art des kleinlichen Nachtretens – das sage ich

jetzt so – den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in München behindern und verzögern.

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Kollege von Brunn, die Unterfinanzierung des GVFG-Bundesfördertopfes hat die Sozialdemokratie gemeinsam mit der CDU und der CSU verbockt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Unterfinanzierung ist auf Ihren Vorschlag bis zum Jahr 2025 festgeschrieben. Das betrifft nicht nur die U4 und die U5, sondern auch die U6. Wir haben eine ganze Reihe von Straßenbahnprojekten in München, die dringend realisiert werden müssten, deren Finanzierung aus GVFG-Mitteln vorgesehen ist. Dieser Fördertopf bleibt aber die nächsten 30 Jahre leer.

Deswegen geht es nicht nur darum, viel zu fordern nach dem Motto "Viel hilft viel", sondern man muss das gesamte Netz im Auge behalten und ein Gesamtkonzept vorlegen und realisieren, was finanzierbar ist, anstatt das ganze Geld in der Münchner Innenstadt zu vergraben, wo es nichts bringt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Ganserer. – Für die SPD darf sich jetzt gleich wieder Herr von Brunn melden. Bitte.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Großraum München wächst mit rasanter Geschwindigkeit, und das seit Jahren. Wir bekommen jedes Jahr rund 25.000 neue Einwohner dazu, also eine ganze Stadt in der Größe von Geretsried. Dadurch nehmen natürlich Verkehr, Lärm und Emissionen zu, die Kosten für die Gesellschaft und die Natur und die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger. Erst am Dienstag haben wir erfahren, dass an einem Viertel der Münchner Straßen der Stickoxidgrenzwert überschritten wird. Der Großraum München bräuchte schon lange eine ambitionierte Verkehrspolitik, eine Verkehrspolitik mit Vision, die vor allem massiv in den Ausbau des umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrs als Alternative zum Auto investiert.

Wie sieht demgegenüber die Bilanz der Staatsregierung aus? – Da brauchen wir uns nur das sogenannte 13-Punkte-Sofortprogramm aus dem Mai 2012 zu betrachten, Herr Minister Herrmann. Der Kollege Kränzlein und ich haben die Umsetzung dieses Programms abgefragt. Ich möchte Ihnen das Ergebnis nicht vorenthalten: Eine einzige Maßnahme ist abgeschlossen, eine Maßnahme ist im Bau und eine wurde vor einigen Tagen mit einem öffentlich inszenierten Spaten-

stich begonnen. Der Spatenstich ist natürlich das Wichtigste. Das sind also drei Maßnahmen.

Den barrierefreien Ausbau lasse ich mal beiseite; das ist ein eigenes Thema. Aber von den anderen neun Maßnahmen des Sofortprogramms befinden sich erst zwei in der Planfeststellung, alle anderen noch in der Planung. Herr Herrmann, ich muss leider sagen: Ihr großartiges Sofortprogramm ist tatsächlich ein Rohrkrepierer.

Und damit nicht genug: Ende Juni haben wir der Presse entnommen, dass Sie ein neues Drei-Phasen-Modell haben. Der Clou dabei ist offensichtlich, dass etliche Projekte aus dem Sofortprogramm und viele andere netzergänzende Maßnahmen jetzt noch viel länger dauern werden. Ich nenne zwei Beispiele: Der Regionalzughalt an der Poccistraße, eine wichtige Tangentialverknüpfung zwischen Regionalzügen aus den Richtungen Mühldorf und Rosenheim und der Münchner U-Bahn, soll jetzt erst 2028 fertiggestellt werden, die Verlängerung der S7 nach Geretsried erst 2027. Die Stadt wartet erst seit Jahrzehnten auf diese Anbindung. Die Presse schreibt, von den 48 Maßnahmen sei erst die Hälfte in Planung. Die "Süddeutsche Zeitung" zitiert einen Verkehrsexperten mit den Worten: "Wenn man ehrlich ist, ist seit 1972 in der Region nicht mehr viel passiert."

Machen wir kurz den Leistungsvergleich zwischen der Landeshauptstadt München und dem Freistaat – ich habe leider nur die Zahlen für den Zeitraum von 2003 bis 2013; aber das wirft vielleicht schon ein Schlaglicht –: Während die Länge des S-Bahn-Netzes unverändert geblieben ist, ist das Streckennetz der Münchner U-Bahn um 44 % ausgebaut worden, das der Trambahn um ein Viertel, immerhin, trotz der Dauerblockade der Münchner CSU. Herr Seehofer, eine Erfolgsbilanz für die S-Bahn – "S" wie "Seehofer" und "Staatsregierung" – sieht anders aus.

Interessant ist, bei wem die verantwortlichen CSU-Politiker immer die Schuld suchen: nicht bei sich, sondern bei der Bahn. Aber ganz ehrlich: Die Bahn ist eine hundertprozentige Tochter des Staates. Verantwortlich sind die Minister, die Verkehrsminister in Berlin und in München. Beide gehören der CSU an. Ich wünsche mir, dass Sie diese Verantwortung endlich wahrnehmen, anstatt sich nur bei Spatenstichen fotografieren zu lassen. Vielleicht fangen Sie damit an, dass Sie den Bayerischen Landtag endlich informieren und mit verbindlichen Fakten und Zahlen berichten, wann was umgesetzt wird, wie es in unserem Antrag steht.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Jetzt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER: Herr Kollege Glauber. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal diskutieren wir über die Zukunft der Verkehrsfinanzierung, der Finanzierung des Bahnverkehrs hier in Bayern. Wir als FREIE WÄHLER haben immer gesagt: Setzen Sie nicht ausschließlich auf diese Röhre, die in den 1990er-Jahren diskutiert, 2009 im Landtag in die Planung eingebracht und 2011 mit 2 Milliarden Euro fixiert wurde. Heute liegen die Kostenschätzungen doppelt so hoch.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute schon einmal über Kosten und kaufmännisches Vorgehen gesprochen. Das Problem, Kolleginnen und Kollegen, liegt doch darin, dass Sie als Staatsregierung den Bund ein Stück weit aus der Pflicht genommen haben. Sie haben das Risiko übernommen, 1,55 Milliarden Euro vorzufinanzieren und das Kostenrisiko nach oben offen zu tragen. Das ist doch ein kaufmännisch völlig falsches Vorgehen. Ich habe hier am Pult oft über diese Strecke gesprochen. Sie werden dafür natürlich andere Verkehrsprojekte in Bayern beschneiden müssen – das geht gar nicht anders –, wenn die Staatsregierung nicht willens ist, den Topf für Nahverkehrsprojekte in Bayern deutlich zu erhöhen. Deshalb müssen Sie endlich in den Ausschuss kommen und dem Landtag einmal ganz klar sagen, wie Sie die nächsten zehn Jahre gestalten wollen.

Herr Verkehrsminister, was ist denn aus Ihrem Sofortprogramm geworden? – Ihr Sofortprogramm ist nichts. Seit vier Jahren reden wir darüber, aber Sie haben keine wirklichen Erfolge. Erst hört man, dass man Ostbayern an den Flughafen anbinden will; jetzt muss man in der Liste lesen, dass die Walpertskirchner Spange für 2030 vorgesehen ist. Die Strecke München – Mühldorf – Freilassing ins Chemie-Dreieck ist ein Lieblingsprojekt. Das ist nicht mein Stimmkreis, das ist nicht Oberfranken, wo ich gewählt bin. Das wird hier seit 40 Jahren diskutiert, Kolleginnen und Kollegen. Jetzt müssen die Bürgerinnen und Bürger dort erleben, dass sie nochmal auf 2030 vertröstet werden, weil zu wenig Geld in diesem System und in den Projekten ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Sofortprogramme werden groß angekündigt und können nicht finanziert werden, weil die Haushaltstitel fehlen. Eine von Bayern für den Bund vorfinanzierte Stammstrecke wird in ganz Bayern Auswirkungen

haben. Mein Kollege Ganserer von den GRÜNEN hat es angesprochen. Wir könnten mit dem Geld so viele Nahverkehrsprojekte bestellen. Wir könnten über die Bayerische Eisenbahngesellschaft Taktverdichtungen realisieren. Nichts davon wird am Ende möglich sein.

Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie in den Planfeststellungsbeschluss zur zweiten Stammstrecke. Im Planfeststellungsbeschluss steht, dass Regionalzüge eigentlich zumindest am Marienhof halten können müssten. Aber Sie wissen doch selbst, Herr Verkehrsminister, dass Sie gar nicht das Wagenmaterial für die Bahnsteighöhen von 55 und 76 cm haben. Das gibt es momentan nicht. Das haben Sie nicht. Sie haben vom EBA auch nicht die Zulassung für den Einstieg. Die Traktionen sind zu lang. Was im Planfeststellungsbeschluss avisiert wurde, wird gar nicht realisiert werden.

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Umlandgemeinden bekommen jetzt Briefe, dass auf den Außenästen die Vertaktung zugunsten einer Verkehrsentslastung auf 2035 oder auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben werden. Ich empfehle jedem Bürgermeister, die Schreiben zu München – Mühldorf – Freilassing zu lesen. 40 Jahre plus nochmal 13 Jahre bis 2030 sind 53 Jahre. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister können sich dafür bedanken, was sie bei der Verkehrsinfrastruktur an Ertüchtigung und Verbesserung bekommen werden. Allen haben Sie versprochen, dass sich hier schnell etwas ändern wird. Es wird nichts passieren, wenn Sie nicht deutlich mehr Geld in die Hand nehmen; denn für die Röhre haben Sie so viel Geld gebunden, dass viele gute Verkehrsprojekte in Bayern, in Franken, in Würzburg, Erlangen und Nürnberg damit kannibalisiert werden,

(Markus Blume (CSU): Das ist keine Frage des Geldes! Stimmt doch gar nicht! Totaler Quatsch!)

und das wissen Sie. Setzen Sie sich endlich hin, und machen Sie eine reale Planung. Sagen Sie den Regionen, welche Verkehrsprojekte sie zu erwarten haben. Nehmen Sie mehr Geld in die Hand. Alles andere ist unseriöse Verkehrspolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Markus Blume (CSU): Unseriöse Politik, was Sie hier machen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Kollegen Dr. Bernhard das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, aus allen Beiträgen wird deutlich, dass wir beim Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs in Bayern, aber auch in der Lan-

deshauptstadt München vor gewaltigen Herausforderungen stehen. Das ist unbestritten. Wir haben überfüllte Züge zu den Hauptverkehrszeiten. Auf das Bevölkerungswachstum ist schon hingewiesen worden. Wir haben das Schadstoffthema, bei dem der ÖPNV ein Baustein zur Bewältigung sein soll. Auch das Thema Tangentialverbindungen spielt in München eine große Rolle.

Wir als CSU unterstützen einen solchen Bericht – das sehen Sie an unserem Dringlichkeitsantrag –, weil wir auch daran interessiert sind, nach den Entscheidungen, die es in der Vergangenheit gegeben hat, eine realistische Perspektive zu entwickeln. Dabei müssen wir das Thema Finanzen entsprechend einbauen.

Sie sollten das aber nicht mit falschen Vorwürfen garnieren, was Sie jetzt wieder getan haben: Das ist keine "Giffliste", sondern es geht darum, alles auszureizen, was möglich ist. Allerdings hat es auch keinen Sinn, völlig unrealistische Programme aufzustellen, die uns am Ende bloß auf die Füße fallen.

Wir haben inzwischen – das muss man sehen – einen limitierenden Faktor, was die Planungskapazitäten betrifft und natürlich auch bei den Finanzen. Ich persönlich bin auch der Meinung, dass wir die Frage der finanziellen Ausstattung des ÖPNV et cetera mit dem Bund nochmal ganz grundsätzlich diskutieren müssen, weil ich sehe, dass wir bei der jetzigen Ausstattung des GVFG, des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, wahrscheinlich – ich sage einmal so – keine großen Sprünge machen können. Sie sollten allerdings schon anerkennen, was der Freistaat Bayern tut: Der Freistaat Bayern hat sein Geld für die Röhre bereitgestellt, er finanziert für den Bund vor, und der Ministerrat hat am Dienstag beschlossen, was noch alles zusätzlich gemacht werden soll. Er unternimmt also gewaltige finanzielle Anstrengungen: 400 Millionen Euro in fünf Jahren; da sollten Sie nicht so tun, als würde der Freistaat Bayern die Dinge schleifen lassen.

Kommen wir zu München, Herr Kollege. – Wo ist er? – Wer hat denn in München den U-Bahn-Bau total heruntergewirtschaftet? – Es gibt praktisch kein U-Bahn-Referat in der Landeshauptstadt München mehr,

(Beifall bei der CSU)

obwohl das einmal in der Zeit, als auch SPD-Leute noch U-Bahnen gebaut haben, ein Leuchtturm in München war. Aber das tun Sie aus ideologischen Gründen nicht mehr,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

vor allem die GRÜNEN. Sie wollen keine U-Bahn bauen. Wir haben Sie mit der Bevölkerung im Münchener Westen gezwungen, der U5 nach Pasing zuzustimmen, obwohl Sie x-mal gegen solche Beschlüsse gestimmt haben. Tun Sie also nicht so, als wären Sie die großen U-Bahn-Förderer.

Und was machen Sie im Hinblick auf die Straßenbahn? – Sie bauen in der Fürstenrieder Straße eine Straßenbahn, die dort niemand haben will. Die Bürgerversammlungen beschließen: Wir wollen das nicht, wir sind super versorgt, wir brauchen keine millionenteure Straßenbahn.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ob eine Straßenbahn gebaut wird oder nicht, entscheiden wir nach sachlichen Gesichtspunkten; dort, wo eine U-Bahn besser ist, wollen wir eine U-Bahn bauen. Sie und Ihre grünen Freunde im Stadtrat haben lange Zeit eine ideologische Politik gegen die U-Bahn betrieben. Das sieht man ja; hier ist doch überhaupt keine Kompetenz mehr vorhanden. So langsam kommt man jetzt wieder zu dem Schluss, man müsste hier doch wieder einmal eine U-Bahn bauen.

(Beifall bei der CSU)

Sie sind doch vielfach schuld daran, dass nichts passiert ist.

(Florian von Brunn (SPD): Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit, Herr Dr. Bernhard!)

– Wir schon, aber Sie leider nicht,

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner (SPD))

seit Jahrzehnten nicht! Was Sie in München an Infrastrukturpolitik betrieben haben, ist doch eine Katastrophe.

(Beifall bei der CSU – Markus Blume (CSU): Und was für eine!)

Sie haben sich gegen die A 99 gesperrt; da sagen die Leute heute: Gott sei Dank ist der Westast gebaut worden, sonst würden wir im Verkehr ersticken. – Sie sind durch ein Bürgerbegehren gezwungen worden, am Mittleren Ring etwas zu tun. Anschließend stellen Sie sich hin und sagen: Das ist ja super! – Herr Ude ist damals rausgegangen und hat von einem Jahrhundertprojekt gesprochen, obwohl er 15, 20 Jahre lang dagegen gekämpft hat. Das ist Ihre Art der Struktur- und Verkehrspolitik in München.

(Beifall bei der CSU – Markus Blume (CSU): Sehr gut!)

Wir stimmen, weil wir großzügig sind,

(Florian von Brunn (SPD): Herzlichen Dank auch!)

Ihrem Dringlichkeitsantrag zu, wobei wir natürlich nicht jede Formulierung billigen, die Sie da hineinformuliert haben. Aber wir wollen jetzt nicht wegen einzelner Worte rummachen; uns geht es nämlich auch darum, zu sehen, wie wir ein Konzept schaffen, mit dem wir in der Zukunft möglichst gut vorankommen.

Dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER stimmen wir auch zu, wenn der zweite Absatz gestrichen wird. Wir glauben nämlich, dass es nicht sinnvoll ist, eine solche Berichtsdynamik zu entwickeln. Das ist letztendlich Bürokratie; wir wollen gerade mit dem Konzept eine längerfristige Strategie entwickeln. Da müssen wir nicht jedes oder jedes zweite Jahr einen Bericht haben, zumal – ich sage es einmal so – man in diesem Bereich leider nicht so schnell vorankommt und jedes Jahr einen Riesen-Fortschritt feststellen könnte.

Dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN können wir leider nicht zustimmen, und zwar nicht deshalb, weil es um den Bericht geht, sondern weil die Erwartungen an diesen Bericht einfach nicht erfüllbar sind. Es ist doch nicht generell möglich, bei jedem Infrastrukturprojekt in Bayern, das infrage steht, die Kosten zu berechnen. Das ist einfach nicht möglich. Genauso wenig kann man einen Fahrplan, der jedes Jahr neu gemacht wird, für die Zukunft festlegen. Das Gleiche gilt für den Inbetriebnahme-Zeitpunkt: Der hängt vom Planungsfortschritt, vom Baufortschritt, von etwaigen Klagen ab. Was Sie hier verlangen, ist schlicht nicht möglich. Deshalb müssen wir Ihren Dringlichkeitsantrag leider ablehnen.

Wir bitten Sie natürlich alle, unserem Dringlichkeitsantrag und dem, was wir wollen, zuzustimmen. Wir wollen auch, dass die Sache möglichst vorangetrieben wird. Der Innenminister will es auch. Er hat in dieser Woche wieder erklärt – das sollten Sie nicht dauernd anzweifeln –: Es wird keine Benachteiligung anderer Projekte geben. Er ist ein hoch seriöser Innenminister;

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Höchst! – Beifall bei der CSU)

er behauptet so etwas nicht, wenn er nicht dahinter steht. Wir wollen den Bericht, und dem CSU-Dringlichkeitsantrag sollten Sie freudig zustimmen.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Bleibt es bei der Zwischenbemerkung? – Gut. Dann bitte, Herr Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Bernhard, ja, man muss sich manchmal über die Münchener CSU wundern.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Über die SPD auch!)

Wir sind ja in einer Kooperation, aber so, wie Sie reden, gewinnt man den Eindruck, Sie seien in München noch in der Opposition. Wenn Sie sich in der Münchener CSU mal nicht streiten, dann sind Sie meistens für den Autoverkehr. Jetzt bauen wir gemeinsam die U5 und die U9 – die U9 ist übrigens ein Vorschlag von uns. Mich irritiert aber, was Sie jetzt gerade wieder über die Trambahn gesagt haben. Lassen Sie uns doch mal gemeinsam vorangehen. Der Ministerpräsident hat einen großartigen Vorschlag gemacht wie auch der Oberbürgermeister. Lassen Sie uns gemeinsam die Trambahn durch den Englischen Garten, diese wichtige Tangente, bauen. Sorgen Sie dafür, dass die Münchener CSU dahinter steht. Dann kommen wir ein Stück nach vorne.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Ich habe mich nicht zum Englischen Garten geäußert.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber das würde uns interessieren, Herr Dr. Bernhard!)

Und was die Kooperation anbelangt, wissen Sie genau, dass wir immer gegen dieses Projekt waren. Im Rahmen der Kooperation – okay – müssen Kompromisse geschlossen werden; da hat man jetzt noch einmal geredet und so weiter. Das heißt aber nicht, dass wir das Projekt für sinnvoll erachten.

(Florian von Brunn (SPD): Bei Ihnen ist doch Hopfen und Malz verloren!)

Aber es wird halt in dieser Kooperation – –

(Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

– Ja, sicher; klar. Das wissen Sie doch. Also. In der Kooperation muss man sich halt auf Kompromisse verständigen; das ist in der Politik immer so. – Also, vielen Dank.

(Beifall bei der CSU – Reinhold Bocklet (CSU): Bravo! – Markus Rinderspacher (SPD): In der Ko-

operation mit dem Ministerpräsidenten, oder welche meinen Sie?)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Jetzt habe ich Herrn Dr. Kränzlein für die SPD-Fraktion auf der Rednerliste. Bitte schön, Herr Kollege. – Da hören wir jetzt noch zu; so viel Geduld haben wir noch.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Ja, es geht nicht ohne Geduld, gerade bei dem Thema. Da braucht man mehr Geduld, als ich inzwischen habe. Uns wurde vor einigen Jahren ein Bahnknotenkonzept vorgestellt. Uns wurde ein 13-Punkte-Sofortprogramm vorgestellt. Jetzt wurde uns gerade das Drei-Phasen-Programm in der Weiterentwicklung genannt. Nun steht also ein Programm "Bahnausbau Region München" an. Das ist nicht einmal alter Wein in neuen Schläuchen, das ist saurer Wein in einem neuen Schlauch, der fahrgast- und wählertäuschend abgefüllt wird. Ich schlage Ihnen vor, wenn Sie jetzt wieder so ein Programm schreiben, es einfach so zu nennen: "Wir schaffen das – irgendwann einmal."

In diesem Drei-Phasen-Programm wird umgeschichtet, Maßnahmen werden verschoben, aber Überfälliges wird nicht angepackt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Eine umfassende ÖPNV-Strukturverbesserung – den Vorwurf können wir Ihnen nicht ersparen – wurde schlichtweg verschlafen. Das geht schon mit dem Minister Huber an und hört bei Ihnen nicht auf. Ich nenne neben den bereits genannten Projekten beispielsweise das Projekt zum Ausbau der S4. Die S4 fährt auf einer der meistbefahrenen Strecken. Seit dreißig Jahren ist der Ausbau im Gespräch, und seit dreißig Jahren geht nichts voran. Jetzt sind wir in der Phase 3 – 2030. Das hat selbst dem Kollegen Bocklet offensichtlich die Zornesfalten auf die Stirn gebracht; denn er hat – so die Zeitung – gesagt, das letzte Wort darüber sei noch nicht gesprochen. Ich gehe auch davon aus, das kann so nicht sein. Wir brauchen hier mehr Dynamik. Wir brauchen prägnante, belastbare Festlegungen. Darum haben wir unsere Anträge eingereicht.

Herr Herrmann, wenn ich mir überlege, wie Sie immer argumentieren, gewinne ich den Eindruck, die Verantwortlichkeiten werden bewusst verwischt und zwischen dem Eisenbahn-Bundesamt, der Deutschen Bahn und der Eisenbahngesellschaft verschoben. Es wird aber auch zu wenig in den Mittelpunkt gerückt, dass wir zuständige Minister für alles haben. Es mag wenige Planer im Bund und andernorts geben; wir mögen auch keine Fachleute haben; in Ihrem Ministerium gibt es sie offensichtlich auch nicht. Aber eines ist klar: Verantwortlich in Berlin ist Dobrindt; verant-

wortlich hier sind Sie. In der Zeit, in der Sie Verkehrsminister sind, gab es nichts anderes als eine Ankündigungspolitik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Würden Sie mit dem gleichen manchmal überbordenden Elan, mit dem Sie hier für innere Sicherheit streiten, endlich auch einmal für diese ÖPNV-Projekte streiten und in Ihrem Haus ein bisschen Dampf machen, stünden wir nicht jährlich da und überlegen uns, warum Sie permanent Ankündigungen nicht einhalten, sondern alles nach hinten verschieben. Selbst zur Verbesserung der Anbindung an MUC 2, die ja wirklich wichtig ist, steht im Drei-Phasen-Programm: 2030. Es ist Volksverdummung und Wählertäuschung, wenn Sie meinen, dass Sie damit über die Wahlen kommen. Die wissen: Das ist verschlafen, das ist ein Fehler der Regierung. Ich wünsche Ihnen viel Glück in Berlin; aber ich hoffe, dass der neue Verkehrsminister hier mehr Elan, mehr Dampf in die Sache bringt. In diesem Bereich waren Sie kein guter Minister.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat für die Staatsregierung Herr Staatsminister Herrmann um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich werden ich und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerne zu allen in den vielen Dringlichkeitsanträgen heute gestellten Fragen Stellung nehmen, wenn der Landtag nach der Sommerpause seine Arbeit wieder aufnimmt. Wir werden alle Fragen beantworten, und wir werden aufzeigen, wie die verschiedenen Verkehrsmittel des öffentlichen Personennahverkehrs weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Weil aber zum Teil – Entschuldigung, ich muss es so sagen – wirklich dummes Zeug zu einzelnen Punkten geredet worden ist, was die Bevölkerung zum Teil verunsichert und was als falsche Informationen in den Raum gestellt wird, will ich einiges richtigstellen.

Das Erste betrifft die Finanzierung. Was Sie gesagt haben, ist wirklich betrüblich, lieber Herr Ganserer. Sie haben es schon wiederholt schriftlich von mir bekommen, und ich sage es heute noch einmal, sodass es auch im Protokoll des Landtags nachzulesen ist. Was ich Ihnen an dieser Stelle verbindlich sage, können Sie dann nachlesen, und jedes Mal, wenn Sie irgendwo draußen in Bayern das Gegenteil davon erzählen und behaupten, dass wir etwas anderes

vorhätten, werde ich Sie ganz persönlich als Lügner bezeichnen, weil ich mir das nicht mehr länger gefallen lasse.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Zunächst einmal zum Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden, GVFG: Ich darf daran erinnern, dass es eine Gesetzeslage auf Bundesebene gab, die besagte, dass der Bund zum Ende des Jahres 2019 völlig aus dem GVFG aussteigt. Das war die Gesetzeslage auf Bundesebene bis vor wenigen Monaten. Es ist Gegenstand der großen Gesamtvereinbarung zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, nicht nur des Länderfinanzausgleichs und dergleichen, dass das GVFG mit der bisherigen Dotierung von 333 Millionen zunächst bis 2025 verlängert wird. Das ist der Erfolg der Großen Koalition in Berlin. Es sollte bisher 2019 enden, und im Rahmen des Gesamtkompromisses ist beschlossen worden, dass es bis 2025 verlängert wird. Das ist Fakt. Darin steht, es wird in der bisherigen Höhe verlängert. Das heißt aber natürlich nicht, lieber Herr Ganserer – so blöd kann man sich doch gar nicht anstellen –, dass irgendjemand daran gehindert wäre, im Deutschen Bundestag beim nächsten Haushalt oder beim übernächsten Haushalt mehr als die 333 Millionen auszugeben.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich werden wir uns dafür einsetzen, dass im nächsten Bundeshaushalt mehr dafür vorgesehen ist. Wer auch immer nach der Bundestagswahl die Koalitionsverhandlungen führt: Wir werden uns jedenfalls dafür einsetzen, dass dafür mehr Geld zur Verfügung gestellt wird.

Das ist kein spezifisch bayerisches Anliegen. Das Gleiche diskutiere ich mit meinen Kollegen in Stuttgart, in Frankfurt und in Hamburg und mit anderen. Alle Länder stehen vor dem Problem; alle großen Städte haben die Themen der Luftreinhaltepolitik, die wir gerade in den letzten Tagen diskutiert haben, anzugehen. Wir brauchen in jeder Hinsicht, um den Verkehr zu bewältigen und die Luft reinzuhalten, einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Ich gehe davon aus, dass, egal, wie die grüne Bundestagsfraktion nach der Bundestagswahl aussieht, die GRÜNEN sich jedenfalls nicht dagegen sperren werden, wenn der Etat im Bund auf über 333 Millionen angehoben wird. So, das ist die klare Perspektive.

Wir haben dafür gesorgt, dass das GVFG nicht ausläuft, sondern dass es verlängert worden ist. CDU/CSU und SPD haben dies gemeinsam beschlossen, auch mit einer klaren Mehrheit im Bundesrat, und

wir werden uns dafür einsetzen, dass noch mehr Geld zur Verfügung gestellt wird.

Was die unmittelbare Perspektive in den nächsten Jahren in Bayern anbetrifft, will ich nachdrücklich sagen, Herr Kollege Ganserer, dass der Ministerpräsident öffentlich erklärt hat, dass die Staatsregierung in klaren Erklärungen und Beschlüssen formuliert hat und dass auch ich wiederholt im Hohen Hause erklärt habe: Es gibt eine klare Zusage, dass kein potenzielles GVFG-Projekt in Bayern, egal, ob in Augsburg, in Würzburg, in Regensburg, in Nürnberg oder in Fürth, wo auch immer, wegen der Finanzierung der zweiten Stammstrecke zurückstehen wird. Wir sagen zu, dass jedes andere potenzielle GVFG-Projekt in Bayern in den nächsten Jahren auch entsprechend finanziert wird. Das bedeutet in der Tat, dass wir gegebenenfalls, wenn der Bund die Mittel nicht erhöht, in Vorleistung gehen müssen. Aber ich sage noch einmal: Wir werden uns nachdrücklich dafür einsetzen, dass es mehr Geld vom Bund gibt.

Die Zusage steht. Und das ist der Punkt, lieber Herr Ganserer: Kein einziger der Oberbürgermeister, die davon betroffen sind, erklärt irgendwo, er habe die Sorge, dass er das Geld für seine Projekte nicht bekommt. Keiner erklärt das. Nur Sie machen die Leute überall draußen verrückt und behaupten, es sei nicht mehr finanzierbar.

(Beifall bei der CSU)

Weder der Oberbürgermeister von Augsburg sagt, er hat Sorge, dass er kein Geld für die Straßenbahn mehr bekommt, noch der Oberbürgermeister von Nürnberg erklärt, er hat Sorge, er würde kein Geld für den weiteren Ausbau seiner U-Bahn bekommen. Wie Sie zu Recht, Herr von Brunn, gerade erklärt haben: Auch der Erlanger Oberbürgermeister, dem ich das mehrmals so erklärt habe, redet nicht von einer Sorge, dass er kein Geld für das Projekt der Stadt-Umland-Bahn bekommt. Auch der Oberbürgermeister von Würzburg erklärt das nicht. Keiner erklärt das, weil sie sich alle auf das, was in den jetzt zum Teil schon vorliegenden Bescheiden steht, und auf die klaren Perspektiven für die nächsten Jahre verlassen. Deshalb bitte ich schon nachdrücklich darum, dass wir uns nicht weiter einen solchen Unsinn in der Öffentlichkeit anhören müssen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind uns alle einig, und auch ich bin mit Dieter Reiter völlig einig, dass wir den U-Bahn-Ausbau in München weiter bestmöglich unterstützen und fördern werden.

Es kam auch schon die Forderung auf: Herrmann, verschieb den U-Bahn-Bau. – In dem Fall kam das nicht von Ihnen, sondern von Journalisten. Entschuldigung: Da sind wir nur mit der Finanzierung beschäftigt; mit der Planung haben wir überhaupt nichts tun. Die Münchner Stadtwerke sagen selber – und Sie brauchen es ja nur zu vergleichen –: Die Strecke U9 ist zwar nicht ganz so lang, aber hinsichtlich des Bauens mindestens so anspruchsvoll wie die zweite Stammstrecke. Wir stehen alle dazu; ich halte den Bau der U9 für richtig. Aber kein Mensch kann bei realistischer Betrachtung ernsthaft erwarten, dass sie in fünf Jahren in Betrieb geht. Sie stehen jetzt am Anfang der Planungen in der Landeshauptstadt. Ich mache da überhaupt keinem einen Vorwurf. Aber lasst uns doch nicht anfangen, uns politisch gegenseitig um die Ohren zu hauen, warum meinetwegen die U9 in fünf Jahren noch nicht fertig ist. Das weiß die Landeshauptstadt selbst. Sie steht jetzt am Anfang der Planungen, und dann kommt irgendwann das Planfeststellungsverfahren, und dann kommt der Bau der U9. Es ist richtig, jetzt zu beginnen; denn sonst geht es überhaupt nicht weiter. Aber man kann doch jetzt nicht anfangen, die Leute verrückt zu machen, indem man fragt: Warum ist das in fünf Jahren noch nicht fertig? – An uns liegt es sowieso nicht, weil dieses Vorhaben allein in der Hand der Landeshauptstadt liegt, genauso wie die Verlängerung der U-Bahn nach Pasing oder die U-Bahn nach Engelschalking und weitere Maßnahmen.

Lieber Herr Kollege Glauber, ich möchte die Strecke München – Mühldorf – Freilassing nur am Rande erwähnen. Hier handelt es sich um eine Fernverkehrsstrecke nach dem Bundesverkehrswegeplan. Auch ich ärgere mich bei diesem Thema. Ich könnte zu diesem Thema die gleiche Rede wie Sie halten. Auch ich verstehe es nicht, warum wir hier mit der Deutschen Bahn noch nicht weiter sind. Dieses Thema betrifft ausschließlich den Bund und die Deutsche Bahn. Wir werden uns dafür einsetzen, dass wir dort vorankommen.

Der Klarheit halber möchte ich feststellen, dass wir einen Fortschritt in der politischen Zielsetzung beim Thema zweite Stammstrecke erreicht haben. Ich habe mit Dieter Reiter wiederholt Gespräche geführt. Herr Kollege Ganserer, ich bitte Sie, zu beachten, dass wir bei diesem Thema in diesem Haus eine breite Mehrheit haben. Wir stehen zur zweiten Stammstrecke, weil sie notwendig ist. Sie haben in einem Nebensatz erklärt, die zweite Stammstrecke sei unsinnig oder überflüssig. Das ist Ihre Meinung. Ich respektiere das. Die breite Mehrheit der Bevölkerung in München und in den Landkreisen drumherum sagt jedoch, dass die zweite Stammstrecke notwendig ist.

Dieter Reiter und ich ziehen hier an einem Strang. Es ist kein Widerspruch dazu, dass wir in den nächsten Jahren auch den S-Bahn-Nordring weiterentwickeln wollen. Wir wollen bei diesem Thema gemeinsam vorankommen. Wenn wir wollen, dass der S-Bahn-Nordring in 15 Jahren gebaut wird, müssen wir heute mit den Planungen beginnen. Das zeigen uns leider die Erfahrungen mit den Planungen der Deutschen Bahn. Wir müssen jetzt einen Konsens darüber erzielen, wie es in den nächsten Jahren weitergehen soll. Wir bleiben nicht bei der zweiten Stammstrecke stehen, sondern führen die Planungen fort.

Lieber Herr Kollege Glauber, der über die zweite Stammstrecke abgewinkelte Verkehr und die deutliche Ausweitung des Angebots insgesamt werden völlig neues Wagenmaterial notwendig machen. Wenn Sie dieses Wagenmaterial einmal sehen wollen, kann ich Ihnen nur empfehlen, einmal nach Leipzig zu fahren. Dort wurde vor zwei oder drei Jahren der neue Bahntunnel unter der Innenstadt fertiggestellt. In diesem Tunnel fahren neben S-Bahnen auch andere Reisezüge. Dort gibt es S-Bahn-Züge, die an unterschiedlich hohen Bahnsteigen halten können.

Ich spreche hier nicht von einer technischen Finesse, die erst entwickelt werden müsste. Solche Züge gibt es in Deutschland schon heute. Erzählen Sie den Leuten bitte nicht dauernd, dass dies unmöglich wäre. In Deutschland gibt es bereits S-Bahnen, die an Bahnsteigen mit unterschiedlicher Höhe halten können. Dazu werden die entsprechenden Triebzüge benötigt, die Sie in Leipzig besichtigen können. Wir werden es schaffen, auch bei der Bahn in München Züge zu bestellen, wie sie bereits heute in Leipzig fahren.

(Beifall bei der CSU)

Es ist unglaublich, was hier für Zeug erzählt wird.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Typisch!)

Wir hatten in den letzten Jahren einige Baustellen, bei denen die Bahn etwas geplant hat, was im Prinzip gewollt war, zum Beispiel die Verlängerung der Strecke Wolfratshausen – Geretsried oder den Ringschluss Erding. Wolfratshausen hat dazu gesagt: Wenn ihr das Planfeststellungsverfahren so macht, werden wir bis zum Bundesverwaltungsgericht klagen. Der Oberbürgermeister von Erding hat mit der Rückendeckung seines gesamten Stadtrats parteiübergreifend gesagt: Wenn ihr das so plant, werden wir bis zum Bundesverwaltungsgericht klagen. Kommune und Bahn waren nicht in der Lage, auf einen vernünftigen Nenner zu kommen.

Ich habe die Leute daraufhin zu Gesprächen eingeladen. Ich habe gesagt: Die Bahn mag im Recht sein.

Wir wollen aber Bahnen für die Bürger bauen, nicht als Selbstzweck. Ich habe daraufhin zuerst mit den einen, dann mit den anderen, dann wiederum mit den einen und dann wiederum mit den anderen gesprochen. Jetzt haben wir für Wolfratshausen eine Planung, die von der Stadt Wolfratshausen, der Stadt Geretsried und dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, von den CSUern, den SPDlern und den FREIEN WÄHLERN mitgetragen wird. Diese Kommunen haben gesagt: Wenn ihr so baut, ist das okay. Die Kommunen finanzieren das Projekt sogar ein Stück weit mit.

Ich bin nicht dafür verantwortlich, dass diese Lösung nicht schon vor zehn Jahren gefunden worden ist. Ich möchte damit nur deutlich machen: Hätte ich das weiterlaufen lassen, würden diese Strecken niemals in Betrieb genommen, weil der Planfeststellungsbeschluss vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig beklagt worden wäre. Deshalb ist es völlig unreal, von Inbetriebnahmen irgendwann in den nächsten fünf Jahren zu sprechen; denn diese wären nie erfolgt, weil die Kommunen und die Bürgerschaft diese Planungen nicht akzeptiert hätten. Ich bin nicht für die Verzögerung verantwortlich. Vielmehr habe ich mit den Verantwortlichen eine Lösung gefunden und eine Perspektive eröffnet, dass überhaupt gebaut wird. Das ist die Realität.

Ich werde nun mit dem Oberbürgermeister von Erding den Vertrag über den Ringschluss unterzeichnen, weil wir eine Lösung und eine Finanzierung hinbekommen haben, wonach in Erding die S-Bahn unter die Erde gelegt werden kann. Der Stadtrat von Erding hat sich einstimmig für eine Lösung auf dieser Basis ausgesprochen. Wir haben diese Projekte vorangebracht.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch eine letzte Bemerkung dazu machen, was in Bayern geschehen ist. Lieber Herr Kollege Ganserer, Sie sind hier auf dem völlig falschen Dampfer. Sie kennen die Zahlen. Ich möchte sie aber hier noch einmal in Erinnerung rufen: Im Jahr 1996 ist die Verantwortung für den Schienenpersonennahverkehr in Deutschland auf die Länder übergegangen. Ich spreche hier nur von den Bahnstrecken, nicht von den U-Bahnen oder den Straßenbahnen. In diesen 20 Jahren seit dem Jahr 1996 ist in Bayern die durchschnittliche Zahl der Passagiere, die täglich im Schienenpersonennahverkehr unterwegs sind, um 73 % gestiegen. In ganz Bayern werden an einem durchschnittlichen Werktag 1,3 Millionen Passagiere befördert, mit weiter steigender Tendenz. Die Zahl der Zugkilometer, die wir bei der Bahn oder anderen privaten Bahnunternehmen, die den Nahverkehr bedienen, bestellen, ist von 82 Millionen im Jahr 1996 um 49 %

auf nunmehr 122 Millionen gestiegen, ebenfalls mit weiter steigender Tendenz. Wir werden im nächsten Jahr noch mehr Zugkilometer bestellen und im übernächsten Jahr nochmals mehr.

Meine Damen und Herren, auch ich habe viele offene Wünsche. Bei vielen Themen würde ich mir wünschen, dass wir sie noch schneller voranbringen könnten. Diese Staatsregierung und alle Staatsregierungen, die in den letzten 20 Jahren im Amt waren, können eines für sich verbuchen: Sie haben den Schienenpersonennahverkehr, seitdem er in der Zuständigkeit des Freistaats Bayern liegt, zu einem großen Erfolg geführt. Der Schienenpersonennahverkehr hat ein riesiges Wachstum, das sich nur in ganz wenigen Ländern, in denen die GRÜNEN mitregieren, annähernd so darstellt. Das ist die Realität.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Ich komme meiner Pflicht nach: Die SPD-Fraktion hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass sich durch die Überziehung der Redezeit der Staatsregierung die Redezeit für die Fraktionen um fünf Minuten verlängert. – Bitte schön, Herr Kollege Dr. Kränzlein.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Meine Damen und Herren, Ihr Unmut ist verständlich. Jeder will in die Ferien. – Herr Minister Herrmann, Sie müssen Herrn Kollegen Ganserer einen Geschenkkorb überreichen. Sie haben sich an ihm als Pappkameraden abgearbeitet, sind aber all den Themen, die wirklich brennen und bei denen Sie etwas tun müssten, aus dem Weg gegangen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Unsinn!)

Ich nenne nur die Engstelle Pasing. Das ist eine traurige Angelegenheit; denn dort kommt nicht nur die S-Bahn ins Trudeln, sondern der gesamte Fernverkehr und der Regionalverkehr ins Allgäu. Diese Engstelle konnte bisher nicht beseitigt werden, weil keine Planungen gemacht wurden. Auf der ganzen Strecke der S4 wurden die Gleise ausgetauscht. Aber an dieser Stelle, obwohl es eine lange Unterbrechung gab, mussten die Bauarbeiten beendet werden. Das hätte gleich miterledigt werden können. Dieses Thema kam in Ihrer Antwort leider nicht vor.

Zur S4: Dr. Wiesheu hat im Jahr 1988 oder früher ein Versprechen abgegeben, nämlich den viergleisigen Ausbau der S4. Beim Büro Obermeyer wurde zu diesem viergleisigen Ausbau eine Planung gemacht. Die ist verschwunden. Alle Minister haben in schönem Abstand immer wieder betont, dass dieser Ausbau erfolgt. Sie sind demonstrativ von Bruck nach München

gefahren, haben das Junktim zwischen Stammstrecke und viergleisigem oder dreigleisigem Ausbau aufgehoben, und dann wurden Vorplanungen angekündigt. Ich habe dazu vier Anfragen gestellt. Wir sind immer noch bei den nicht gemachten Vorplanungen. Sagen Sie das doch einmal den Leuten an der Strecke und den Bürgermeistern an der Strecke. Die wollen das alle, angefangen von Bruck über Eichenau und Puchheim bis München. Dort werden Ihnen keine Hindernisse aufgestellt, und von dort bekommen Sie keine Klagen. Machen Sie da etwas. Erklären Sie mir, warum Sie da nichts machen.

Sie wollen das Gleiche wie ich: Wir wollen milde gestimmt in die Ferien gehen. Darum werden wir dieses Mal Ihrem Berichtsantrag zustimmen, auch wenn wir meinen, dass er etwas müde und schwachbrüstig daherkommt. Wir wissen, dass die CSU-Politiker von Ihnen sehr viel mehr wünschen, als Sie machen, aber sie dürfen es nicht sagen. Dafür klatschen sie am Ende Ihrer Reden immer recht laut, auch wenn Sie zur Sache eigentlich nichts gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Kollege Glauber noch einmal um das Wort gebeten. – Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Danke, Frau Präsidentin! – Herr Verkehrsminister, Sie haben angesprochen, dass man sich das Wagenmaterial anschauen möge und dass man hier nicht einen solchen Unsinn erzählen soll. – Wir nehmen Sie beim Wort. Das Wagenmaterial kennen Sie. Sie wissen aber auch, dass es vom Eisenbahn-Bundesamt nicht für den Verkehr zugelassen ist, den wir momentan in Bayern haben. Das wissen Sie. Sagen Sie das auch diesem Parlament.

Sie wissen genau, dass wir im S-Bahn-Betrieb und im Regionalzugbetrieb völlig unterschiedliche Ein- und Ausstiegszeiten haben. Wir haben nicht nur unterschiedliche Bahnsteighöhen, sondern auch unterschiedliche Traktionslängen. Das ist am Marienhof entscheidend. Sagen Sie das auch diesem Parlament. Dies betrifft auch die Ein- und Ausstiegszeiten. Das Eisenbahn-Bundesamt lässt diese Fahrzeuge, so wie Sie sie beschreiben, nicht für einen gemeinsamen Regional- und S-Bahn-Verkehr zu, weil auch die Traktionen unterschiedlich sind. Sagen Sie dem Parlament, dass man mit unterschiedlichen Garnituren unterwegs ist.

Auch wir können Verkehrspolitik und stellen uns nicht nur selbstbewusst hier hin. Auch wir informieren uns. Auch wir machen Politik für Bayern zur Entwicklung der Regionen. Wenn man mit dem gleichen Selbstbe-

wusstsein, mit dem man hier auftritt, die Regionen und das Umland entwickelt, kommen wir voran.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen. Bevor wir zur Abstimmung kommen, hat Herr Kollege Ganserer um Gelegenheit zu einer persönlichen Erklärung zur Aussprache nach § 112 unserer Geschäftsordnung gebeten. Herr Kollege, bitte; fünf Minuten stehen Ihnen zur Verfügung. Ich darf Sie darum bitten, die Debatte nicht mehr zu eröffnen. Sie können hier nur persönliche Angriffe zurückweisen. So sagt es die Geschäftsordnung. – Bitte, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Minister, für mich ist Ihr Vorwurf absolut nicht haltbar, und ich weise deswegen diese Anschuldigung vehement zurück. Ich habe darauf hingewiesen – das ist nicht abzustreiten –, dass für zahlreiche andere GVFG-Projekte in diesem Land für die nächsten Jahrzehnte in der Summe 1,5 Milliarden Euro fehlen werden. Ich habe darauf hingewiesen, dass bisher nicht geklärt ist, woher dieses Geld als Ersatz für das Geld aus dem Bundesfördertopf kommen soll. Sie haben heute nicht erklären können – das ist Ihnen nicht gelungen –, wann, in welchen Jahren aus welchen Haushaltstiteln des Landes das Geld kommen soll. Wenn Sie behaupten würden, ich würde mit der Aussage lügen, dass eben nicht geklärt ist, wie diese Finanzierung zustande kommen soll, müssten Sie das entkräften. Dazu fordere ich Sie auf. Legen Sie einen Bericht vor, wie wir ihn in unserem Antrag gefordert haben. Wenn Sie das nicht machen, müssen Sie diese Beschuldigung zurücknehmen. Dazu fordere ich Sie auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nun kommen wir zur Abstimmung, Kolleginnen und Kollegen. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/17812 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Abgeordnete Claudia Stamm (fraktionslos) und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/17817 abstimmen. Wer

diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Claudia Stamm (fraktionslos) und Herr Abgeordneter Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/17836 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Josef Zellmeier (CSU): Aber jetzt in einer geänderten Form!)

– In der veränderten Fassung. Das heißt, dass der letzte Satz gestrichen wird. Dies ist die veränderte Fassung. – Wer also diesem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER in der veränderten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Claudia Stamm (fraktionslos) und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dann auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Zu guter Letzt lasse ich noch über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/17837 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen – –

(Zurufe)

– Entschuldigung. Also: CSU, SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Kollege Felbinger hat vorhin bei Zustimmung mitgestimmt. Jetzt Stimmenthaltungen! – Stimmenthaltung bei Claudia Stamm (fraktionslos). Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/17813 mit 17/17816 sowie auf den Drucksachen 17/17818 und 17/17819 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir es geschafft.

(Allgemeiner Beifall)

Führen wir jetzt noch unsere Tradition weiter.

Ich komme zum letzten Punkt unserer Tagesordnung:

Schlussworte

Ich darf jetzt Frau Kollegin Bause das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Margarete Bause (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Präsidentin! Selbst nach fast 18 Jahren im Landtag gibt es immer noch Dinge, die man zum ersten Mal macht. So stehe ich heute zum ersten Mal hier, um für die Opposition die Worte zur Verabschiedung in die Sommerpause zu sprechen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Markus Rinderspacher und den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, die mir die Gelegenheit geben, an dieser Stelle vor dem Plenum zu reden. Der Grund dafür ist eine besondere Situation; denn es ist wahrscheinlich meine letzte Rede hier im Bayerischen Landtag.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

– Ich höre das Bedauern. Danke schön.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die Ungewissheit, Frau Bause!)

Wenn die Wählerinnen und Wähler es wollen, werde ich ab Herbst dieses Jahres dem Deutschen Bundestag angehören. Ich freue mich sehr über diese Geste, lieber Markus, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD. Sie zeigt, dass es in der Politik bei aller Konkurrenz auch Großzügigkeit gibt, und sie zeigt, dass Demokratie nicht allein davon lebt, die eigenen Ansprüche und Rechte durchzusetzen, sondern auch von Souveränität und einem guten Miteinander. Oder wie wir hier in Bayern sagen: Leben und leben lassen. Ich glaube, es würde dem Landtag guttun, wenn wir alle gemeinsam und öfter nach diesem Grundsatz handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Zum Abschied gehört als Erstes der Dank, der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamts in allen seinen Abteilungen für ihre stete Hilfsbereitschaft, für ihre Zuverlässigkeit und für ihre große Einsatzbereitschaft. Danke an die Polizistinnen und Polizisten und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pforte dafür, dass sie immer für unsere Sicherheit da sind. Danke an den Sanitätsdienst, der im Notfall immer schnell zur Stelle ist. Danke an die Reinigungskräfte, die wohl am besten mitbekommen, dass zwar vom papierlosen Landtag geredet wird, dass wir aber noch weit davon entfernt sind. Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien und in den Fraktionen. Danke an die Vertreterinnen und Vertreter

der Medien, die uns auf die Finger schauen, die berichten, die kommentieren, die kritisieren und die kontrollieren.

Ohne freie Medien gibt es keine Demokratie. Das sehen wir momentan in Ländern wie der Türkei, in Russland oder in China, aber auch in Europa, so in Polen oder in Ungarn. Deswegen sollten wir die Pressefreiheit bei uns gegen jegliche Einschränkungen verteidigen, auch beim G-20-Gipfel.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und wir sollten sie bei internationalen Gesprächen, etwa mit Putin oder Orbán, immer wieder deutlich einfordern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratie braucht nicht nur Freiheit. Demokratie braucht auch Zeit. Information, Gespräche, Bürgerbeteiligung, Austausch von Argumenten und Meinungen, das Finden von Kompromissen, Widerspruch, Rechtsmittel, Gerichtsentscheidungen – all das braucht Zeit, und das ist auch gut so. Aber wir sollten die Zeit auch nutzen. Immerhin ist sie kostbar, und wir alle haben zu wenig davon. Manchmal habe ich mich in den zurückliegenden Jahren gefragt, ob wir uns die eine oder andere Zeitschleife nicht hätten sparen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich denke insbesondere an das G 8 bzw. das G 9.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

14 Jahre nach der Einführung des G 8 schaffen wir es in diesen Tagen wieder ab und geben den Schülerinnen und Schülern mehr Zeit zum Lernen. 14 Jahre Reform, Nachbesserungen der Reform, Nachbesserungen der Nachbesserungen, Reform der Nachbesserungen und Reform der Reform. Ich bin mir sicher, Sie widersprechen mir nicht – einige Kolleginnen und Kollegen allenfalls kaum –: Wir hätten diese Zeit viel sinnvoller nutzen können.

Oder denken wir an den Bau der Stromleitungen: Erst Ja, dann Nein, dann doch wieder Ja. Auch hier sind wir nicht gerade sorgsam mit unser aller Zeit umgegangen.

Oder denken wir an den Atomausstieg: 30 Jahre heftiger politischer Streit, dann Ausstieg unter Rot-Grün, dann Wiedereinstieg unter Schwarz-Gelb, dann Fukushima, dann Ausstieg mit allen. Auch diese Zeit hätten wir alle miteinander sinnvoller nutzen können.

Mir fällt in diesem Zusammenhang der Begriff des rasenden Stillstands ein. Es wird etwas reformiert und als Erfolg gefeiert. Dann wird die Reform zurückgedreht. Das wird dann auch als Erfolg gefeiert, und zwar von denselben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich hat sich auch viel geändert. Unser Land ist heute nicht mehr dasselbe wie vor 30 Jahren, als ich zum ersten Mal im Landtag war, oder vor 20 oder vor 10 Jahren. Damals mussten sich Frauen noch rechtfertigen, wenn sie Karriere machen wollten. Heute müssen sich Unternehmen, Institutionen und Parteien rechtfertigen, wenn Frauen bei ihnen keine Karriere machen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Damals war die Ehe für alle undenkbar. Heute stimmen sogar einige Kolleginnen und Kollegen der CSU dafür, und alle feiern fröhlich beim Christopher Street Day.

(Zurufe von der CSU)

– Nicht alle. Okay. Aber sogar Kolleginnen und Kollegen der CSU in München.

Damals war die Ganztagschule noch als "Zwangstagschule" verhöhnt, und heute setzen sich alle für eine Ganztagsgarantie ein.

Ich bin dankbar, dass ich ein Stück weit zu diesen Veränderungen beitragen durfte.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zeit ist kostbar, auch und gerade in der Politik. Und doch tun wir oft so, als hätten wir unendlich viel davon und als hätte es keine Folgen, wenn wir nicht rechtzeitig handeln. Das gilt insbesondere beim Schutz unseres Klimas, beim Schutz unserer Lebensgrundlagen.

In der letzten Woche hat das Magazin der "Süddeutschen Zeitung" einen unbedingt lesenswerten Text dazu veröffentlicht. Unter der Überschrift "Urlaub war uns wichtiger als eure Zukunft, sorry" schreibt der Autor einen vorweggenommenen Entschuldigungsbrief an unsere Kinder. Ich möchte zitieren:

Liebe künftige Generationen,

sorry. Das mit der schmelzenden Arktis, das mit dem abgeholzten Regenwald, das mit den leergefischten Meeren, das waren wir. Wir haben euren Planeten ausgebeutet, eure Natur kaputt gemacht, euer Klima auf Jahrhunderte hinaus geschädigt. Unsere Wissenschaftler hatten uns

zwar seit Jahrzehnten gewarnt, in immer eindringlicheren, verzweifelteren Worten, aber wir haben es nicht ernst genommen. Nicht ernst genug.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt Herausforderungen, die nicht darauf warten, bis wir zu Einsichten gelangen. Die rasanten Veränderungen unseres Klimas, die Überhitzung der Erdatmosphäre, sind so ein Thema, und nicht nur eines unter vielen. Es ist schlicht eine Frage des Überlebens.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Der frühere US-Präsident Barack Obama hat einmal gesagt: Unsere Generation ist die erste, die die Folgen der Klimaerwärmung spürt, und sie ist vielleicht die letzte, die noch etwas dagegen tun kann.

Rechtzeitiges Handeln ist auch für unsere Demokratie wichtig; denn es eröffnet größere Freiheiten, um das Ziel Klimaschutz zu erreichen. Rechtzeitiges Handeln befördert auch den demokratischen Konsens. Spätes oder gar zu spätes Handeln nimmt uns Freiheit, die Freiheit, auf demokratischem Weg zu entscheiden, wie wir unser Klima schützen. In den Jahren, in denen ich hier in diesem Landtag sitze, haben wir aus diesem Hohen Haus heraus nur wenig in Richtung eines wirksamen Klimaschutzes angeschoben. Der Soziologe Ulrich Beck hat die Situation einmal so auf den Punkt gebracht: Wir erleben verbale Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger Verhaltensstarre.

Wir sind uns einig, aber es geht kaum etwas voran. Klimaschutz ist das, worum sich viele lieber erst später kümmern wollen, und das seit Jahrzehnten. Jedes Jahr wird unser Zeitfenster ein Stück kleiner. Mit jedem Jahr, in dem wir das Notwendige weiter vor uns herschieben, werden wir ein Stück mehr von Handelnden zu Getriebenen. Und deshalb möchte ich diese Schlussrede nutzen, um einen Appell zu formulieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, kümmern wir uns alle miteinander mehr um die relevanten Themen – gern auch in leidenschaftlichem Streit um den richtigen Weg. Nutzen wir die Zeit, um uns um die Fragen zu kümmern, die uns unsere Kinder und Enkelkinder einmal stellen werden. Sorgen wir dafür, dass wir uns bei unseren Nachkommen nicht entschuldigen müssen, weil wir ihre Lebensgrundlagen zerstört haben, sondern dass wir guten Gewissens sagen können: Es stand Spitz auf Knopf, aber wir haben die Kraft und den Mut gehabt, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen eine gute Zeit.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin Bause. Das waren einmal etwas andere Schlussworte, herzlichen Dank dafür. – Ich darf jetzt dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Ministerpräsident. Es ist schön, dass Sie heute zum Abschluss vor der Sommerpause hier sind. Danke schön auch für Ihre Zeit.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Landtagspräsidentin, ich möchte zuerst Ihnen und Ihrem Präsidium im Namen der gesamten Staatsregierung für die hervorragende Zusammenarbeit in den letzten Monaten danken. Ich danke allen Fraktionen dieses Hohen Hauses für die faire und konstruktive Suche nach den besten Lösungen, und ich bedanke mich besonders bei meiner eigenen Fraktion für das Vertrauen und die gemeinsame Arbeit. Ich denke, wir haben auch in diesem Jahr viel für die Menschen in Bayern erreicht. Bayern geht es unbestritten gut. Es gibt unzählige Beispiele außerhalb der Grenzen unseres Freistaats in Deutschland, bei denen man sich auf Bayern bezieht und sagt: Wir wollen so werden, wie es in Bayern ist. – Ich möchte ausdrücklich vor dem Hintergrund dessen, was wir gerade gehört haben, sagen: Unserer Jugend und unseren Kindern überlassen wir in Bayern große Chancen und keine Lasten oder Schulden.

(Beifall bei der CSU)

Max Weber hat einmal formuliert, dass ein Politiker zwei Dinge vor Augen haben muss: die Zukunft und die Verantwortung vor ihr. Deshalb kommt es mir darauf an, bevor wir in die Sommerpause gehen, noch einmal den Blick für Themen zu schärfen, für die dieses Haus primär zuständig ist und die uns aus meiner Sicht in der Zeit nach der Bundestagswahl noch stärker beschäftigen sollten.

Es geht um die Bildung unserer jungen Generation und um ihre Ausbildung. Meine Fraktion und die Bayerische Staatsregierung haben gemeinsam ein Bildungspaket geschnürt, das nicht nur das Gymnasium umfasst, sondern auch die berufliche Bildung, die Förderschulen, die Realschulen, die Grundschulen und die Mittelschulen. Ich glaube, die Aufgabe, die jungen Menschen in ihrer Persönlichkeit und auch im Herzen auszubilden, müssen wir auch in diesem Hause viel stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung rufen; denn das geschieht leider zu wenig.

(Allgemeiner Beifall)

Dazu müssen wir auch hier im Parlament mehr Bewusstseinsbildung betreiben.

Eine Domäne des Föderalismus ist die Bildungspolitik. Es gibt immer wieder Versuche in Berlin, sich an die Stelle der Bundesländer zu setzen, meistens mit dem goldenen Zügel, indem gesagt wird: Wenn ihr damit einverstanden seid, dass wir hierbei mitreden, bekommt ihr mehr Geld. – Das ist unübersehbar und unabhängig davon, wer gerade die Regierungsverantwortung trägt. Deshalb sind wir gut beraten, wenn wir diese Domäne des Föderalismus, in diesem Fall des Freistaats Bayern, stärker in den Mittelpunkt rücken und uns dieses Themas auch in der öffentlichen Bewusstseinsbildung stärker bemächtigen.

Es geht auch um "Bayern Digital", also um den großen Masterplan, den wir seit einigen Wochen diskutieren, mit dem wir die digitale Zukunft erobern wollen. Meine täglichen Begegnungen mit der Bevölkerung zeigen die Wichtigkeit dieses Themas; gestern zum Beispiel war ich bei einer gigantisch großen Betriebsversammlung bei MAN hier in München. Dort spricht die Arbeitnehmervertretung gerade und primär über ein solches Thema mit dem Ministerpräsidenten. Das zeigt mir: Das treibt die Leute um und erfordert, dass wir uns als Volksvertretung diesem Thema verstärkt zuwenden.

Das dritte Thema – Sie haben es gerade diskutiert, ich fasse das zusammen – sind Mobilität und Lebensqualität. Dieses Thema reicht weit über den Großraum München hinaus. Ein ernsthafter Umgang mit diesem Thema umfasst weit mehr als Schienen- und Straßenbau. Auch da kann man lernen, wenn man Betriebsversammlungen bei Audi, bei BMW oder bei MAN besucht und mit Leuten spricht, die mit dem Automobil und vom Automobil leben, aber die auch täglich als Pendler die Licht- und Schattenseiten des Straßen- und Schienennetzes erleben. Unsere Bevölkerung ist in relativ kurzer Zeit um zwei Millionen Einwohner gewachsen. Als bayerisches Parlament werden wir uns verstärkt mit dieser Frage beschäftigen müssen, und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Luftqualität, sondern auch, um diese beiden Pole Mobilität und Lebensqualität zusammenzubringen.

Ich habe deshalb gestern den Beschäftigten von MAN zugesagt, dass wir als Bayerische Staatsregierung beginnend mit dem Großraum München einen Verkehrspakt schließen werden mit der Landeshauptstadt München, mit der ich in den meisten Fragen ohnehin übereinstimme, aber auch mit den Landkreisen, der Region München und mit den Landräten; denn auch das war gestern ein großes Thema. Einige Beschäftigte sagen: Für einen Teil einer Bundesstraße ist der Landkreis zuständig, überschreiten wir die Stadtgren-

ze, ist die Landeshauptstadt zuständig. Die einen oder anderen sagen dann: Aber eigentlich ist der Bund zuständig. Der Bund sagt wiederum: Da könnte auch der Freistaat Bayern etwas tun. – Diese Situation sollte man der Bevölkerung nicht länger zumuten. Wir haben viele solcher Stellen mit unterschiedlichen Zuständigkeiten. Die Menschen interessiert aber weniger die Zuständigkeit, sondern die Lösung eines Problems.

(Beifall bei der CSU, Abgeordneten der SPD und des Abgeordneten Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER))

Deshalb lautet meine Bitte, bevor wir in die Sommerpause gehen, dass wir uns den drei Punkten Bildung, Digitalisierung sowie Mobilität und Lebensqualität im Herbst und Winter besonders zuwenden – das darf durchaus im Streit sein –, damit die Menschen im Freistaat Bayern auch spüren, dass ihre Volksvertretung diese Dinge sehr ernst nimmt. An den Stellen mit anderen Zuständigkeiten ist es dann Aufgabe der Staatsregierung, durch einen solchen Pakt, den man genauso in Nürnberg, in Würzburg, in Augsburg, in Passau, in Regensburg und in Ingolstadt schließen könnte, gemeinsam zu versuchen, die Probleme zu lösen.

Ich danke den Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Auch Sie haben eine große Verantwortung für den demokratischen Grundkonsens. Ich danke den Landtagsbeauftragten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamtes, dem Stenografischen Dienst, dem technischen Personal, der Polizei und all denen, die dafür sorgen, dass dieses Hohe Haus auch in seinem äußeren Erscheinungsbild seinem Rang entspricht.

Ich möchte einige Bemerkungen machen, bei denen die Stimme Bayerns auch gefragt ist, nämlich zur Türkei. Die Entwicklung in der Türkei in den letzten Monaten und in den letzten Tagen ist nach Meinung der Staatsregierung völlig unerträglich und inakzeptabel.

(Allgemeiner Beifall)

Journalisten zu inhaftieren, nur weil sie ihren Beruf ausüben, Menschenrechtler in Haft zu nehmen, ohne dass man überhaupt einen Grund dafür erkennen kann, dies alles hat mit unserem Verständnis von Grundwerten und rechtsstaatlichen Prinzipien nicht das Geringste zu tun.

Ich habe heute mit der Bundeskanzlerin und auch mit dem Vizekanzler darüber gesprochen. Ich möchte für die Staatsregierung sagen, dass wir die heute ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung ausdrücklich begrüßen und unterstützen. Es handelt sich im Kern

auch um ein Stück Nejustierung der Türkei-Politik. Ich möchte für meine Regierung hinzufügen, dass diese Maßnahmen nach unserer Überzeugung noch nicht ausreichen.

Wir haben in den letzten Monaten gegenüber Berlin immer für Besonnenheit plädiert, auch in unserem eigenen Interesse. Aber wenn die Appelle, wenn die bilateralen Kontakte nichts bewirken, sondern sich all dies, was wir in der Vergangenheit erleben mussten, sogar noch verschlimmert, dann widerspricht es nicht der Besonnenheit, wenn man über Reisewarnungen und ähnliche Dinge hinaus noch zusätzliche Maßnahmen fordert. Eine der wichtigsten Maßnahmen wäre im Moment, dass man die finanziellen Beihilfen der EU für die Türkei – Vorbeitrittshilfen nennen sie sich genau – einstellen sollte. Das ist meine Überzeugung.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Bei allen unterschiedlichen Ansichten, die für unser Land gut sind und die gewährleisten, dass es zu vernünftigen Lösungen kommt – diese Lösungen kommen nur durch Disput und in der Diskussion zustande –, ist unser gemeinsames Ziel – diesen Eindruck hatte ich in den letzten Monaten eigentlich immer, auch heute – die bestmögliche Politik für ein starkes Bayern und für die Menschen in Bayern. Dieses Ziel sollten wir nicht infrage stellen. Dieses Ziel eint uns, wenn wir auch unterschiedliche Ansätze haben.

Eines würde ich mir schon wünschen, nämlich dass wir nicht jede Alltagsfrage als Drama, als Sünde oder als Katastrophe einstufen. Deshalb ist mein Wunsch nicht ein besseres Zeitmanagement, sondern mein Wunsch ist, bei normalen Fragen mehr Gelassenheit zu üben. Wenn die Bayerische Staatsregierung überlegt, ob ein halbes Prozent der Fläche des bayerischen Staatswaldes nach dem Prinzip "Wir überlassen die Natur der Natur" ausgewiesen werden soll, dann habe ich nichts gegen abweichende Meinungen, aber ich habe etwas dagegen, wenn dies in die Nähe von Enteignung gerückt wird oder ähnliche Begriffe benutzt werden.

Wenn ich einmal über ein Trambähnchen rede und mir überhaupt erlaube, zu Münchener Vorgängen Stellung zu nehmen, dann weiß ich, dass das generell bleihaltig ist – es geht um eine Bahn auf einer bestehenden Teerstraße durch den Englischen Garten –, aber dann bin ich noch lange kein Sünder, sondern ich versuche mitzuhelfen, Mobilität und Lebensqualität miteinander zu versöhnen.

(Allgemeiner Beifall – Zuruf von der SPD)

– Sie sollten ein bisschen nachdenken. Ich habe Sie überhaupt nicht erwähnt. Das könnte auch zu einem Schluss führen, der für Sie nicht ganz angenehm ist.

(Beifall bei der CSU)

Gestalten wir also gemeinsam in der Verantwortung vor unserem Schöpfer und den Menschen eine gute Zukunft für unsere bayerische Heimat. Wir bauen auf viel Positivem auf. Ich bedanke mich auch bei der Bevölkerung; denn das Positive, das wir immer sehen, ist im Grunde das Werk unserer Menschen in Bayern,

(Inge Aures (SPD): Genau!)

die ihre Verantwortung im Beruf und im Ehrenamt wahrnehmen. Dafür danke ich unserer Bevölkerung.

Ich wünsche allen eine erholsame Zeit, wo immer Sie in den nächsten 66 Tagen in der Verantwortung stehen. Ich wünsche Ihnen viel Glück, und unserer Opposition wünsche ich so viel Glück, dass ich deshalb keinen Ärger habe. Kommen Sie gesund zurück! Ich kann Ihnen versprechen: Vor uns liegen spannende Zeiten. – Danke.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Ministerpräsident, ich darf Ihnen im Namen des Hohen Hauses und damit der Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich für dieses Schlusswort danken. Ich danke Ihnen für die Arbeitsaufträge, die Sie uns zu Recht gegeben haben. Wir sollten die Sommerpause und das Jahr, das wir noch vor uns haben, dafür nutzen. Wir sollten uns als Parlament vor allem zu den Themen, für die wir Verantwortung tragen, noch intensiver äußern.

Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident, aber auch – ich bin zutiefst davon überzeugt, dass ich das für das Hohe Haus insgesamt tun kann – für die Erklärung zu den schrecklichen Vorkommnissen in der Türkei. Ich darf für das Hohe Haus – das habe ich an dem Beifall gemerkt – unsere Unterstützung für die Bayerische Staatsregierung zum Ausdruck bringen. Ich glaube, dass die Bundesregierung und wir auf dem richtigen Wege sind. Wir können die Situation nicht mehr hinnehmen. Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war eine arbeitsreiche Woche. Wir hatten sehr viel miteinander zu tun. Wir erfüllen unsere Aufgabe. Auch ich möchte wie der Herr Ministerpräsident und Frau Kollegin Bause all diejenigen meinen Dank aussprechen, die uns hier begleiten. Lieber Herr Worm, lieber Herr Kammermeister, nehmen Sie bitte den Dank an alle entgegen, die

hier ihren Beitrag leisten. Es hat sich gerade in dieser Woche wieder gezeigt, welch großartiges Team wir in allen Bereichen des Landtagsamtes haben. Uns im Präsidium erfüllt es jeden Tag mit großer Freude, wie die Dienstleistung vom Landtagsamt vollbracht wird. Herr Worm, vielen herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke der Staatsregierung auch dafür, dass wir heute in Schleißheim unseren Polizisten gemeinsam ein herzliches Dankeschön sagen können, nicht nur für den großartigen Einsatz anlässlich des G-20-Gipfels in Hamburg, sondern für ihre Tätigkeit insgesamt über das ganze Jahr für unsere Sicherheit. Wir gedenken in diesen Tagen der Opfer der Attentate in Ansbach und Würzburg und des Amoklaufs in München. Daran wollen wir heute auch denken und damit an unsere Sicherheitskräfte. Wir wünschen uns alle, dass diese schrecklichen Terroranschläge nicht nur in Bayern, sondern in Deutschland und darüber hinaus endlich ein Ende haben. Kolleginnen und Kollegen, wir haben das in den letzten Tagen auch im Präsidium besprochen. Im Grunde genommen gab es in den zurückliegenden Wochen keine Plenarsitzung, in der wir nicht mit einer Gedenkminute für die Opfer von Terroranschlägen begonnen haben. Wir wünschen uns alle, dass dies nach der Sommerpause und in den kommenden Monaten anders wird. Das ist ein Wunsch. Es wäre schön, wenn er in Erfüllung ginge. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die Aufgabe und Verantwortung, die wir im Land haben, wahrzunehmen.

Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen, die die Integrations- und Übergangsklassen seit einigen Monaten im Haus betreuen, sehr herzlich bedanken. Ihre Arbeit ist auch ein Gesicht des Bayerischen Landtags. Zum Jahresende werden 1.600 Schülerinnen und Schüler aus Integrations- und Übergangsklassen mit ihren Lehrkräften den Bayerischen Landtag besucht haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank, dass Sie sich dafür die Zeit nehmen. Auch die Absprache mit den Lehrkräften erfordert Zeit. Für die Integration der jungen Menschen, die sich im Freistaat befinden, müssen wir alles tun und

tun wollen. Man muss ihnen deutlich und praxisnah zeigen, wie eine Demokratie und ein Parlament aufgestellt sind, und mit ihnen diskutieren. Diese Arbeit ist keine Selbstverständlichkeit. Das leisten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich. Aber Sie machen mit. 1.600 Schülerinnen und Schüler werden es am Ende des Jahres sein. Herzlichen Dank dafür; das ist auch keine Selbstverständlichkeit

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt bleibt mir nur noch, Ihnen im Namen des Präsidiums für das gute Miteinander zu danken. Wir versuchen auch das Unrige zu tun.

Zum Abschluss möchte ich noch an die Kolleginnen und Kollegen erinnern, die seit Wochen oder Monaten nicht mehr im Hause sind, weil sie sich im Krankenhaus befinden. Ich habe den Kollegen Dürr schon sehr lange nicht mehr hier gesehen. Leider ist auch der Kollege Rudrof schwer erkrankt. Wir geben ihnen alle erdenklich guten Wünsche mit auf den Weg. Unsere Kollegin Dettenhöfer befindet sich auch wieder im Krankenhaus. Wir wünschen ihnen allen gute Besserung. Die Gesundheit ist sehr, sehr viel wert. Danken wir auch unserem Herrgott für die Schaffenskraft, die er uns gibt!

Ich weiß, dass diese Sommerpause nicht so sein wird wie sonst. Die Bundestagswahl ist vorzubereiten. Jeder von Ihnen hat seine Pläne und seinen Termin kalender; aber denken Sie auch an Ihre Familien. Ich wünsche Ihnen alles, alles Gute, eine gute Heimkehr, eine gute Ferienzeit und gute Erholung. Alles Gute für den Einsatz hinsichtlich der Wahlen zum Deutschen Bundestag. Wir sehen uns dann im September wieder, wenn es weitergeht. Wir haben viel vor uns. Bei allen Themen, die wir mit Leidenschaft diskutieren, sollten die Gemeinsamkeiten letztlich immer wieder zum Ausdruck kommen. – Herzlichen Dank. Die Sitzung ist geschlossen.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 13.43 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.07.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner u. a. und Fraktion CSU; Linksextremismus und linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen! (Drucksache 17/17809)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X	Gerlach Judith	X		
Aigner Ilse				Gibis Max	X		
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten	X		
Arnold Horst			X	Dr. Goppel Thomas	X		
Aures Inge			X	Gote Ulrike		X	
				Gottstein Eva	X		
Bachhuber Martin	X			Güll Martin			X
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güller Harald			X
Bauer Volker	X			Guttenberger Petra	X		
Baumgärtner Jürgen							
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Haderthauer Christine	X		
Bause Margarete		X		Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric	X			Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar	X			Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig		X	
Blume Markus	X			Heckner Ingrid	X		
Bocklet Reinhold	X			Heike Jürgen W.	X		
Brannekämper Robert	X			Herold Hans	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian			X	Herrmann Joachim	X		
Brunner Helmut	X			Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra			X
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes	X		
				Hölzl Florian	X		
Deckwerth Ilona			X	Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp		X		Dr. Huber Marcel	X		
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg				Huml Melanie			
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina				Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander	X			Kamm Christine		X	
Freller Karl	X			Kaniber Michaela	X		
Füracker Albert				Karl Annette			X
				Kirchner Sandro	X		
Ganserer Markus		X		Knoblauch Günther			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X	König Alexander	X		
Gehring Thomas		X		Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert			X
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas			X
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			X
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris			X
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			X
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry			X
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			X
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit			X
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	102	15	34

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.07.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg u. a. und Fraktion CSU; Deutsches Museum Nürnberg (Drucksache 17/17833)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gerlach Judith	X		
Aigner Ilse				Gibis Max	X		
Aiwanger Hubert			X	Glauber Thorsten			X
Arnold Horst		X		Dr. Goppel Thomas	X		
Aures Inge		X		Gote Ulrike			X
				Gottstein Eva			
Bachhuber Martin	X			Güll Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Güller Harald		X	
Bauer Volker	X			Guttenberger Petra	X		
Baumgärtner Jürgen							
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Haderthauer Christine	X		
Bause Margarete			X	Häusler Johann			X
Beißwenger Eric	X			Halbleib Volkmar		X	
Dr. Bernhard Otmar	X			Hanisch Joachim			X
Biedefeld Susann		X		Hartmann Ludwig			
Blume Markus	X			Heckner Ingrid	X		
Bocklet Reinhold	X			Heike Jürgen W.	X		
Brannekämper Robert	X			Herold Hans	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim	X		
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold			X
				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin			X	Hintersberger Johannes			
				Hözl Florian	X		
Deckwerth Ilona		X		Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp			X	Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg				Huml Melanie	X		
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			X				
Fehlner Martina				Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther			X				
Flierl Alexander	X			Kamm Christine			X
Freller Karl	X			Kaniber Michaela	X		
Füracker Albert				Karl Annette		X	
				Kirchner Sandro	X		
Ganserer Markus			X	Knoblauch Günther		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		König Alexander	X		
Gehring Thomas			X	Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			X
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	86	37	32